

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski

Die Landtagswahlen 1987/88

Heinz Ulrich Brinkmann

Wahlverhalten der „neuen Mittelschicht“
in der Bundesrepublik Deutschland

Rainer A. Roth

Entwicklungstendenzen der politischen Kultur
bei Jungwählern

B 30–31/88
22. Juli 1988

Max Kaase, Dr. rer. pol., geb. 1935; o. Professor für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim; von 1974 bis 1980 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Hilfseinrichtung der Forschung für die Sozialwissenschaften.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, politische Partizipation, Demokratietheorie, vergleichende Regierungslehre (im Sinne der comparative politics), Massenkommunikation und Methoden der Empirischen Sozialforschung.

Wolfgang G. Gibowski, Dipl.-Volksw., geb. 1942; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

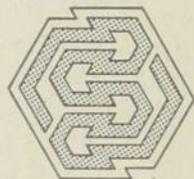
Veröffentlichungen: Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, Massenkommunikation und Methoden der Empirischen Sozialforschung.

Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. rer. pol., geb. 1946; Studium der Volkswirtschaftslehre, Politischen Wissenschaft und Soziologie an der Universität zu Köln sowie an ausländischen Universitäten; Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Public Interest Groups im politischen System der USA, Opladen 1984; Nominierungswahlkämpfe in den USA, in: Zeitschrift für Politik, 31 (1984) 2.

Rainer A. Roth, Dr. phil. habil., geb. 1942; Professor für Didaktik der Sozialkunde und politische Bildung an der Universität Passau; beide Staatsexamina für das Lehramt; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Pädagogik und Bayerischen Geschichte an den Universitäten Erlangen und München; Promotion im Fach Politische Wissenschaft; Habilitation (Politikwissenschaft) an der Universität Augsburg.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Bildung in Bayern, 1974; „Staatsbürger der DDR“, in: Deutsche Ostkunde, (1975) 1; Jungwähler und Demokratie, in: Politische Studien, (1975) 219; Was ist typisch deutsch?, 1979; Grundwerte in pädagogischer Sicht, in: Pädagogische Welt, (1978) 12; Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung, 1983; Herausforderung Frieden, 1984²; Zur Problematik der politischen Kultur der Jungwähler in der Bundesrepublik Deutschland, 1984; Zeitgeschichte, 1985; Freistaat Bayern, 1986⁴; 40 Jahre nach dem Holocaust, in: Tribüne, (1986) 100; Frieden, 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 41, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Landtagswahlen 1987/88

I. Vorbemerkungen

Nicht zuletzt das zunehmende Beteiligungsbedürfnis der Bürger an politischen Entscheidungen hat den Blick dafür geschärft, daß politische Dezentralisierung eines der Elemente politischer Gestaltung darstellt, mit dem die Akzeptanz der politischen Ordnung verbessert werden kann. Hier weisen also föderalistisch organisierte Staaten einen möglichen Bestands- und Entwicklungsvorteil gegenüber Ländern auf, die neben den Gemeinden als selbständigen durch Wahlen legitimierten Gebietseinheiten nur noch über eine legitimierte zentrale Entscheidungsebene verfügen. Auf die komplizierten Fragen der Zuständigkeit der selbständig verfaßten Entscheidungsebenen und die Verbindung zwischen ihnen, deren Diskussion etwa in Begriff und Sache der Politikverflechtung ihren Niederschlag gefunden hat, soll in unserem Beitrag nicht eingegangen werden. Uns kommt es vielmehr darauf an, die Ergebnisse der seit der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 stattgefundenen Landtagswahlen systematisch zu diskutieren und in Perspektive zu bringen.

Landtagswahlen als sogenannte Nebenwahlen¹⁾ haben bislang in der deutschen Wahlsoziologie keine große Aufmerksamkeit gewinnen können. Dafür gibt es viele gute Gründe, die im wesentlichen genau mit den von Reif genannten Charakteristika für diesen Typus von Wahlen zusammenfallen:

— Landtagswahlen können in einem räumlich begrenzten und extrem vernetzten Staat wie der Bundesrepublik nur schwer einen eigenständigen Status erreichen; sie sind im Wahlkampfverhalten und Ausgang sehr stark von dem jeweiligen politischen Gesamtklima bestimmt.

— Unter konstitutioneller Perspektive sind die bereichsspezifische Zuständigkeit und der Handlungsspielraum für eine unabhängige Landespolitik, bezogen auf den gesamten politischen Problemhaushalt, extrem begrenzt.

Die Verfasser danken Klaus-Peter Schöppner, EMNID-Institut, für die Freigabe der durch EMNID erhobenen Daten sowie den Mitarbeitern der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, für kollegiale Unterstützung bei der Bereitstellung der Analysen.

— In der Wahrnehmung der Wähler besteht eine klare Bedeutungshierarchie für die unterschiedlichen politischen Ebenen, die sich nicht nur in entsprechenden Bewertungen, sondern auch in dem „harten“ Datum der Höhe der Wahlbeteiligung niederschlägt. Danach liegen Bundestagswahlen mit Abstand an der Spitze der Wichtigkeitshierarchie, gefolgt von Landtags- und Kommunalwahlen; die Europawahlen bilden das völlig abgeschlagene Schlußlicht²⁾.

— Die für viele Wähler diffuse politische Eigenständigkeit von Landtagswahlen, ihre Beeinflussung durch das über die Bundespolitik geprägte allgemeine politische Klima sowie das geringere politische Gewicht erlauben es den Wählern vor dem Hintergrund einer ohnehin erhöhten Bereitschaft zum Wechsel des Wahlverhaltens, in Landtagswahlen eine Vielzahl individuell unentwirrbar miteinander verknüpfter Motivationen und Ziele zum Ausdruck zu bringen. Daraus ergeben sich für den Wahlanalytiker erhebliche Schwierigkeiten, die Ergebnisse von Landtagswahlen politisch und wahlsoziologisch eindeutig zu verorten.

— Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Forschung mindestens bis 1980 für die Bundesrepublik — ähnliche Befunde liegen jedoch auch für andere Demokratien vor — ist von einer Art Popularitätszyklus für die Regierung der obersten Systemebene auszugehen³⁾. Dieser Zyklus weist für eine Bundesregierung eine *relativ* günstige Stimmungslage direkt nach und kurz vor einer Bundestagswahl aus. Dementsprechend werden Landtagswahlen mit ihren sehr unterschiedlichen Terminen in ihrem Ausgang entsprechend unterschiedlich von diesem politischen Zyklus beeinflusst.

¹⁾ Karl-Heinz Reif, Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl.), (1984) 3, S. 343–345.

²⁾ Joachim Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler, Frankfurt-New York 1984, S. 72–79.

³⁾ Reiner Dinkel, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1975, in: Politische Vierteljahresschrift, (1977) 2/3, S. 348–359; Reiner Dinkel, Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen, in: ZParl., (1981) 1, S. 135–139.

— Dieser Faktor dürfte allerdings, ohne daß dies bislang eindeutig zu belegen wäre, unterschiedlich in Abhängigkeit davon wirken, ob in einem Bundesland dieselbe Partei/Koalition wie auf der Bundesebene regiert oder eine andere. Eine zusätzliche Komplikation dürfte sich dabei noch für den Fall von unterschiedlichen Koalitionskonstellationen ergeben, die ja in der Geschichte der Bundesrepublik schon vorgekommen sind.

Die Vielzahl der hier angerissenen Einflußgrößen legt eine gewisse Zurückhaltung in der Interpretation von Landtagswahlergebnissen nahe. Nun hat sich in der Wahlsoziologie durch die hohe Kontinuität der Forschung für Bundestagswahlen inzwischen eine so große Zahl von Studien angesammelt, daß die Analyse einzelner Wahlen zunehmend zugunsten einer Längsschnittperspektive aufgegeben werden kann, welche die jeweils spezifische Wahl in den Kontext eines Entwicklungsverlaufs einbettet. Selbst wenn für Landtagswahlen inzwischen eine ähnliche Forschungskontinuität vorläge, könnte wegen der genannten nicht nur der jeweiligen Landtagswahl zurechenbaren Einflußgrößen eine ein-

deutige Bestimmung des Gewichts eines spezifischen Faktors nicht erfolgen. Hier helfen auch die an sich verfügbaren Modellrechnungen für Zeitreihen nicht entscheidend weiter, da aufgrund der hohen Zahl zu kontrollierender Größen in Verbindung mit der geringen Zahl von Wahlen sehr schnell die Modellgrenzen erreicht würden.

In einer solchen unerfreulichen theoretischen und empirischen Situation müssen Vorentscheidungen bezüglich des Analyseblickwinkels und der Darstellung der Befunde getroffen werden. Wir haben für diesen Beitrag zwei solcher Vorentscheidungen getroffen. Die erste Entscheidung bezieht sich darauf, daß wir die einzelnen Landtagswahlen jeweils vor dem Hintergrund des allgemeinen politischen Trends für die Bundesebene analysieren. Zum zweiten wollen wir als Bezugswahl für die Bewertung des jeweiligen Wahlergebnisses nicht nur die letzte zurückliegende Landtagswahl, sondern auch die Bundestags- und Landtagswahl-Trends *im jeweiligen Bundesland* zurück bis zum Jahre 1969 berücksichtigen.

II. Die Landtagswahlergebnisse seit 1987

Seit der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 sind bis zum Mai 1988 in sechs der elf Bundesländer neue Landesparlamente gewählt worden — allerdings nicht in jedem Fall zum turnusmäßigen Termin.

In Hessen fand die Landtagswahl etwa ein halbes Jahr früher statt als normalerweise vorgesehen, weil nach dem Ende der rot-grünen Koalition die Bildung einer neuen Regierung nicht möglich war. In Hamburg konnte nach der Wahl vom 9. November 1986 keine Regierung gebildet werden, so daß die Wähler ein halbes Jahr später wieder zur Wahl aufgerufen waren. In Schleswig-Holstein schließlich war nach dem Wahlergebnis vom 13. September 1987 aufgrund der Barschel-Pfeiffer-Affäre die Suche nach einer neuen Regierungsmehrheit von vornherein zum Scheitern verurteilt und deswegen ein weiterer Wahlgang erforderlich. Bei der zweiten Landtagswahl in Schleswig-Holstein gab es bei CDU und SPD ganz besonders große Anteilveränderungen, die auf die außergewöhnlichen Umstände zurückzuführen sind, derentwegen diese Wahl stattfand. Läßt man dieses Wahlergebnis außer Betracht, so ist bei den übrigen Landtagswahlen bei keiner Partei ein ganz eindeutiger Trend erkennbar, allerdings überwiegen bei der CDU die Verluste deutlich.

Die CDU hat mit Ausnahme von Hessen, wo sie 1983 aufgrund einer ausdrücklichen Wahlempfehlung zugunsten der FDP viele Stimmenanteile gewonnen hatte, ihre Position sonst in keinem Bundesland verbessern können. Bei den turnusmäßigen Wahlen in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und besonders in Bremen waren die Verluste der CDU gravierend. In diesen drei Bundesländern hat auch die Wahlbeteiligung am deutlichsten abgenommen — in den beiden Flächenstaaten vor allem auch deswegen, weil dort die vorhergehenden Wahltermine entweder termingleich oder in unmittelbarer Nähe mit der Bundestagswahl vom 6. März 1983 gelegen hatten. Aufgrund der hohen CDU-Verluste in den drei angeführten Bundesländern erschien vielen Beobachtern das Halten der absoluten Mehrheit der Sitze durch die CDU in Baden-Württemberg, trotz des Verlustes von rund drei Prozentpunkten und der absoluten Mehrheit der Stimmen, schon als Sieg.

Nach der Koalitionslogik des augenblicklichen Parteiensystems muß das Abschneiden der CDU fast immer im Zusammenhang mit den Ergebnisveränderungen der FDP und, mit Ausnahme von Hessen und Hamburg, auch mit dem sonstiger kleinerer Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums gesehen werden. In Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein hatte die

Tabelle 1: Wahlergebnisse 1987/88 in Prozenten gültiger Stimmen

	Wahlbe- teiligung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Sonstige
Bundestag 25. 1. 1987	84,3	44,3	37,0	9,1	8,3	1,4
Hessen 5. 4. 1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	0,5
Hamburg 17. 5. 1987	79,5	40,5	45,0	6,5	7,0	1,0
Rheinland-Pfalz 17. 5. 1987	77,0	45,1	38,8	7,3	5,9	2,9
Bremen 13. 9. 1987	75,7	23,4	50,5	10,0	10,2	5,8
Schleswig-Holstein 13. 9. 1987	76,6	42,6	45,2	5,2	3,9	3,0
Baden-Württemberg 20. 3. 1988	71,8	49,0	32,0	5,9	7,9	5,2
Schleswig-Holstein 8. 5. 1988	77,4	33,3	54,8	4,4	2,9	4,6

Differenz zum jeweils vorhergehenden Wahlergebnis in Prozentpunkten

	Wahlbe- teiligung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Sonstige
Bundestag 25. 1. 1987	- 4,8	-4,5	-1,2	+2,1	+2,7	+0,9
Hessen 5. 4. 1987	- 3,2	+2,7	-6,0	+0,2	+3,5	-0,3
Hamburg 17. 5. 1987	+ 1,7	-1,4	+3,2	+1,7	-3,4	-0,3
Rheinland-Pfalz 17. 5. 1987	-13,4	-6,8	-0,8	+3,8	+1,4	+2,4
Bremen 13. 9. 1987	- 4,0	-9,9	-0,8	+5,4	+2,4	+2,8
Schleswig-Holstein 13. 9. 1987	- 8,2	-6,4	+1,5	+3,0	+0,3	+1,5
Baden-Württemberg 20. 3. 1988	+ 0,6	-2,9	-0,4	-1,3	-0,1	+4,7
Schleswig-Holstein 8. 5. 1988	+ 0,8	-9,3	+9,6	-0,8	-1,0	+1,6

FDP ihre Absicht, nach der Wahl eine bürgerliche Koalition zu bilden, bekräftigt oder zumindest angekündigt, was im Zusammenhang mit der mittlerweile erworbenen Glaubwürdigkeit der Partei als zuverlässigem Koalitionspartner in Bonn, wie auch schon bei der Bundestagswahl im Januar 1987, zu Stimmengewinnen zu Lasten der CDU führte. In Hessen hatte diese Entwicklung bereits vier Jahre zuvor stattgefunden. In Hamburg führte der Ver-

such eines Teils der CDU-Wähler, mit der FDP die gemeinsamen Stimmenanteile zu optimieren, zwar zur Rückkehr der FDP in die Bürgerschaft, nicht aber zur gemeinsamen Regierungsfähigkeit. Im Nachbarland Bremen dagegen war die FDP die naheliegende bürgerliche Alternative zu einer äußerst schwachen CDU. In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein — in beiden Ländern war die FDP vor der Wahl nicht im Parlament vertreten — profi-

tierte die FDP von der Kritik an der Regierungspartei CDU. Das Ausweichen auf die FDP, bei der das Risiko des Regierungsverlustes der CDU gering war, hatte für einen Teil der unzufriedenen CDU-Wähler eine Ventilfunktion. Im Unterschied zu Rheinland-Pfalz kam es in Schleswig-Holstein, trotz der vergleichsweise bescheidenen Erfolge der kleineren Parteien auf der rechten Seite, zum politischen Patt. Jahre zuvor war in beiden Bundesländern eine absolute Mehrheit der CDU erst zustande gekommen, als die FDP in Bonn mit der SPD die sozialliberale Koalition eingegangen war. Nachdem im Jahr zuvor, im Juni 1986, auch schon in Niedersachsen die CDU ihre absolute Mehrheit verloren hatte, gemeinsam mit der FDP aber weiterregieren konnte, lag es nahe, ähnliches nun auch für Baden-Württemberg zu erwarten. Daß der FDP dort keine Koalition gelang, lag zum einen daran, daß beim Streit der Bonner Koalitionsparteien um die Steuerreform von führenden Vertretern der FDP zum ersten Mal seit der Wende 1982 auch die Koalitionsfrage thematisiert worden war, zum anderen aber auch an der im Vergleich zu anderen Bundeslän-

dern relativ großen Zufriedenheit des bürgerlichen Lagers mit der CDU und ihrem Ministerpräsidenten Lothar Späth. Insofern gab die CDU nur Stimmen nach rechts ab, nicht aber an die FDP.

Nach der klar verlorenen Bundestagswahl 1987 mußte die SPD zwar im April 1987 in Hessen nach mehr als 40 Jahren ihre Position als Regierungspartei abgeben, konnte aber bei den folgenden Landtagswahlen ihre jeweilige Position verbessern oder zumindest knapp behaupten; in Schleswig-Holstein hätten die Sozialdemokraten schon bei der ersten Landtagswahl im Herbst 1987 beinahe die Regierungsübernahme geschafft. Die Struktur der Stimmenanteilveränderungen der SPD läßt fast immer einen Zusammenhang mit dem Abschneiden der GRÜNEN erkennen. Wo die SPD als Partei attraktiv erscheint, wie in Schleswig-Holstein, oder eine Mehrheitschance hat, wie in Hamburg, reduzieren sich die Chancen der GRÜNEN. Ist die SPD in einer schwachen Position, steigen die Chancen der GRÜNEN auf Zugewinne, wie sich in Hessen und Rheinland-Pfalz gezeigt hat.

III. Die allgemeinen politischen Trends seit der Bundestagswahl 1987

Die politischen Trends auf der Bundesebene werden durch eine Vielzahl sich überlagernder Faktoren bestimmt, die auch im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Einflüssen auf die Veränderung individueller Wahlergebnisse immer wieder angesprochen werden. Als die wichtigsten gelten die Diskussion der politischen Themen, die Orientierung an Spitzenpolitikern und gegebenenfalls die Thematisierung der koalitionspolitischen Optionen; durch sie wird das aktuelle politische Meinungsklima hauptsächlich geprägt.

Die von der wahlsoziologischen Literatur unter den wichtigsten Bestimmungsgründen der individuellen Wahlentscheidung angeführten sozialstrukturell vermittelten Bindungen bestimmter Wählergruppen an die Parteien gewinnen in diesem Kontext dann an Bedeutung, wenn sozialstrukturell abgrenzbare Wählergruppen ihre Interessenlage durch die aktuell diskutierten Streitfragen betroffen sehen. Beispiele hierfür sind die im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 kontroversen Diskussionen über den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes und die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Bis heute fehlen der Politischen Soziologie jedoch systematische Erkenntnisse darüber, unter welchen Bedingungen die verschiedenen Einflußgrößen für die politische Stimmung Bedeutung erlangen oder verlieren, wie sie miteinander verknüpft sind und

wie sie gegebenenfalls auf die individuellen Wahlentscheidungen einwirken. Wahlen, insbesondere Bundestagswahlen, sind insoweit für die politische Soziologie ganz besondere Glücksfälle, weil sie – im Gegensatz zu Meinungsumfragen – die Analyse tatsächlichen Verhaltens ermöglichen, und, wenn auch ex post, eine zumindest qualitative Bedeutungsbestimmung der verschiedenen Determinanten gestatten.

Der weiteren Diskussion des aktuellen politischen Meinungsklimas, in welchem die Landtagswahlen seit 1987 stattfanden, wird daher zunächst eine kurze zusammenfassende Analyse der Bundestagswahl von 1987 vorangestellt werden. Mit Rückblick auf die Legislaturperiode 1983–1987 kann so gezeigt werden, wie sich die untypisch schlechten Beurteilungen der Bundesregierung und ihres wichtigsten Repräsentanten im Herbst 1986⁴⁾ im Wahlverhalten vom Januar 1987 auswirkten und welche Vorgabe das politische Meinungsklima durch das

⁴⁾ Vgl. Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 509–543. Eine leicht veränderte und gekürzte Fassung dieses Aufsatzes wurde unter dem gleichen Titel in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, veröffentlicht.

Wahlergebnis der Bundestagswahl für die neue Legislaturperiode erhielt.

1. Die Bundestagswahl vom 25. Januar 1987

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 hat die Bonner Wende nach der erfolgreich verlaufenen Bundestagswahl vom 6. März 1983 zum zweiten Mal bestätigt. Zwar hatten die Unionsparteien hohe Verluste (-4.5 Prozentpunkte), doch wurde ein Teil davon durch Gewinne der FDP (+2.1 Prozentpunkte) kompensiert; den Oppositionsparteien SPD (-1.2) und GRÜNE (+2.7) gelang insgesamt nur eine leichte Anteilsteigerung. Auch wenn ein Teil der Stimmenverluste der CDU/CSU darauf zurückzuführen sein mag, daß der politische Ausgang der Bundestagswahl — also keine Abwahl der CDU/CSU-FDP-Regierung — schon lange vor dem Wahltermin feststand, was den einen oder anderen davon abgehalten haben mag, überhaupt zur Wahl zu gehen, oder aber zu einem Wechsel innerhalb des „Lagers“ anregte, so ist ein anderer Teil des Rückgangs zweifelsohne der deutlich gewordenen Kritik an der Politik der Unionsparteien und ihrer Führung zuzuordnen. Im Personalbereich hatte sich im Verlauf der Legislaturperiode bis zum Herbst 1986 die ohnehin nicht überschwengliche Beurteilung von Bundeskanzler Helmut Kohl abgeschwächt. Zwar wurde der Bundeskanzler im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl 1987 wieder etwas besser eingeschätzt als zu den Tiefpunkten im Sommer 1985 und Mai 1986, dennoch ist Kohls Einstufung auf der von +5 bis -5 reichenden Sympathieskala im Januar 1987 mit 0.6 (Herausforderer Rau: 0.8) die schwächste gewesen, die bisher ein Bundeskanzler vor einer Bundestagswahl erhalten hat. Im Vergleich dazu war Helmut Schmidt vor der Bundestagswahl von 1980 mit einem Wert von 2.8 beurteilt worden⁵⁾. Auch bei der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler kam es mit jeweils 46 Prozent der Nennungen für Kohl und Rau zu einem bis dahin noch nicht dagewesenen Gleichstand eines Amtsinhabers mit seinem Herausforderer. 1983 hatte Kohl immerhin einen Vorsprung vor dem damaligen Gegenkandidaten Hans-Jochen Vogel von neun Prozentpunkten (44 Prozent: 35 Prozent) gehabt, doch auch damals war dieser Vorsprung vergleichsweise gering⁶⁾.

Ähnlich wie bei Spitzenpolitikern hatte sich auch im Bereich der durch die Bevölkerung zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen das für die CDU/

CSU-FDP-Regierung bei der Bundestagswahl 1983 so überaus positive Bild im Verlauf der Legislaturperiode abgeschwächt⁷⁾. Zur Bundestagswahl 1987 genoß die Bonner Koalitionsregierung bezüglich der wichtigsten Wirtschaftsthemen einen Vertrauensvorsprung vor einer möglichen SPD-geführten Regierung⁸⁾, in den Reihen der Anhänger der Regierungsparteien hatte jedoch die Überzeugung von der Kompetenz der Bonner Regierung im Vergleich zu 1983 deutlich nachgelassen.

Dennoch bestätigt die Analyse der Forschungsgruppe Wahlen, daß die traditionell starke Verankerung der CDU/CSU im kirchlich gebundenen Katholizismus, im „alten Mittelstand“ der Selbständigen und bei den Bauern bei dieser Wahl ebenso erhalten blieb wie die der SPD im klassischen Arbeitermilieu, aber auch in anderen Berufsgruppen, wenn gleichzeitig eine Zugehörigkeit zu einer der Mitgliedsgewerkschaften des DGB vorliegt. Allerdings hat es sich auch gezeigt, daß die seit 1976 zu beobachtende Zunahme der SPD bei den gewerkschaftlich organisierten katholischen Arbeitern weiter angehalten hatte⁹⁾.

2. Das politische Klima seit der Bundestagswahl 1987

In der Meinung der Bevölkerung war das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 insgesamt für die Regierung ein Erfolg, da trotz des Stimmenrückganges der CDU/CSU die Sozialdemokraten ihr ursprünglich formuliertes Wahlziel, eine eigene Mehrheit zu erringen, bei weitem verfehlt haben. Diese Bewertung der Bundestagswahl bestimmte daher auch die Stimmungslage der Bevölkerung im Frühjahr 1987.

Mit Blick auf die Problematik der Messung der aktuellen Parteipräferenzen im Interview haben wir vor der Bundestagswahl ausgeführt¹⁰⁾, daß die in der Wahlforschung gestellte fiktive „Sonntagsfrage“ (Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?) keineswegs — auch nicht nach einer „politischen Gewichtung“ — zu dem erwarteten Quasi-Wahlergebnis führt. Sie gestattet hingegen in unveränderter Form eine zutreffende Einschätzung der politischen Stimmungslage der Bevölkerung. Im Schaubild „Die politische Stimmungslage der Bevölkerung 1987 bis 1988“ sind daher die repräsentativ gewichteten,

⁵⁾ W. G. Gibowski/M. Kaase, ebda., S. 533; sowie Politbarometer — Erhebungen Januar 1987 und September 1980 der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

⁶⁾ Vgl. dazu Forschungsgruppe Wahlen e. V., Die Konsolidierung der Wende. Zur Analyse der Bundestagswahl 1987, in: ZParl. (1987) 7, S. 276.

⁷⁾ Vgl. dazu W. G. Gibowski / M. Kaase (Anm. 4), S. 519 f.

⁸⁾ Vgl. dazu Forschungsgruppe Wahlen e. V. (Anm. 6), S. 278.

⁹⁾ Ebda., S. 284.

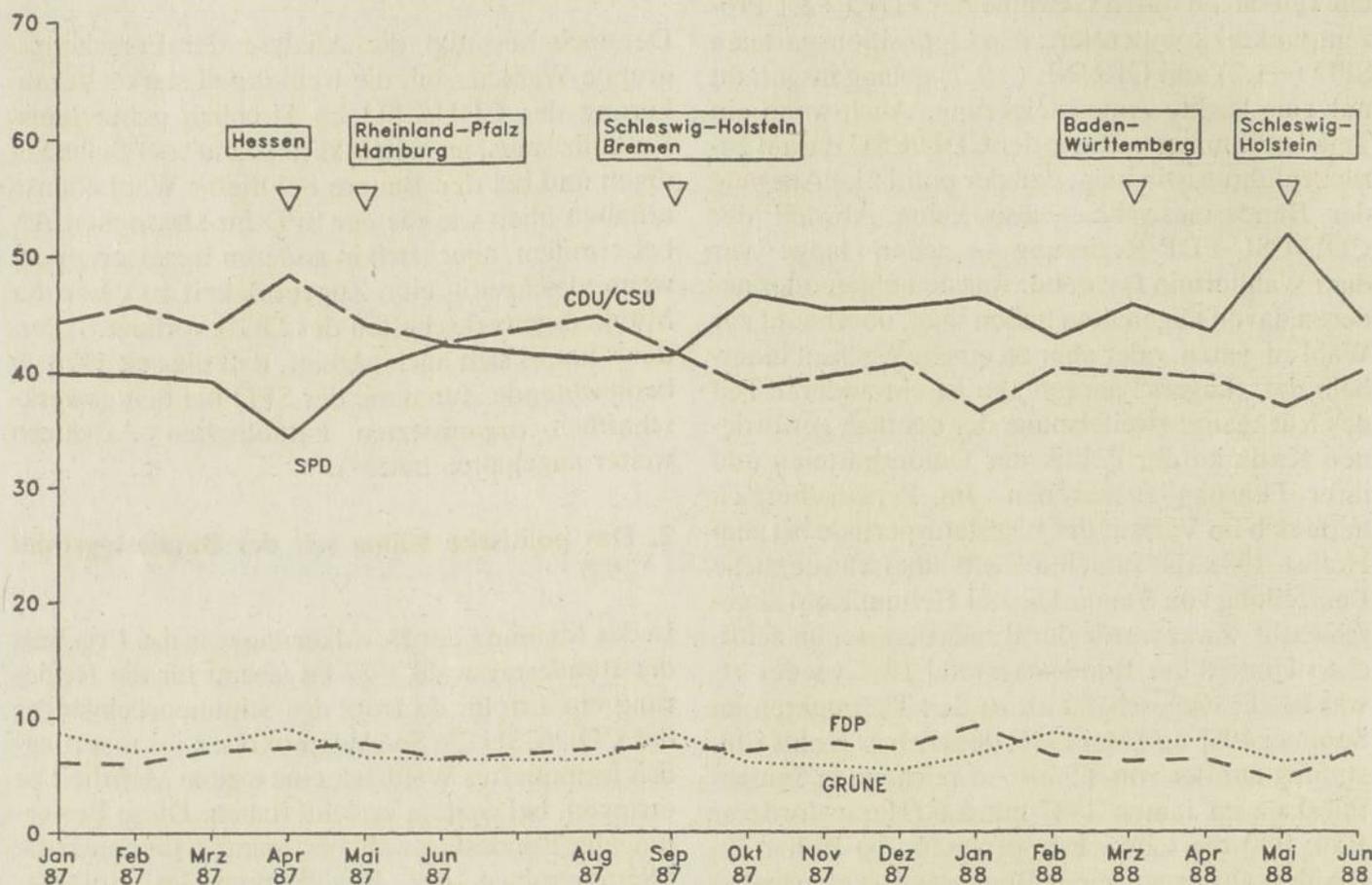
¹⁰⁾ W. G. Gibowski/M. Kaase (Anm. 4), S. 514/515.

sonst aber unveränderten Ergebnisse der Wahlabsichtsfrage wiedergegeben, die in den monatlichen Politbarometer-Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen (im Auftrag des Zweiten Deutschen

Fernsehens) erhoben wurden. Die Prozentuierung erfolgt auf der Grundlage der Befragten, die auf die Frage eine Partei genannt haben („Gültige Stimmen“).

Schaubild 1: Die politische Stimmungslage der Bevölkerung 1987–1988

Wahlabsicht in Prozentanteilen der „Gültigen Stimmen“



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind. Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

Die empirischen Befunde sind eindeutig und entsprechen in ihrer Tendenz auch den Beobachtungen der vorhergehenden Legislaturperiode. Nach zunächst gutem Niveau der politischen Stimmung für die Unionsparteien lagen ab Juni CDU/CSU und SPD praktisch gleichauf, seit Oktober 1987 hatte dann die SPD mit variierendem Abstand die Nase vorn. Die Landtagswahl in Hessen liegt zeitlich noch im Stimmungshoch der Union nach der Bundestagswahl, alle späteren Landtagswahlen fallen dagegen in eine Zeit schwindenden Ansehens der CDU/CSU bei tendenzieller Klimaverbesserung zugunsten der FDP. Die hohen Verluste der CDU bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz sind allerdings auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß dem vorhergehenden Landtagswahlergebnis, die Bundestagswahl 1983 fand am gleichen Tage statt,

der damals positive Bundestrend der Unionsparteien genützt hatte. Das Stimmungshoch der CDU/CSU im April 1987 bei gleichzeitigem Stimmungstief der SPD wie auch das Hoch der SPD im Mai 1988 bei entsprechendem Tief der CDU sind mit Blick auf die beiden Landtagswahlen, die in diesen Monaten stattfanden, allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. In beiden Fällen wurden die Politbarometer-Umfragen zeitlich nach dem jeweiligen Wahltermin durchgeführt, so daß die in der Grafik deutlich erkennbaren Ausschläge der politischen Stimmungslage wohl eher durch die entsprechenden Wahlergebnisse verursacht wurden, als daß die umgekehrten Kausalitäten vorlägen. Auffällig ist auf jeden Fall, daß die CDU/CSU seit den gravierenden Verlusten bei der Doppelwahl in Schleswig-Holstein und Bremen im öffentlichen Stimmungshoch

bild deutlich hinter die SPD zurückgefallen ist, was zeitlich mit der nach dem Wahltermin sichtbar gewordenen Barschel-Affäre zusammentrifft.

Für die FDP verläuft die politische Stimmung seit Januar 1987 signifikant besser als in der vorhergehenden Legislaturperiode; für die GRÜNEN dagegen etwas schlechter. Während die FDP seit der Wende bis zur Bundestagswahl bei diesem Indikator allenfalls Anteile von fünf Prozent, meist aber weniger erreichte und die GRÜNEN praktisch immer an dritter Stelle standen, hat sich wohl durch die Realität des Wahlergebnisses vom 25. Januar 1987 das Bild gewandelt. Beide Parteien liegen seitdem in etwa gleichauf, wobei zumindest bis Januar 1988 zu beobachten ist, daß mit der Stimmungsver-

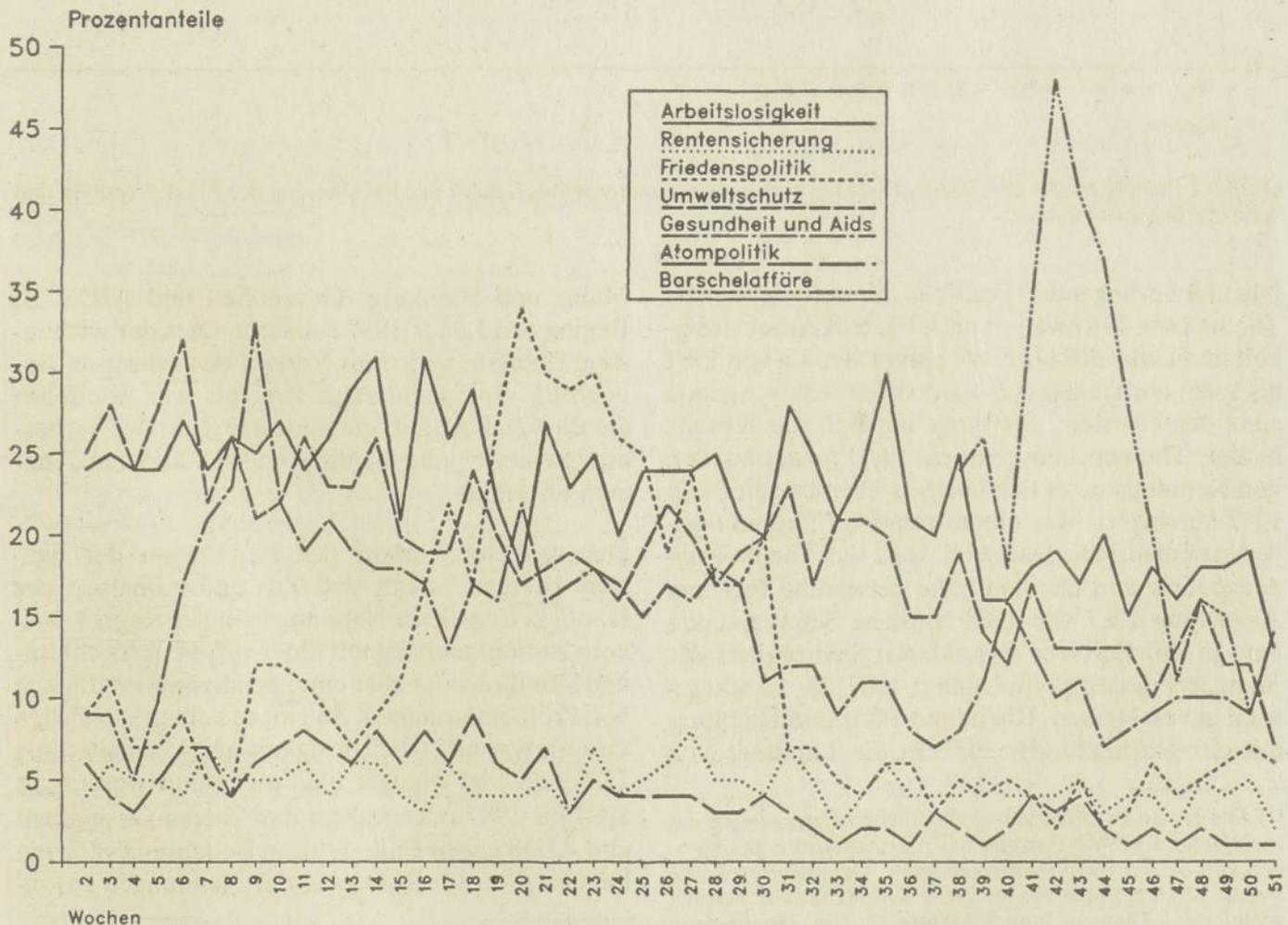
besserung zugunsten der SPD die GRÜNEN etwas schwächer als die FDP abschneiden, die ihrerseits zumindest in begrenztem Umfang vom Stimmungsrückgang der CDU/CSU profitiert. Diese Beobachtung gilt allerdings nicht für die Zeit vom Februar bis Mai 1988, in die das schlechte Abschneiden der FDP in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein fällt. Insgesamt ist demnach festzustellen, daß die Ergebnisveränderungen bei den Landtagswahlen seit 1987 dem Verlauf der politischen Stimmungslage der Bevölkerung durchaus entsprechen und zumindest bis zu diesem Zeitpunkt auch mit der Vorstellung einer zyklisch verlaufenden Popularitätskurve der Regierung in Abhängigkeit von dem Termin der Hauptwahl übereinstimmen.

3. Die politischen Themen seit der Bundestagswahl 1987

Die Befassung mit den politischen Streitfragen seit Januar 1987 erfolgt mit dem Ziel, Bestimmungsgründe für die Entwicklung und den Verlauf der

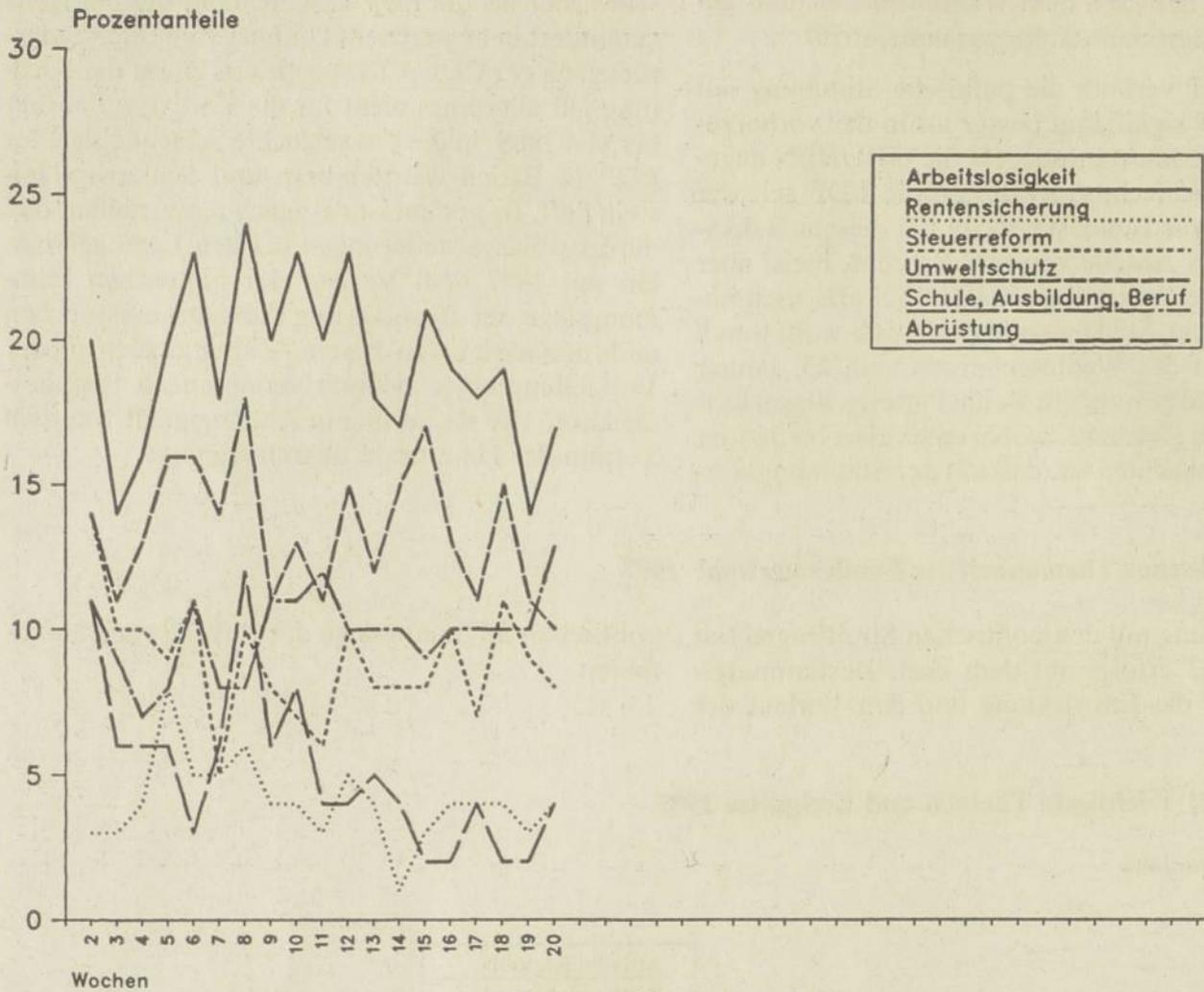
politischen Stimmungslage der Bevölkerung aufzufinden.

Schaubild 2: Wichtigste Themen und Ereignisse 1987



Quelle: Erhebungen des EMNID-Instituts bei einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins ab 14 Jahren.

Schaubild 3: Wichtigste Themen und Ereignisse 1988



Quelle: Erhebungen des EMNID-Instituts bei einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins ab 14 Jahren.

Die hier vorliegenden Grafiken mit den wichtigsten Themen seit 1987 weisen nach ¹¹⁾, daß Arbeitslosigkeit und Umweltschutz, die Dauerthemen von 1984 bis 1986, auch jetzt noch in der öffentlichen Agenda ganz oben stehen; allerdings hat sich die Distanz beider Themen, ausgedrückt in Prozentanteilen von Nennungen, zu den übrigen Themen seit Ende 1987 verringert, was einem relativen Bedeutungsverlust entspricht. Daneben weist das Thema Friedenspolitik und das ihm nahe verwandte Problem Abrüstung 1987 wie 1988 zeitliche Schwerpunkte auf. In die Zeit der besonderen Sichtbarkeit des Themas Friedenspolitik fallen 1987 die Landtagswahlen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg mit der Rückkehr der FDP in die Landtage von

Mainz und Hamburg. Gesundheit und AIDS, zu Beginn des Jahres 1987 zunächst eines der wichtigsten Themen, verlor im Verlauf des Jahres an Bedeutung. Spektakulärstes Ereignis war zweifellos die Barchel-Affäre, die für kurze Zeit, der Tschernobyl-Katastrophe ähnlich ¹²⁾, alle anderen Themen überragte.

Der zeitliche Verlauf der Nennungen der meisten Themen belegt, daß Zu- und Abnahme der Häufigkeiten dieser Nennungen in der Regel in keinem Zusammenhang mit einer sich verschlechternden Situation oder aber einer positiven Bewältigung von Problemen stehen. So gibt es keinen sachlichen Grund, warum Arbeitslosigkeit und Umweltschutz 1988 sehr viel weniger häufig erwähnt werden als 1984 bis 1987 oder warum das Thema Gesundheit und AIDS gegen Ende 1987 an Bedeutung verloren haben sollte. Im Rückgang der Nennungen zu sol-

¹¹⁾ Die Daten entstammen wöchentlichen Befragungen des Bielefelder EMNID-Instituts bei repräsentativen Stichproben von circa 1 000 Wahlberechtigten. Geantwortet wurde auf die offen gestellte Frage: „Was sind für Sie zur Zeit die wichtigsten Themen und Ereignisse?“. Im langfristigen Durchschnitt wurden pro Befragten ein bis zwei Probleme genannt.

¹²⁾ Vgl. dazu W. G. Gibowski/M. Kaase (Anm. 4), S. 517.

Tabelle 2: Lösungskompetenz unterschiedlicher Regierungskoalitionen für ausgesuchte politische Probleme: 1987/88

Den Regierungen zugewiesene Problemlösungskompetenz im zeitlichen Verlauf	Probleme				
	Die Arbeitslosigkeit bekämpfen	Für wirksamen Umweltschutz sorgen	Die Renten sichern	Für Abrüstung in Ost und West eintreten	Die Wirtschaft ankurbeln
CDU/CSU-FDP-Bundesregierung					
Januar 1987	39	27	40	26	48
September 1987	30	19	35	21	50
Oktober 1987	27	18	31	17	44
November 1987	27	20	34	22	43
Februar 1988	28	21	32	25	46
Juni 1988	23	16	30	—	43
SPD-geführte Bundesregierung					
Januar 1987	33	43	28	41	23
September 1987	30	33	28	33	18
Oktober 1987	32	33	30	38	19
November 1987	26	31	26	33	18
Februar 1988	30	29	27	34	17
Juni 1988	31	31	31	—	20

Tabelle 3: Kompetenzsprung der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung bezüglich ausgewählter politischer Probleme 1987/88 bei den Anhängern der politischen Parteien (Wahlabsichtsfrage): Prozentpunktdifferenz zwischen einer Präferenz für eine CDU/CSU-FDP- bzw. SPD-geführte Bundesregierung

Zeitpunkt	Die Arbeitslosigkeit bekämpfen				Für wirksamen Umweltschutz sorgen				Die Renten sichern			
	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler
Januar 1987	+78	-57	+41	-53	+49	-71	+10	-78	+77	-49	+56	-40
September 1987	+59	-54	+37	-46	+37	-57	-1	-46	+66	-45	+33	-34
Oktober 1987	+59	-61	+46	-36	+34	-60	+13	-24	+60	-51	+38	-22
November 1987	+57	-46	+32	-22	+42	-58	+11	-24	+67	-46	+46	-5
Februar 1988	+61	-57	+43	-30	+44	-55	+8	-25	+66	-52	+43	-18
Juni 1988	+51	-61	+25	-36	+26	-57	+14	-32	+53	-54	+40	-27
	Für Abrüstung in Ost und West eintreten				Die Wirtschaft ankurbeln							
Januar 1987	+46	-70	+22	-77	+85	-33	+65	-10				
September 1987	+39	-52	0	-55	+82	-14	+63	+13				
Oktober 1987	+33	-64	+12	-39	+76	-24	+77	+19				
November 1987	+43	-56	+14	-30	+75	-16	+60	+9				
Februar 1988	+48	-59	+16	-42	+81	-18	+61	+16				
Juni 1988	—	—	—	—	+71	-21	+59	+8				

chen Themen drückt sich eher aus, daß die Bevölkerung aufgrund der Gewöhnung an die Berichterstattung gelernt hat, mit den Problemen zu leben und – weil das öffentliche Interesse nachläßt – die Medien wohl auch weniger darüber berichten.

Das Aufgreifen dieser Themen durch die Bevölkerung sagt aber noch nichts über das Ausmaß der persönlichen Betroffenheit aus und darüber, in welchem Maße von Parteien oder Regierungen die positive Bewältigung dieser Fragen erwartet wird. Zumindest der letzten Frage kann mit Hilfe der in den Politbarometer-Erhebungen seit 1987 gewonnenen Angaben zur Problemlösungskompetenz unterschiedlicher Bundesregierungen für eine begrenzte Anzahl von Themen nachgegangen werden.

Die Tabellen 2 und 3 enthalten den Verlauf der von den Wählern perzipierten Problemlösungskompetenzen der jetzigen CDU/CSU-FDP-Bundesregierung und einer (fiktiven) SPD-geführten Regierung. Da die individuelle Zuordnung von Kompetenzen bei vielen Wählern von der jeweiligen Parteipräferenz geleitet wird, werden die Zu- und Abnahmen der Kompetenzen aus der Sicht aller Befragten, wie sie in Tabelle 2 dargestellt sind, auch durch die Veränderung der Stärkeverhältnisse der Parteianhängergruppen bewirkt. Aus diesem Grunde haben wir in Tabelle 3 auch die Kompetenzzuordnungen innerhalb der jeweils eigenen Reihen aufgeführt.

Aus Tabelle 2 wird klar ersichtlich, daß der Bonner Regierung im Juni 1988 ausschließlich beim Thema „Wirtschaft ankurbeln“ aus der Sicht aller Befragten mehr Kompetenzen zugeordnet werden als einer SPD-geführten Bundesregierung. Im Januar 1987 hatte die Bonner Regierung auch bei den Themen „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ sowie „Renten sichern“ jeweils einen deutlichen Vorsprung vor einer SPD-geführten Bundesregierung. Auffällig ist jedoch, daß beim Thema „Für Abrüstung in Ost und West eintreten“ der im Januar 1987 bemerkenswert große Vorsprung einer SPD-geführten Regierung sich bis zum Februar 1988 deutlich verringert hat. Tabelle 3 belegt nun, daß der Kompetenzverlust der Bundesregierung nicht in erster Linie durch die Veränderungen in den Stärkeverhältnissen der Parteianhängergruppen bewirkt wurde. Vielmehr hat bei allen Themen mit Ausnahme des Abrüstungsthemas das Vertrauen der CDU/CSU- und FDP-Wähler in die Problemlösungsfähigkeit der Bonner Regierung zum Teil bemerkenswert nachgelassen, während gleichzeitig das Vertrauen der SPD-Wähler in eine SPD-geführte Bundesregierung zugenommen hat. Bei den GRÜNEN nimmt dagegen die Tendenz zu, keiner der beiden

unterschiedlichen Bundesregierungen Kompetenzen zuzubilligen. Das Thema „Für Abrüstung in Ost und West eintreten“ ist der einzige Bereich, in welchem die CDU/CSU-Anhänger der Bonner Regierung im Frühjahr dieses Jahres zumindest genauso viel Vertrauen entgegenbringen wie zur Zeit der Bundestagswahl. Dieser Befund wird noch dadurch unterstrichen, daß bei diesem Thema die Kompetenzzuordnung der SPD-Anhänger zugunsten einer SPD-geführten Bundesregierung eher rückläufig ist.

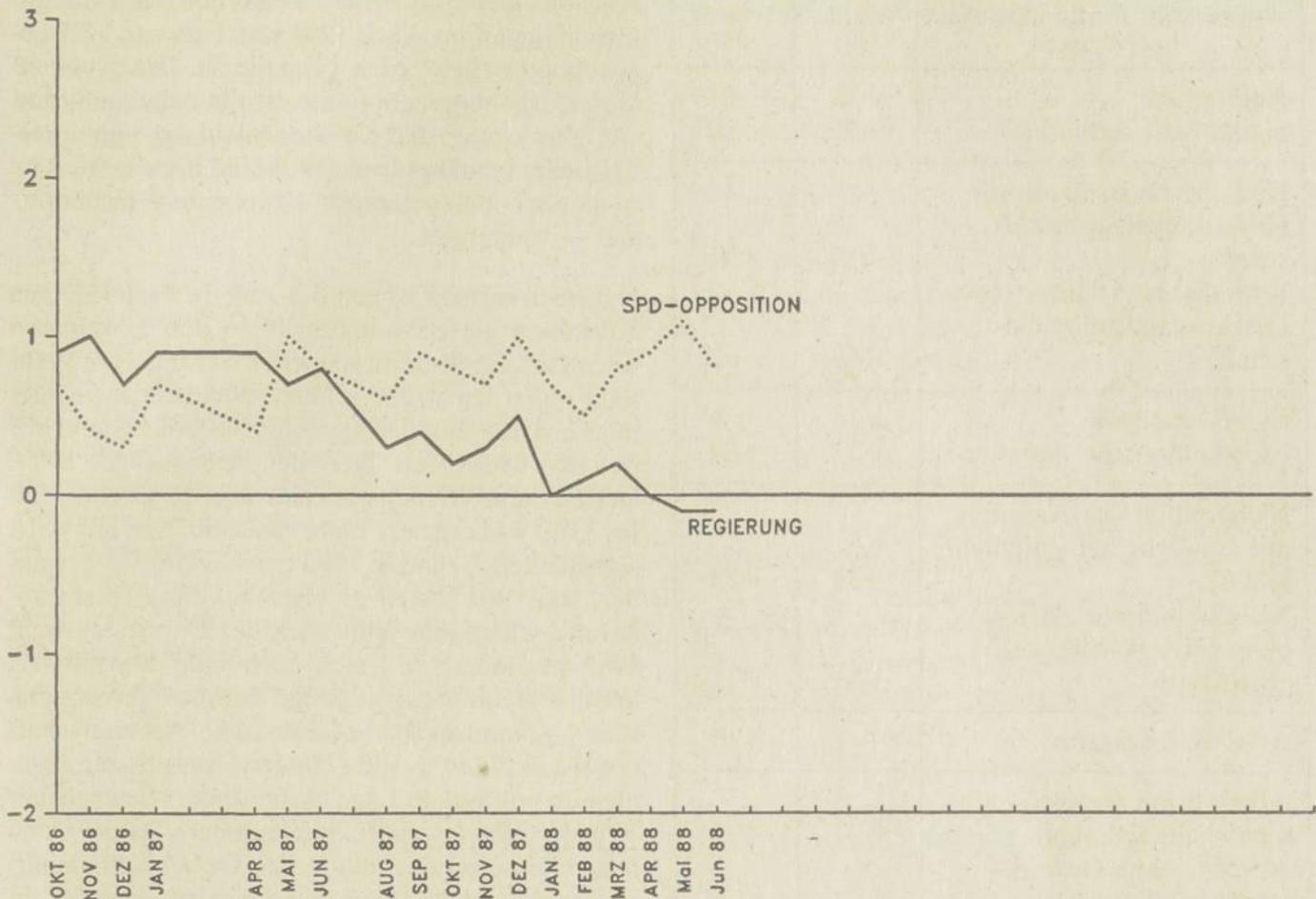
Es mag manchen Beobachter erstaunen, daß die Anhänger der Regierungsparteien der Bonner Regierung in hohem Maße die Kompetenz im Bereich der Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums zuordnen, obwohl sie gleichzeitig bezüglich der Themen Arbeitslosigkeit und Renten zunehmende Skepsis gegenüber der Kompetenz der Bundesregierung erkennen lassen. Vergleichbares, wenn auch in umgekehrter Richtung, gilt für die SPD-Anhänger, die einer SPD-geführten Bundesregierung zunehmend mehr in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Renten zutrauen, dagegen aber weniger, wenn es um die Ankurbelung der Wirtschaft geht. Es kann vermutet werden, daß die Meinungen der verschiedenen Wählergruppen auf der gemeinsamen Vorstellung beruhen, die Probleme von Arbeitslosigkeit und Renten seien nicht ausschließlich über Wachstumspolitik zu lösen, sondern erforderten eher sozialpolitische Kompetenzen. Damit würde auch verständlich, warum die Persistenz dieser Themen der Kompetenz der CDU/CSU-FDP-Regierung in Sachen Wirtschaftsankurbelung bisher nicht sehr geschadet hat.

Dennoch wird deutlich, daß die Bundesregierung im Vergleich zum Herbst 1986 und vor allem im Vergleich zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl bei den meisten Themen Kompetenz verloren hat, und zwar in den Augen der eigenen Anhänger wie der Anhänger der Oppositionsparteien. Dies wird eindrucksvoll durch die Entwicklung der Leistungsbeurteilung der Bundesregierung und der SPD-Opposition belegt, die in den monatlichen Politbarometer-Untersuchungen mit einer Skala von +5 bis -5 gemessen werden. Schon im April 1987 bleibt die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Bonner Regierung hinter derjenigen mit der SPD-Opposition zurück.

Zwar kann die Bundesregierung beeinflussen, welche Themen auf die Agenda der öffentlichen Diskussion kommen, sie kann aber, wie am Beispiel der öffentlichen Diskussion der Steuerreform sichtbar wurde, nicht kontrollieren, wie die Themen in der öffentlichen Meinung aufgenommen werden. Parallelen zu der eigentlich ungewöhnlichen Situation beim Verlauf der Leistungsbeurteilung finden

Schaubild 4: Zufriedenheit mit Regierung und Opposition von 1986–1988

Mittelwerte: Alle Befragten



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind. Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

sich bisher nur in der vorhergehenden Legislaturperiode und während der Krise der SPD-FDP-Bundesregierung von Mitte 1981 bis zur Wende.

4. Wahlverhalten und Sozialstruktur

Schon in unserer Vorausschau¹³⁾ hatten wir auf den Trend der abnehmenden Prägekraft klassischer sozialstrukturell bestimmter Milieus für das individuelle Wahlverhalten hingewiesen. Diese Befunde sind vielfältig in der Literatur dokumentiert¹⁴⁾ und

¹³⁾ W. G. Gibowski/M. Kaase (Anm. 4).

¹⁴⁾ Neuerlich wieder Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung – Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953–1987, in: ZParl, 19 (1988) 2, und Hans-Joachim Veen, Bewährung als Volkspartei. Konfession und Wahlverhalten der Generationen, in: Die Politische Meinung, (1988) 238, S. 58–66.

müssen an dieser Stelle nicht erneut im einzelnen entfaltet werden, da es für die hier interessierende Periode 1987/88 keine neuen *Entwicklungen* in diesem Bereich gegeben hat. Für die Thematik unseres Beitrages bedeutsam sind die zwei hauptsächlichen Elemente des Ablösungsprozesses, der zwischen den großen politischen Parteien und deren Anhängerschaft im Gang ist: erstens die zahlenmäßige Schrumpfung in der Größe der Milieus durch sozialen Wandel (insbesondere Wandel der Erwerbsstruktur – Anstieg der Bedeutung des Dienstleistungssektors – sowie Wandel der Wertüberzeugungen, z. B. Rückgang des kirchlich eng gebundenen Teils der Wählerschaft) und zweitens der Rückgang in der politischen Prägekraft der Milieus durch Prozesse der politischen und gesellschaftlichen Differenzierung.

Tabelle 5: Differenz Parteianteile (Wahlabsicht) SPD./CDU/CSU in ausgewählten sozialstrukturellen Gruppierungen *)

Ausgewählte sozialstrukturelle Gruppierungen	April 1983	Februar 1987
Katholiken	-38	-23
Katholische Arbeiter	-35	+10
Katholische Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft	-30	+37
Katholische Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft	-39	- 2
Nichtkatholiken	+15	+ 9
Nichtkatholische Arbeiter	+32	+20
Nichtkatholische Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft	+34	+33
Nichtkatholische Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft	+33	+11
Arbeiter insgesamt	+ 1	+15
Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft	+ 7	+35
Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft	- 2	+ 5
Alle Befragten mit Angabe einer Parteipräferenz	-10	- 6

*) Grundlage der Berechnung sind die monatlichen Politbarometererhebungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Die durchschnittlichen Fallzahlen in den Gruppierungen sind: alle Befragten mit Angabe einer Parteipräferenz: 900; Katholiken: 400; Nichtkatholiken: 500; Arbeiter: 350; katholische Arbeiter: 150; nichtkatholische Arbeiter: 200. Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft: 150; Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft: 200; katholische Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft: 50; katholische Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft: 100; nichtkatholische Arbeiter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft: 100; nichtkatholische Arbeiter ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft: 100. Die Berufsangabe bezieht sich auf den Beruf des Haushaltsvorstandes; bei der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft handelt es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um die *eigene* Mitgliedschaft der Befragten; für diese Analyse wurde die Mitgliedschaft eines *anderen* Haushaltsmitglieds aber in derselben Weise wie die eigene Mitgliedschaft behandelt.

In unserer oben genannten Analyse hatten wir insbesondere die sozialstrukturell bestimmten Milieus untersucht, die sich durch eine hohe — allerdings nunmehr kontinuierlich abnehmende — Bedeutung für das Wahlverhalten auszeichnen: Milieus, die durch den Schnittpunkt der Trennungslinien

Arbeiterschaft, Gewerkschaftszugehörigkeit und konfessionelle Bindung gebildet werden¹⁵⁾. Zur Erinnerung sollen die diesbezüglichen Angaben — als Differenzen zur Summe aller Befragten mit Angabe einer Wahlabsicht — aus den Nachwahluntersuchungen im April 1983 und Februar 1987 gegenübergestellt werden (Tabelle 5). Die Auswahl dieser Erhebungszeitpunkte erfolgt dabei aufgrund der Überlegung, daß die Untersuchungen unmittelbar nach einer Bundestagswahl die Parteipräferenz zu dieser Zeit angemessen — wenn auch nicht optimal — wiedergibt.

Natürlich werden wegen der zum Teil sehr kleinen Fallzahlen die Schwankungen in den Loyalitäten sozialstrukturell-organisatorisch verankerter Wählergruppen leicht überschätzt. Nichtsdestoweniger markiert die Bundestagswahl 1987 die Rückkehr des überwiegenden Teils der Arbeiter zur SPD, welche diese Wähler während ihrer Regierungszeit bis 1982 so frustriert hatte, daß ein Teil aus wirtschaftlichen Gründen 1983 zur CDU/CSU gewandert war. Wir hatten gezeigt, daß diese Rückwanderung schon sehr früh nach der Bundestagswahl 1983 begonnen und sich auch bald konsolidiert hatte. Die durch gegenläufige Einflüsse (cross pressures) gekennzeichnete katholische Arbeiterschaft erweist sich nun in allen Untersuchungen zur allgemeinen politischen Lage als besonders beweglicher Teil der Wählerschaft, insbesondere dann, wenn der stabilisierende Faktor der Gewerkschaftsmitgliedschaft fehlt. Damit wird erneut deutlich, in welchem Umfang nicht nur das Schrumpfen der sozialstrukturell bestimmten Milieus in der absoluten Größe den Anteil der für verändertes Stimmverhalten disponiblen Wähler vergrößert. Dieser Teil der Wählerschaft wird vielmehr nach wie vor und vermutlich zunehmend durch solche Wähler ergänzt, die innerhalb der Milieus durch gegenläufige Kräfte und durch soziale Differenzierung unter bestimmten zusätzlichen Bedingungen zu Wechselwählern werden. Landtagswahlen — das war weiter vorne ausgeführt worden — vereinigen in sich nun in geradezu idealer Weise Bedingungen, die diese Art von Wählerwechsel ermöglichen.

Diese Feststellung ist in mehrfacher Weise zu relativieren. Zum einen liegt die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen regelmäßig zwischen zehn und

¹⁵⁾ Theoretisch sinnvoll und empirisch wünschenswert wäre die zusätzliche Aufgliederung der Wählerschaft nach der Intensität der Bindung an die Kirche, wie sie in der Wahlforschung in der Regel durch die Größe „Häufigkeit des Kirchgangs“ erfaßt wird. Die Einbeziehung dieser Größe in die folgende Analyse ist wegen der ohnehin schon geringen Fallzahl in den gebildeten Untergruppen jedoch mit den vorliegenden Daten nicht möglich.

zwölf Prozentpunkten unter der von Bundestagswahlen. Der Einfluß der Wahlenthaltung auf ein Landtagswahlergebnis ist mit den Methoden der empirischen Wahlforschung schlecht zu schätzen, weil in Umfragen die Wahlbeteiligung meist höher angegeben wird, als sie in der Realität ausfällt. Dennoch ist die Quantität der Nichtwähler bei Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen so groß, daß alleine schon über diesen Faktor ganz erhebliche Umschichtungen in einem Wahlergebnis zustande kommen können.

Eine weitere wichtige Einflußgröße auf die Ergebnisse von Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen ist das zum Teil unterschiedliche Wahlsystem. Bei Bundestagswahlen läßt das Wahlsystem sowohl für das rechte als auch für das linke Lager koalitionspolitisches Wählen zu, von dem die Bürger seit langem ausgiebig durch Stimmensplitting Gebrauch machen. Eine solche Möglichkeit existiert bisher bei Landtagswahlen in der Regel nicht, und es ist sicherlich kein Zufall, daß in einigen Bundesländern entsprechende Änderungen der Landtagswahlgesetze beschlossen worden sind bzw. diskutiert werden. In enger Verbindung hierzu steht

übrigens auch die Überlegung, daß bei Landtagswahlen anders als bei Bundestagswahlen beim Wähler möglicherweise eine geringere Scheu vorhanden ist, mit seiner Stimme einer Partei zur absoluten Mehrheit zu verhelfen.

Umgekehrt sind Landtagswahlen, wie schon aus den Analysen der hohen NPD-Stimmenanteile bei den Landtagswahlen zwischen 1966 und 1969 bekannt ist, aus den genannten Strukturgründen offenbar besonders gut geeignet, Unzufriedenheit mit der etablierten Politik in dem Sinne auszudrücken, daß keine Wahl der größten Oppositionspartei oder des kleineren Koalitionspartners der grundsätzlich präferierten führenden Koalitionspartei erfolgt, sondern die Wahl einer Protestpartei, seien es nun die GRÜNEN oder eine der neueren kleineren Parteibildungen auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Diese Entwicklung hat sich mit großer Wahrscheinlichkeit — die hierzu vorliegenden Informationen sind wegen der geringen Größe des primären Sektors nicht besonders gut abgesichert — nicht aus den in diesem Abschnitt diskutierten sozialstrukturellen Gruppierungen, sondern aus dem landwirtschaftlich geprägten Sozialmilieu, allerdings nach denselben Mechanismen, gespeist.

IV. Zur zusammenfassenden Interpretation der Landtagswahlen 1987/88

Unter wahlsoziologischer Theorieperspektive muß ein besonderes Interesse darin bestehen, allgemein gültige Einflußgrößen für den Ausgang von Landtagswahlen zu identifizieren. Nicht nur unter föderalismustheoretischer, sondern auch unter allgemein-politischer Perspektive wirft ein solcher Ansatz offensichtliche Probleme auf. Geht er doch von der sicherlich von vielen nicht geteilten Annahme aus, daß die institutionelle Ausdifferenzierung in mehrere politische Systemebenen mit eigenständigen Verfahren der Legitimitätsgewinnung in den Entscheidungen der Wähler mehr oder weniger umfassend durch Ereignisse und Entscheidung der übergeordneten Systemebene dominiert wird. An dieser Stelle kann die politikwissenschaftliche und theoretische Problematik nicht weiter erörtert werden, obgleich sie sowohl diskussionswürdig als auch diskussionsbedürftig ist. Wir würden allerdings nicht richtig verstanden, wenn man unseren analytischen Ansatz zur Erklärung von Landtagswahlergebnissen über die bundespolitische Situation so interpretiert, als ob wir Spezifika der Landespolitik ganz grundsätzlich den bundespolitischen Gesichts-

punkten nachgeordnet betrachteten. Tatsächlich dokumentieren sich solche landespolitischen Einflußgrößen sehr wohl, wenn auch jeweils *unter besonderen Umständen*. Das herausragendste Beispiel für solche Faktoren ist sicher die Barschel-Affäre; nur sie kann die Homogenität der Veränderungen der Parteistärken in allen Regionen Schleswig-Holsteins bei der Landtagswahl im Mai 1988 erklären. Ein anderes Beispiel für solche Faktoren ist die Rolle, welche die persönliche Wertschätzung Lothar Späths bei der Landtagswahl im Mai 1988 seitens der Bevölkerung für den Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg gespielt hat. Auch im Bereich der politischen Themen lassen sich entsprechende Beispiele identifizieren, etwa die Schulpolitik in Hessen. Dennoch argumentieren wir, daß solche Faktoren ihre Wirkung stets vor dem Hintergrund der bundespolitischen Situation entfalten; etwas anderes kann angesichts der räumlichen Konzentration der Bundesrepublik, der beschränkten Eigenständigkeit von Landespolitik und der engen institutionellen Vernetzung zwischen Bund und Ländern gar nicht erwartet werden.

Tabelle 6: Landtagswahlen und Parteien 1987/88

Landtagswahlen und Parteien	Wahlergebnis in % gültiger Stimmen	Differenz zur Vorwahl in Prozentpunkten	Differenz der durchschnittl. Anteile: LTW 1982-1988 % LTW 1969-1982	Differenz zum Durchschnitt der BTW 1983 und 1987 in Prozentpunkten
Hessen 1987				
CDU	42,1	+ 2,7	-1,9	- 0,7
SPD und Grüne	49,6	- 2,5	+6,4	+ 1,7
CDU und FDP	49,9	+ 2,9	-3,7	- 1,3
Rheinland-Pfalz 1987				
CDU	45,1	- 6,8	-2,8	- 2,3
SPD und Grüne	44,7	+ 1,6	+4,0	+ 1,9
CDU und FDP	52,4	- 3,0	-3,4	- 3,1
Hamburg 1987				
CDU	40,5	- 1,4	+1,7	+ 3,0
SPD und Grüne	52,0	- 0,2	+5,5	- 1,9
CDU und FDP	47,0	+ 0,3	-0,6	+ 1,5
Bremen 1987				
CDU	23,4	- 9,9	-4,0	- 8,2
SPD und Grüne	60,7	+ 1,6	+8,8	- 5,8
CDU und FDP	33,4	- 4,5	-7,0	- 5,9
Schleswig-Holstein 1987				
CDU	42,6	- 6,4		- 7,6
SPD und Grüne	49,1	+ 1,8		+ 8,2
CDU und FDP	47,8	- 3,4		- 4,3
Baden-Württemberg 1988				
CDU	49,0	- 2,9	-3,8	- 0,7
SPD und Grüne	39,9	- 0,5	+3,9	+ 1,3
CDU und FDP	54,9	- 4,2	-5,5	- 5,3
Schleswig-Holstein 1988				
CDU	33,3	- 9,3	-4,4	-10,9
SPD und Grüne	57,7	+ 8,6	+7,4	+10,3
CDU und FDP	37,7	-10,1	-6,2	-14,4

Ein weiterer grundsätzlicher Gedanke soll ebenfalls kurz erörtert werden. Viele Wahlforscher unterstellen eine Quasi-Gesetzlichkeit eines Stimmungstrends, der die Einschätzung einer Bundesregierung kurz vor und nach einer Bundestagswahl (relativ) positiv, in der übrigen Zeit aber negativ erscheinen läßt. Wir finden bislang keinen theoretisch überzeugenden Grund für eine solche Gesetzlichkeit und bevorzugen eine Sichtweise dieses Problems, die für eine systematische empirische Überprüfung offen ist. In diesem Sinne enthält die obige Tabelle Angaben in der überwiegenden Form von Prozentpunktdifferenzen, in der die Ergebnisse der

Landtagswahlen seit Januar 1987 in Verbindung mit den kurz- und mittelfristigen Trends der Stimmentwicklung bei Landtags- und Bundestagswahlen in dem jeweiligen Land gebracht werden.

Wir haben eingangs auf die Vielzahl der Faktoren hingewiesen, die einer generalisierenden Interpretation der Landtagswahlergebnisse entgegenstehen. Bei der Interpretation der Zahlen ist die Dimension Regierungsmehrheit bzw. Regierungswechsel in Bonn zu beobachten. Wir haben einerseits alle Landtagswahlergebnisse eines Landes aufsummiert, die während der sozialliberalen Koali-

tion in Bonn (November 1969—August 1982) stattgefunden haben¹⁶); das gleiche geschah für die Wahlen nach der „Wende“ 1982 in Bonn. Andererseits muß beachtet werden, welche Partei(en) im jeweiligen *Land* die Regierung stellte(n). Die Erwartung ist, daß bei gleicher Regierungszusammensetzung in Bonn und im jeweiligen Bundesland die Abnutzungsverluste der Regierungspartei relativ deutlich sind und mit zunehmender Dauer der Regierungsverantwortung steigen. Demgegenüber sollten diesbezügliche Unterschiede zwischen Bund und Land die Chance der Regierungspartei(en) in dem jeweiligen Bundesland erhöhen. Schon die theoretisch gebundene Einbeziehung der *Dauer* der Regierungstätigkeit sowie die Frage nach möglichen unterschiedlichen Koalitionszusammensetzungen überfordern allerdings inhaltlich wie statistisch die Analyse der sieben Landtagswahlen seit Januar 1987. Aus diesem Grund soll sich die Dateninterpretation im wesentlichen auf zwei Gesichtspunkte konzentrieren.

Nach der kruden Hypothese der Dominanz der Bundespolitik und bei Existenz einer konservativ-liberalen Koalition in Bonn müßten die Regierungsparteien — bei variablen und nicht theoretisch eindeutig prognostizierbaren Austauschbeziehungen innerhalb des Regierungslagers — in Landtagswahlen — durchweg Stimmen verlieren. Diese Erwartung wird in fünf der sieben Landtagswahlen bestätigt, wobei die Stimmenverluste der dominanten Regierungspartei stets wesentlich größer sind als die des kleinen Koalitionspartners. Ein Teil der Unzufriedenheit mit der Bundespolitik wird bei Koalitionsregierungen in der Regel offenbar vom Part-

ner aufgefangen und schwächt damit zahlenmäßig das Regierungslager nicht.

Die erste Ausnahme stellt die Landtagswahl in Hessen dar. Sowohl der Termin bald nach der Bundestagswahl als auch die Tatsache einer diskreditierten rot-grünen Landesregierung dürften den moderaten, allerdings zum Regierungswechsel ausreichenden Stimmenumschwung begünstigt haben. Die zweite Ausnahme, Hamburg, spiegelt die besondere Situation einer kurz zurückliegenden Bezugswahl mit mißglückter Regierungsbildung wider und ist von daher unter systematischen Kriterien nicht in die generalisierende Analyse einbeziehbar.

Als zweites Hauptergebnis soll das Augenmerk auf den Vergleich des jeweiligen durchschnittlichen Landtagswahlsergebnisses in der Periode der sozial-liberalen Bundesregierung mit dem entsprechenden durchschnittlichen Ergebnis in der Periode der konservativ-liberalen Bundesregierung gerichtet werden. Diese Prozentpunktdifferenzen belegen, daß — erneut mit der bereits angesprochenen Ausnahme von Hamburg — die Wahlergebnisse in allen Fällen für die CDU wesentlich günstiger in der Periode der sozialliberalen als in der der konservativ-liberalen Bundesregierung waren. Dies bedeutet, daß die CDU — die FDP sollte wegen ihres bundespolitischen Koalitionswechsels hier nicht betrachtet werden — in den Bundesländern von ihrer Oppositionsrolle im Bund 1969—1982 ganz eindeutig profitiert hat. Damit liegt ein weiterer Beleg für die These vor, daß die Wahlergebnisse in den Bundesländern sehr stark vom bundespolitischen Kontext bestimmt werden.

V. Schlußbemerkungen

Die Wähler haben der Bundesregierung im Januar 1987 wesentlich weniger enthusiastisch das Mandat erteilt als 1983. Dennoch konnte am 25. Januar 1987 nicht von einer ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigenden Niederlage der die Bundesregierung tragenden Parteien gesprochen werden, selbst wenn dies in der Öffentlichkeit nicht selten so gesehen und ausgesprochen worden ist. Unsere Analysen, die wesentliche Ansätze und Befunde des Aufsatzes von 1986¹⁷) fortschreiben, belegen, daß etwa ab Mitte 1987 und zunehmend bis heute die Bundesregierung, und dabei vor allem die Union, er-

hebliche Popularitäts- und Kompetenzbewertungseinbußen hinnehmen mußte. Was immer der sachliche Inhalt der diversen Regierungsvorhaben sein mag: In den Augen der Wähler ist die Bilanz zunehmend negativ, wobei die Barschel-Affäre hier sicherlich einen tiefen und noch nicht überwundenen Einschnitt darstellt.

Angesichts dieser Entwicklung der politischen Stimmungslage kann es nicht überraschen, daß die CDU und FDP in den den Bundestagswahlen folgenden Landtagswahlen herbe Verluste einstecken mußten. Insofern spricht es für das Fingerspitzengefühl von Lothar Späth, daß er versucht hat, sich in seinem Wahlkampf von der Bundespolitik abzukoppeln, sich geradezu in den Augen der Wähler gegen Teile der Politik der Bundesregierung zu stellen. Die Forschung kann die Frage nicht klar beant-

¹⁶) Die Landtagswahl in Hessen vom 26. September 1982 fand zwar noch zur Zeit der Regierungstätigkeit der SPD in Bonn statt, stand aber bereits unter dem Eindruck der Wende.

¹⁷) W. G. Gibowski/M. Kaase (Anm. 4).

worten, welche Möglichkeiten eine Landespolitik besitzt, sich ein eigenständiges Profil zu verschaffen. Auch unsere Analysen haben einen Beleg für die Auffassung erbracht, daß diesen Möglichkeiten enge Grenzen gesteckt sind.

Unter theoretischem Blickwinkel werfen wir zwei Fragen auf, deren sich die Forschung annehmen

sollte. Erstens sollte die Wahlsoziologie Landtagswahlen mehr als bisher zum Gegenstand der Forschung machen. Zweitens werfen Thesen und Ergebnisse dieses Beitrags Fragen auf, die der föderalismustheoretischen Diskussion nicht fremd sind, deren Beantwortung jedoch noch aussteht oder jedenfalls bislang nicht völlig zufriedenstellen kann.

Wahlverhalten der „neuen Mittelschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland

I. Neue Tendenzen im Wählerverhalten?

Unter den Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet sich zunehmend Unsicherheit über die Prognostizierbarkeit des Wählerverhaltens¹⁾. Ähnliche Phänomene lassen sich auch in Frankreich, Großbritannien und den USA beobachten. In demokratisch verfaßten Industriegesellschaften zeigt sich durchgehend die Tendenz, daß das Wahlverhalten heute weniger von soziodemographischen Faktoren geprägt wird, als dies noch vor 20 Jahren der Fall war.

Die Zahl der Wechselwähler ist in jüngster Zeit beträchtlich gestiegen; so wird ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft auf 20 bis 40 Prozent geschätzt²⁾. Diese Entwicklung wurde von der Politik und der Politikwissenschaft der neuen Mittelschicht aus Angestellten und Beamten bzw. den in ihr ablaufenden sozialen Prozessen zugeschrieben, mit Hinweisen auf die Zunahme der neuen Mittelschicht und ihre geringe Einbindung in überkommene politische Milieus.

Die Prägekraft soziodemographischer Faktoren (vor allem Beruf und Religion) für das Wahlverhalten wurde über lange Zeit als bestimmend für die von den Parteien geschmiedeten Wahlkoalitionen sozialer Gruppen angesehen. Noch 1967 konnte unwidersprochen festgestellt werden, daß die nationalen Parteiensysteme größtenteils die gesellschaftlichen Konflikte („cleavage structures“) der zwanziger Jahre widerspiegeln³⁾.

Soziodemographische Bestimmungsfaktoren von Wahlverhalten wie Beruf und Religion wirken durch die Einbindung von Individuen in diese sozialen Gruppen, welche intern zur Homogenität hinsichtlich politischer und sozialer Einstellungen und

Verhaltensweisen tendieren. Ihre Parteiorientierungen erweisen sich als langfristig stabil. Kurzfristige Abweichungen von langfristigen Orientierungen entstehen durch sachpolitische Kontroversen oder Sympathien für bestimmte Politiker. Eine eminente Bedeutung wurde der Wirtschaftspolitik und den damit verbundenen Kompetenzzuweisungen an Politiker und Parteien zugewiesen⁴⁾.

Von den soziodemographischen Faktoren haben der soziale Status (vor allem die berufliche Position) und die Konfessionszugehörigkeit (in Verbindung mit der Kirchgangsfrequenz) in der Geschichte der Bundesrepublik den größten Einfluß auf die Wahl einer bestimmten Partei ausgeübt. Angehörige höherer Sozialschichten stimmten hierbei für die wirtschafts- und sozialpolitisch konservativeren Parteien, während untere Sozialschichten Parteien mit stärkerem wohlfahrtsstaatlichem Engagement präferierten. Seit dem Bismarckschen Kulturkampf im 19. Jahrhundert spielt auch der Faktor Konfession eine relevante Rolle. Die katholische Kirche in Deutschland schuf sich aus ihrer Defensivposition heraus ein geschlossenes katholisches Milieu, das sich auch parteipolitisch geschlossen artikulierte. Die Tatsache, daß die CDU/CSU – im Unterschied zu konservativen Parteien in anderen modernen Industrieländern – zumindest bis 1965 die strukturelle Mehrheitspartei war, verdankte sie dem Umstand, eine konservative und zugleich überwiegend katholische Partei zu sein.

Die Wahlforschung stellte ein Wechselwählerverhalten (d. h. die Stimmabgabe für unterschiedliche Parteien in aufeinanderfolgenden Wahlen) vor allem unter den Wählern mit „cross-pressures“ fest; hierbei handelte es sich um Wähler, deren Gruppenmerkmale sie für unterschiedliche politische Orientierungen bzw. Parteien prädisponierte (z. B. katholische Arbeiter). Bis in die sechziger Jahre wurde von einer einfachen Schulbildung und einem

1) Vgl. Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Ein Forschungsprojekt des Vorstandes der SPD, Bonn 1984; Peter Radunski, Die Wähler in der Stimmungsdemokratie. Beobachtungen zum neuen Wählerverhalten, in: Sonde, 18 (1985) 2.

2) Vgl. P. Radunski, ebda., S. 5.

3) Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 50 ff.

4) Vgl. Manfred Küchler, Wahl- und Surveyforschung, in: Klaus von Beyme (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 17, Opladen 1986, S. 199 f.

geringen politischen Interesse der Wechselwähler ausgegangen⁵⁾.

Jüngere Wähler unterschieden sich — zumindest im Hinblick auf die Bevorzugung von CDU/CSU und SPD — nicht signifikant von Älteren bzw. von ihren Eltern⁶⁾. Die Parteipräferenzen wurden durch die familiäre Sozialisation an die Kinder weitergegeben. Auf diese Weise wurde eine langfristig stabile, psychologische Identifikation des Wählers mit einer Partei erzielt. Das ist ein wesentlicher Faktor zur Erklärung stabiler Parteiensysteme. Die sekundäre Sozialisation (Schule, Freundeskreis) verstärkte eher die Wirkungen der primären (familiären) Sozialisation.

In einem System, in dem soziodemographische Faktoren das Wahlverhalten in so starkem Maße prägen, ist die Änderung von Mehrheitsverhältnissen bzw. Parteianteilen nur als zeitlich begrenzte Abweichung vom dauerhaft angelegten Wahlverhalten eines Individuums oder langfristig aufgrund gradueller Veränderungen der Gruppengrößen möglich. Veränderungen im Wahlverhalten, die sich mit diesen beiden Ursachen nicht erklären lassen — vor allem ein partieller Wandel in schichtenspezifischen Parteipräferenzen und ein Anstieg an Wechselwäh-

lern — machen eine Überprüfung der bisherigen Erklärungsmuster für Parteipräferenzen erforderlich.

Offensichtlich ist es die neue Mittelschicht, deren Wahlverhalten mit den bislang gängigen Erklärungen nicht mehr übereinstimmt. Bisher beruhen entsprechende Aussagen weitgehend auf Analysen die die Gruppe der Angestellten/Beamten in ihrer Gesamtheit untersucht haben, d. h. schichtenspezifisch nicht ausdifferenzierten. Unbestreitbar ist die Gesamtgruppe der Angestellten/Beamten weniger auf eine bestimmte Partei festgelegt als Selbständige oder Arbeiter; sie hat ihr Wahlverhalten seit den sechziger Jahren geändert und zeigt auch heute noch relevante Abweichungen von einer Wahl zur anderen. Darüber hinaus steigt der Anteil aller Angestellten/Beamten wie auch der Anteil gehobener Arbeitnehmerpositionen an der Erwerbsbevölkerung.

Der hier vorgelegte Artikel versteht sich als ein erster Schritt zur Erforschung des Wahlverhaltens der neuen Mittelschicht. Voraussetzung dafür ist es, die „neue Mittelschicht der Angestellten und Beamten“ schichtenspezifisch zu deuten.

II. Überlegungen zur „neuen Mittelschicht“

1. Operationalisierung des Begriffs „neue Mittelschicht“

Die vorliegenden Definitionen des Begriffs „neue Mittelschicht“ erscheinen wenig praktikabel. Die in der Literatur oft vorgenommene Gleichsetzung von „neuer Mittelschicht“ mit der globalen Kategorie „Angestellte/Beamte“ hat den Nachteil, daß diese Kategorie in sich sozial zu heterogen ist; so umfaßt sie auch Angehörige unterer Sozialschichten (z. B. Verkäuferinnen).

Problematisch ist außerdem die in einigen Untersuchungen vorgenommene Gleichsetzung von „neue Mittelschicht“ mit „sozialen Aufsteigern“. Als soziale Aufsteiger werden — ohne weitere Aufteilung — Angestellte, Beamte und Selbständige bezeichnet, sofern sie selbst zu Beginn ihres beruflichen Werdeganges Arbeiter waren oder einen Arbeiter zum Vater hatten (Inter- oder Intragenera-

tionenmobilität)⁷⁾. Für diese Definition spricht, daß die politischen Einstellungen sozialer Aufsteiger aufgrund ihrer (derzeitigen) quantitativen Bedeutung eine wichtige Einflußgröße auf Wahlergebnisse darstellen. Das Wahlverhalten von Angehörigen dieser Gruppen resultiert primär aus ihrem sozialen Aufstieg, da sie weder durch ein internalisiertes Normensystem noch durch langfristige gruppenspezifische Orientierungen (letzteres vor allem bei Angestellten und Beamten) einem traditionellen Wählerbereich eingefügt werden. Die Definition von „neue Mittelschicht“ als „soziale Aufsteiger“ erscheint jedoch unzulänglich. Zunächst einmal ist die Einbeziehung von Selbständigen problematisch. Der selbständig tätige „alte Mittelstand“ hat seit langem einen festen Platz in der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Für die meisten Selbständigen-Berufszweige spielte Vermögen bzw. Besitz eine wichtigere Rolle als das Ausbildungsniveau. Die ökonomische Interessenlage führte von Anfang an zu einer festen Anbindung an ein politisches Lager. Schwerer wiegt aber, daß angesichts eines nur lang-

⁵⁾ Vgl. Dieter Grosser, „Die Wechselwähler“ — kritische Staatsbürger oder politische Analphabeten?, in: Gegenwartskunde, 18 (1969) 1, S. 17 f.

⁶⁾ Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler, Frankfurt 1984, S. 98 ff.

⁷⁾ Vgl. Ursula Feist/Hubert Krieger, Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens. Eine Analyse zur Bundestagswahl 1987, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 37.

fristig abnehmenden Arbeiteranteils und des Fortbestands eines zahlenmäßig bereits recht großen Standes von Angestellten und Beamten die Selbstrekrutierung dieser Schicht ansteigt – und unter Umständen kollektive Abstiegsprozesse auftreten können. Ähnliche Überlegungen können über das Fortbestehen des „alten Mittelstandes“ angestellt werden. Soziale Aufsteiger und ihr politisches Verhalten sind somit nicht der einzige Bestandteil der neuen Mittelschicht. Außerdem wird die so definierte neue Mittelschicht statusmäßig nicht weiter aufgegliedert.

Die Erarbeitung einer neuen Definition des Begriffs „neue Mittelschicht“ ist deshalb notwendig. Das Hauptcharakteristikum der neuen Mittelschicht wie auch ihrer Vorläufer⁸⁾ ist die weit überdurchschnittliche Bildung bzw. Ausbildung der Gruppenmitglieder. Als Abgrenzungskriterium stellt heute der Faktor Ausbildung einen eindeutigeren Maßstab dar als der Faktor Einkommen. Durch die absolute wie prozentuale Ausweitung dieser Gruppierung höher Qualifizierter sah sich eine wachsende Anzahl von ihnen gezwungen, in rang- und einkommensmäßig „niedrigere“ Berufspositionen zu gehen.

Quantitative und qualitative Veränderungen im Bildungssystem führten seit Mitte der sechziger Jahre zu einer Ausweitung mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse. Bei den jüngeren Altersgruppen geht ein bestimmter Bildungsabschluß mit anderen Statuszuweisungsprozessen einher als bei älteren Generationen. Die Messung von Ausbildung und die Einordnung von Bildungsabschlüssen müssen daher unter generationsspezifischen Aspekten erfolgen. Die Zunahme höherer Bildungsabschlüsse ermöglichte allerdings erst das Entstehen der neuen Mittelschicht mit all ihren soziopolitischen Implikationen (z. B. soziale Mobilität, gebrochene politische Sozialisation, Wertwandel). Veränderte Anforderungen durch die seit den vierziger Jahren stark gewandelte Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur machten die quantitativen Ausweitungen mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse geradezu erforderlich. Ferner spielten „bildungs-ideologische“ Aspekte („Bildung ist Bürgerrecht“, Sputnik-Schock u. ä.) eine Rolle, indem sie zu Mentalitätsänderungen beitrugen.

Aufgrund der sich verändernden Statuszuweisungsprozesse von Bildungsabschlüssen korrelieren bei den jüngeren Altersgruppen Einkommen, Beruf und Ausbildung nicht mehr so eng miteinander, wie

dies in den sechziger Jahren noch der Fall war. Ein aus diesen drei Merkmalen zusammengesetzter Index für die Bestimmung des sozialen Status bzw. der Zugehörigkeit zur neuen Mittelschicht erweist sich als wenig brauchbar.

Bei allen Angestellten und Beamten stellt die subjektive Schichtzuordnung ein wichtiges Merkmal ihres schichtenspezifischen Selbstverständnisses dar. Das Bewußtsein, nach „oben“ und „unten“ abgegrenzt zu sein und einen „Block in der Mitte“ zu bilden, ist stark ausgeprägt. Diese Selbstperzeption stellt vor allem für die neue Mittelschicht die einigende Klammer dieser hinsichtlich Abstammung und Berufsposition heterogenen Gruppierung dar. Der „Neuartigkeit“ der neuen Mittelschicht wie auch ihres Vorläufers, des „neuen Mittelstandes“ als starker Block in den zwanziger Jahren⁹⁾, ist es zuzuschreiben, daß noch keine kohärente klassenspezifische Mentalität entwickelt wurde bzw. das Denken in Klassenkategorien allgemein abgelehnt wird. Die Heterogenität der sozialen Herkunft verhinderte die Anlehnung an eine der bereits existierenden sozialen Klassen („alignment“) in einem frühen Stadium der Entwicklung dieser neuen Schicht.

Angestellte und öffentlich Bedienstete bilden in den hochindustrialisierten Gesellschaften fast die Hälfte aller Erwerbstätigen. Höhere wie niedrigere nicht-manuelle Positionen nehmen prozentual und absolut zu. Obwohl die Einkommensgrenzen zwischen manuellen und nicht-manuellen Tätigkeiten auf vielen Ebenen kaum noch bestehen, sind die durch Status und Selbstperzeption bedingten Unterschiede erhalten geblieben¹⁰⁾.

Die bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Ausweitung des Angestelltenberufes führte dazu, daß diese Kategorie zunehmend sogenannte „Minderqualifizierte“ einschloß. In der Gruppe der öffentlich Bediensteten war das soziale Spektrum zu diesem Zeitpunkt schon recht breit angelegt. Die Berufsgruppen der Angestellten und Beamten differenzierten sich zunehmend aus, der Anteil der mit einfachen bzw. ausführenden Tätigkeiten Betrauten nahm zu. Höhere Bildungsabschlüsse und Dispositionsbefugnisse beschränkten sich damit auf einen kleinen Teil der Angestellten und Beamten.

Mit der zunehmenden Komplexität moderner Industriegesellschaften wohlfahrtsstaatlicher Prägung wuchs der Anteil derjenigen Angestellten und Beamten, die zur Erledigung ihrer Aufgaben höhere Bildungsabschlüsse benötigten und denen eine ei-

⁸⁾ Zum „neuen Mittelstand“ vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziodemographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1967, S. 100 f.

⁹⁾ Vgl. ebda., S. 102 f.

¹⁰⁾ Vgl. Giorgio Gagliani, How Many Working Classes?, in: American Journal of Sociology, 87 (1981–82) 2, S. 275 ff.

genständige Entscheidungskompetenz zugestanden bzw. abverlangt wurde. Sie haben einen quantitativen Umfang erreicht, der sie zu einer zahlen- wie anteilmäßig nicht mehr zu vernachlässigenden Größe gemacht hat. Die neue Mittelschicht ist primär ein Resultat der Ausweitung der Dienstleistungsbereiche einer Volkswirtschaft. Mit der Entwicklung der Umfrageforschung nach dem Zweiten Weltkrieg war es möglich, Einstellungen und Verhaltensweisen dieser Gruppierung auf der Individualebene zu untersuchen.

Gegenstand der Untersuchung sind die politischen Einstellungen der sozial relativ hoch einzustufenden Angestellten und Beamten, einer Gruppierung, die innerhalb der Schichtenpyramide ungefähr die Position einer oberen Mittelschicht einnimmt.

2. Daten und Methoden

In den meisten Wahluntersuchungen¹¹⁾ ist eine Unterbewertung von CDU/CSU und eine Höherbewertung der SPD gegenüber dem amtlichen Endergebnis festzustellen. Das Erkenntnisinteresse dieses Artikels — die Unterschiede in der Wahlentscheidung zwischen den sozialen Gruppen — wird hiervon nicht berührt.

Die wünschbare Vergleichbarkeit der Ausdifferenzierung von Angestellten- und Beamtenpositionen zwischen 1953 und 1987 wird dadurch erschwert, daß 1953 die Kategorie der Beamten überhaupt nicht und die der Angestellten nur in leitende/nichtleitende unterteilt wurde, und 1961 sowie 1965 bei den Beamten der einfache und mittlere Dienst unter dem Begriff „untere Beamte“ zusammengefaßt wurden.

Die Zugehörigkeit zur neuen Mittelschicht wurde über die Berufsposition der Haushaltsvorstände¹²⁾ und den Schulabschluß der Befragten ermittelt. Rentner und Arbeitslose wurden über ihre ehemalige Berufsposition (soweit vorhanden) erfaßt. Die Einordnung in eine bestimmte soziale Schicht durch die Berufspositionen der Haushaltsvorstände berücksichtigt auch nicht-berufstätige Ehefrauen etc. Darüber hinaus wird angenommen, daß die Berufsposition des Haushaltsvorstandes für die Einord-

¹¹⁾ Zur Datenauswertung wurden für 1953, 1961 und 1969 die Kölner Wahluntersuchungen, für 1965 die DIVO-Studie und ab 1972 die Mannheimer Wahluntersuchungen (mit Ausnahme von 1980: Panelstudien) herangezogen (für 1949 und 1957 existieren keine Datensätze). Außer 1953 stand jeweils eine Nachwahluntersuchung zur Verfügung.

¹²⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, in: Politische Vierteljahresschrift, 18 (1977) 2–3, S. 204.

nung aller Familienmitglieder in die soziale Hierarchie bestimmend ist.

Seit 1969 bestehen zwar erhebliche Altersunterschiede im Wahlverhalten, und seit 1970 ist die Altersgruppe der 18 bis 20jährigen wahlberechtigt, aber dies hat keinen Einfluß auf die Erhebung der Stimmabgabe nach der Berufsposition des Haushaltsvorstandes: Zum einen erfolgt die Haushaltsgründung heute früher, d. h. die Kinder ziehen früher aus dem Elternhaus aus (die Zahl der Ein-Personen-Haushalte nimmt zu). Zum anderen ließen sich bei den 5,6 Prozent der Befragten, die Kind des Haushaltsvorstandes waren (also noch im Elternhaus wohnten), am Beispiel der Stimmabgabe 1983 keine systematischen Verzerrungen innerhalb der einzelnen Berufspositionen feststellen.

Die in den Wahlumfragen vorgegebenen Untergliederungen von Angestellten und Beamten wurden folgendermaßen zusammengefaßt. (Die Prozentwerte in den Klammern geben den Anteil der jeweiligen Gruppierung an den gültigen Stimmen in der Wahlumfrage 1987 an):

— *untere Angestellte und Beamte*: ausführende Angestellte (z. B. Verkäufer, Kontorist), Beamte des einfachen Dienstes (13,8 Prozent);

— *mittlere Angestellte und Beamte*: qualifizierte Angestellte (z. B. Buchhalter), Beamte des mittleren Dienstes (21,9 Prozent);

— *obere Angestellte und Beamte*: wissenschaftliche und leitende Angestellte, Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes (11,1 Prozent).

Zum Vergleich wurden die Kategorien Landwirte (2 Prozent), Selbständige (10,2 Prozent) und Arbeiter (41,1 Prozent) herangezogen.

Die Schulabschlüsse wurden wie folgt gruppiert:

— *untere*: weniger als Mittlere Reife (Hauptschule, Berufsschule, mit oder ohne Abschluß) (70,5 Prozent);

— *mittlere*: Mittlere Reife und gleichwertige Abschlüsse (z. B. Fachschule) (16,7 Prozent);

— *höhere*: Höhere Fachschule/Fachhochschule, Abitur, Hochschule (12,8 Prozent).

Bei der Beurteilung dessen, was als überdurchschnittlicher Bildungsabschluß anzusehen ist, wurde die Bildungsexpansion in den jüngeren Jahrgängen berücksichtigt, und zwar mit folgender Aufteilung (nachfolgend als „neue Mittelschicht-Bildung“ bezeichnet):

— für die Geburtenjahrgänge bis 1945: mittlere und höhere Bildungsabschlüsse, d. h. ab Mittlerer Reife (19 Prozent);

— für die Geburtenjahrgänge ab 1946: höhere Bildungsabschlüsse, d. h. zumindest Abitur oder Höhere Fachschule (20,5 Prozent).

Die Berufspositionen der Angestellten und Beamten wurden folgendermaßen zur neuen Mittelschicht (im engeren Sinne) (18 Prozent) zusammengefaßt:

- alle oberen Angestellten und Beamten;
- ferner alle unteren und mittleren Angestellten und Beamten, die über einen „neue Mittelschicht-Bildungsabschluß“ verfügen¹³⁾.

Da diese Gruppierung bei einer Aufteilung nach anderen soziodemographischen Kriterien (z. B. Konfession/Kirchgangsfrequenz, Altersgruppen) nur noch geringe Fallzahlen umfaßt, wurde eine neue Mittelschicht im weiteren Sinne (nMSw) (34,4 Prozent) gebildet:

- alle oberen und mittleren Angestellten und Beamten;
- ferner alle unteren Angestellten und Beamten mit „neue Mittelschicht-Bildungsabschluß“¹⁴⁾.

Mit dem Einschluß von Angestellten/Beamten mit „neuem Mittelschicht-Bildungsabschluß“ aus den jeweils darunter liegenden Gruppierungen in die neue Mittelschicht im engeren oder weiteren Sinne soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß höhere Bildungsabschlüsse heute nicht mehr berufliche Positionen des oberen Bereiches garantieren. Außerdem sind berufliche Position und Einkommen bei jüngeren Altersgruppen (d. h. beschränkt auf diese Stufe im Lebenszyklus) zu allen Zeiten und in allen Ländern stets gering gewesen im Vergleich zum Ausbildungsabschluß; es kann aber ein späterer beruflicher Aufstieg erwartet werden¹⁵⁾, so daß eine Integration dieser Personen unter diesem Aspekt ebenfalls gerechtfertigt ist. Der generelle Einschluß höherer Schulabschlüsse beruht auf der Annahme gleicher schulischer Sozialisation mit ihren Auswirkungen auf Einstellungen und Verhaltensweisen. Unter dieser Prämisse ist die — in der Wahlforschung übliche — Einbeziehung Arbeitsloser entsprechend ihrem Bildungsabschluß gerechtfertigt. Potentiell Betroffene und aktuell Arbeitslose unterscheiden sich in ihren politischen Einstellungen vermutlich nicht sehr voneinander, unabhängig davon, ob als Kriterium (höherer) Bildungs-

abschluß, Fächerausrichtung oder Arbeitsmarktsegment genommen wird¹⁶⁾.

Mit der zunehmenden Häufigkeit höherer Bildungsabschlüsse dominieren deren Inhaber zunehmend die zur neuen Mittelschicht zusammengefaßten oberen Berufspositionen. Unter den Jüngeren ist dies bereits weitgehend der Fall, das heißt, sie weisen eine ähnliche Schulbildung bzw. Sozialisation auf. Zum Vergleich mit den Kategorien „neue Mittelschicht im engeren und weiteren Sinne“ wurde daher eine Kategorie „neue Mittelschicht-Bildung bei Angestellten und Beamten (jeweils Haushaltsvorstand) und Arbeitslosen (Befragte)“ (1987: 13,4 Prozent) gebildet.

3. Entwicklung und Struktur der neuen Mittelschicht

Nach der hier angewandten Operationalisierung verfügt die neue Mittelschicht über eine beachtliche Bandbreite an Bildungsabschlüssen und Berufspositionen. Eine weitere relevante soziodemographische Aufteilung erfolgt durch die Faktoren Alter, Konfession/Kirchgangsfrequenz und Beschäftigung im öffentlichen Sektor oder in der Privatwirtschaft. Diese Faktoren wirken sich auf die Einstellungs- und Verhaltensweisen aus. Unterschiede, die politische Einstellungen mit einschließen, gibt es ebenfalls in anderen Schichten — sie sind kein Spezifikum der neuen Mittelschicht. Trotz innerer Heterogenität weist die neue Mittelschicht jedoch genügend Gemeinsamkeiten auf, um sie als eine Schicht bezeichnen zu können.

Zu diesen Gemeinsamkeiten zählt zunächst die überdurchschnittlich gute Berufsposition und/oder das überdurchschnittliche Ausbildungsniveau. Als abhängig Beschäftigte grenzt sich die neue Mittelschicht nach „oben“ und „unten“ ab. Dadurch besitzt sie eine — in dieser Hinsicht kohärente — Schichtmentalität als „Block in der Mitte“, der ansonsten Klassendenken ablehnt. Eine gewisse Homogenität der neuen Mittelschicht besteht insofern, als sich die politischen Einstellungen innerhalb der gleichaltrigen Gruppen angleichen.

Die quantitative Ausweitung der neuen Mittelschicht und der vermutete Zusammenhang mit dem steigenden Anteil der Wechselwähler machen diese Schicht zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand. Beide Punkte sind bei einer Betrachtung der Entwicklung der gesamten Angestellten- und Beamenschaft relevant.

¹³⁾ Eine getrennte Auswertung für diese theoretisch wie methodisch interessante Gruppe mußte aufgrund der sehr geringen Fallzahl unterbleiben.

¹⁴⁾ Vgl. ebda.

¹⁵⁾ Vgl. Walter Müller, Klassenlagen und soziale Lagen in der Bundesrepublik, in: Johann Handl/Karl Ulrich Mayer/Walter Müller, Klassenlagen und Sozialstruktur. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1977, S. 66 f. und 85 f.

¹⁶⁾ Vgl. Karl Martin Bolte/Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1984, S. 286 f., 294, 312 ff., 316; U. Feist/H. Krieger (Anm. 7), S. 43 ff.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts nimmt der Anteil der Arbeiter (wie auch der Selbständigen) an allen Erwerbstätigen ab, während der Anteil der Angestellten und Beamten zunimmt. Die vergleichsweise hohe Qualifikation unter den meisten Angestellten/Beamten führte bereits um 1930 zu ihrer Einordnung als „neuer Mittelstand“¹⁷⁾. Selbst von den Minderqualifizierten fühlte sich ein Teil nicht zur Unterschicht gehörig. Auch die Einkommenshöhe erlaubt nur wenige Rückschlüsse auf objektive oder subjektive Schichtzuordnungen.

Beamte und freie Berufe nahmen bereits zu Zeiten der Ständegesellschaft eine mittlere soziale Position ein. Die Angestellten als „mittlere Position“ entstanden im 19. Jahrhundert; sie übernahmen Leitungsfunktionen im Dienstleistungsgewerbe und in der Industrie. Die moderne Wirtschaft mit ihrer Zunahme distributiver Funktionen benötigte immer mehr Angestellte für Positionen unterhalb der Leitungsebene – der Stand der Angestellten differenzierte sich nach unten aus. Sie verfügten nach wie vor über eine vergleichsweise hohe schulische und berufliche Qualifikation. Auch in ihrer eigenen Einschätzung hoben sie sich von den Arbeitern ab¹⁸⁾.

Von der Jahrhundertwende bis in die sechziger Jahre blieben die Bildungschancen weitgehend unverändert. Seit den fünfziger Jahren stieg der Anteil von Angestellten/Beamten an der Arbeitsbevölkerung stark an. Dies galt auch für die oberen Angestellten/Beamten mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen, da die moderne Industriegesellschaft immer höhere Anforderungen an die Qualifikation der Erwerbstätigen stellte, d. h. an deren allgemeine und berufliche Bildung¹⁹⁾. Der Anteil höherer Bildungsabschlüsse vervielfachte sich. Aber nur zum Teil kann der Anstieg der neuen Mittelschicht auf eine reine Bildungsexpansion zurückgeführt werden; im wesentlichen resultiert er aus dem Strukturwandel der Arbeitswelt.

Schul- und Berufsbildung bestimmen weitgehend die späteren Lebenslagen; sie führen über den beruflichen Status zur Position innerhalb der sozialen Schichtung. Mobilitätsprozesse vermindern in modernen Industriegesellschaften die Bedeutung traditioneller Bindungen, die ethnischen, regionalen, religiösen und sozialen Ursprungs sind. Lebensstile und Wertsysteme können sich damit zwischen Generationen und Altersgruppen ebenso unterscheiden wie zwischen Wirtschaftssektoren (z. B. Produktion, Dienstleistung). Durch die schulische Sozialisation beeinflusst die Ausbildung direkt Hand-

lungsweisen, Werte und Einstellungen. Mit der Zunahme höherer Bildungsabschlüsse ist das Potential derer, die solchen Veränderungen ausgesetzt waren, gewachsen.

Steigen Individuen in bestimmte Berufsgruppen auf, so werden diese Gruppen heterogener, es können sogar Wandlungen im Selbstverständnis erfolgen²⁰⁾. Allein die quantitative Ausweitung der neuen Mittelschicht läßt auf eine geringe Eigenrekrutierungsquote schließen. Vor allem bei den oberen Angestellten besteht ähnlich wie bei der gesamten Angestelltenschaft eine heterogene Rekrutierung. Erhalten geblieben ist jedoch die soziale Distanz zur Arbeiterschaft im Selbstverständnis von Angestellten und Beamten.

4. Politische Bedeutung der neuen Mittelschicht

Mit der absoluten und prozentualen Ausweitung des sogenannten „neuen Mittelstandes“ war die SPD bereits um 1900 – wollte sie die Mehrheit erringen – zu einer Politik gezwungen, die über die Reihen der Arbeiter hinausging und auch die Gruppe der Angestellten erfaßte²¹⁾. Neben der Ablehnung von Klassendenken bot u. a. auch die Religionsfeindlichkeit der Arbeiterbewegung für die Angestellten einen weiteren Hinderungsgrund, ein solches Wahlbündnis einzugehen.

Die Veränderungen in der Berufsstruktur seit den fünfziger Jahren wiesen Angestellten und Beamten immer offensichtlicher eine zentrale Rolle in den Wahlen zu. Konfrontiert mit der strukturellen Mehrheitsposition der CDU/CSU (konservativ und zugleich katholisch), bedurfte die SPD eines erheblichen Zuwachses aus der Angestellten- und Beamtschaft. Die veränderte Berufsstruktur führte zunächst durch die Verringerung des Arbeiteranteils zur Schmälerung der traditionellen SPD-Wählerbasis. Für die Partei boten sich die expandierenden Berufsgruppen der Angestellten und Beamten – neben ihrem Status als „Lohnabhängige“ – aufgrund der Vermutung an, daß diese heterogener Herkunft seien und somit (noch) nicht über eine ausgeprägte schichtenspezifische Identität verfügten²²⁾. Fragmentierungen lassen sich auch in der Arbeiterschaft beobachten, wo eine gewisse „Verbürgerlichung“ unter den besser Qualifizierten eingetreten ist²³⁾.

Die Heterogenität der neuen Mittelschicht, bezogen auf die soziale Herkunft und auf das Berufsfeld,

¹⁷⁾ Vgl. Th. Geiger (Anm. 8), S. 51, 59 ff., 97 ff.

¹⁸⁾ Vgl. ebda., S. 82 ff.

¹⁹⁾ Vgl. K. M. Bolte/S. Hradil (Anm. 16), S. 146 f.

²⁰⁾ Vgl. Thomas A. Herz, *Klassen, Schichten, Mobilität*, Stuttgart 1983, S. 156.

²¹⁾ Vgl. Theodor Geiger, *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln-Hagen 1949, S. 77.

²²⁾ Vgl. Godesberger Programm der SPD.

²³⁾ Vgl. K. M. Bolte/S. Hradil (Anm. 16), S. 105.

macht sich unter anderem in den gravierenden Einstellungsunterschieden der politischen Orientierung bemerkbar. Der „neue Mittelstand“ bzw. die „neue Mittelschicht“ entstand aus gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen. Dies erklärt ihre ambivalente Haltung gegenüber den vorherrschenden Klassen- bzw. Schichtenstrukturen zur Zeit ihres Entstehens. Es erklärt auch, weshalb die neue Mittelschicht sozialen Prozessen neue Anstöße gab.

Als eine Gruppierung, die weder in den ökonomischen Interessen und Wertvorstellungen des selbständigen („alten“) Mittelstandes noch in den stark gewerkschaftlich beeinflussten der Arbeiterschaft verankert ist, kann sie in vielen Wahlen den Aus-

schlag geben. Ihr Stimmenanteil steigt weiter an. Mit der quantitativen Ausweitung höherer Bildungsabschlüsse erfahren immer mehr junge Menschen eine längere und intensivere politische Sozialisation außerhalb der Familie. Bei (späteren) sozialen Aufsteigern spielen sich diese Prozesse auch außerhalb ihres ursprünglichen Milieus ab. Steigendes Bildungsniveau vermindert die Notwendigkeit, zu einem einfacheren Verständnis sozialer und politischer Prozesse, auf eingeübte Verhaltensweisen oder gruppenspezifische Normen oder Verhaltensformen (z. B. Parteipräferenz, die sogenannten „voting cues“) zurückzugreifen. Von den Eltern abweichende Standpunkte und Wechselwählerverhalten sind bei besser Ausgebildeten eher zu erwarten.

III. Das Wahlverhalten sozialer Gruppen

1. Entwicklungslinien des Wahlverhaltens

Von allen Berufsgruppen haben die Angestellten und Beamten ihr Wahlverhalten in der Geschichte der Bundesrepublik am meisten verändert: Von 1953 bis 1972 gingen CDU/CSU in dieser Gruppierung von ca. 50 auf unter 40 Prozent zurück, erreichten in den nachfolgenden Wahlen (Ausnahme: 1980) aber wieder Werte von über 45 Prozent. Die SPD stieg von 1953 bis 1972 von unter 26 auf knapp 47 Prozent, von 1976 bis 1983 schwankte sie zwischen circa 40 und 43 Prozent, um dann 1987 auf unter 37 Prozent zu sinken. Aus dieser Gruppierung zog die SPD in den Wahlen von 1969 und 1972 einen großen Teil ihres neuen Stimmenpotentials²⁴⁾ – die Basis für die Entstehung der „sozialliberalen Koalition“. Seit 1976 liegen CDU/CSU wieder mit leicht steigender Tendenz vor der SPD.

In den anderen Berufsgruppierungen sind die Schwankungen im Zeitverlauf nicht nur weniger ausgeprägt, hier sind die alten Zuordnungsschemata auch noch dominierend: Arbeiter²⁵⁾, deren Anteil an der Arbeitsbevölkerung inzwischen unter dem der Angestellten/Beamten liegt, haben seit 1976 zwischen circa 51 und 60 Prozent ihrer Stim-

men der SPD gegeben. Landwirte stimmen mit über 60 bis über 80 Prozent, Selbständige („alter Mittelstand“) mit über 50 bis über 60 Prozent für CDU/CSU (der FDP-Anteil ging um über ein Drittel zurück).

Allein mit ihren traditionellen Stammwählergruppierungen können weder CDU/CSU noch SPD die Mehrheit bei Bundestagswahlen erringen; noch mehr fluktuiert die Wählerschaft von FDP und den GRÜNEN. Die SPD ist bereits seit Bestehen der Bundesrepublik in einer Minderheitenposition. Seit Ende der sechziger Jahre schrumpften auch die Stammwählergruppierungen der CDU/CSU soweit, daß ihr Stimmenpotential selbst zu Zeiten der SPD/FDP-Koalition für einen Sieg nicht mehr ausreichte.

Veränderungen in der Berufsstruktur schlugen sich bis 1965 durch die Abnahme des selbständigen („alten“) Mittelstandes und der Landwirte sowie die Zunahme der Arbeitnehmer zugunsten der SPD-Stimmenanteile nieder. 1969 begann sich das Wahlverhalten tendenziell von statusmäßigen Aspekten zu lösen; politische Sachfragen traten verstärkt als Bestimmungsfaktoren auf. Zwar kam es in den meisten soziodemographischen Gruppen zu Verschiebungen in dieselbe Richtung, sie waren aber quantitativ weniger bedeutend als bei den Angestellten und den Beamten. Uneinheitliches Wahlverhalten innerhalb dieser Gruppierung, d. h. die Aufteilung auf die Parteien und Wechselwählerverhalten resultieren primär aus der Heterogenität der sozialen Herkunft ihrer Gruppenmitglieder. Es ist dieser Gruppierung noch nicht gelungen, eine umfassende eigenständige Schichtidentität und damit eine homogene Interessenanbindung an eine bestimmte

²⁴⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung, unv. Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln 1976, S. 368 f.

²⁵⁾ Diese Gruppierung ist in sich ebenfalls nicht homogen. Inwieweit Faktoren wie berufliche Qualifikation, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession/Kirchgangsfrequenz eine Rolle spielen, kann entnommen werden bei Forschungsgruppe Wahlen e. V., Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 18 (1987) 2, S. 265 ff.

Tabelle 1: Wahlentscheidung 1987, alle Altersgruppen

	amtliches End- ergebnis	Befragte insge- samt	Berufsposition des Haushaltsvorstands										Bildungsabschluß Befragte (N=1 184, d. h. alle Befragten)			nMS- Bildung bei An- gestell- ten/Be- amten/ Arbeits- losen	
			Durch- schnitt Berufs- position	alle An- gestell- ten und Beamten	untere Ange- stellte und Be- amte	mittlere Ange- stellte und Be- amte	obere Ange- stellte und Be- amte	nMS- Berufe	nMSw- Berufe	Land- wirte	Selb- stän- dige	Arbeiter	unterer	mittlerer	höherer		noch in Hoch-/ Schul- ausbil- dung
Pro- zent der Be- fragten				46,8	13,8	21,9	11,1	18,0	34,4	2,0	10,2	41,1	70,5	16,7	12,8	4,5	13,4
CDU/ CSU	44,3	43,9	44,5	46,7	48,1	44,4	49,6	49,5	46,6	63,6	54,0	38,7	44,6	44,4	39,7	15,1	50,9
SPD	37,0	41,8	42,0	36,5	40,9	39,9	24,4	26,5	34,0	27,3	23,9	53,4	46,9	35,4	21,9	28,3	25,2
FDP	9,1	6,2	6,4	8,7	5,8	7,8	13,8	13,5	9,9	9,1	11,5	2,4	4,4	7,6	13,9	7,5	13,2
GRÜ- NE	8,3	7,3	6,4	7,3	5,2	6,6	11,4	10,0	8,4		10,6	4,6	3,6	11,6	22,5	45,3	10,1
NPD	0,6	0,3	0,4	0,2		0,4			0,3			0,7	0,4	0,5			
son- stige	0,7	0,4	0,4	0,6		0,8	0,8	0,5	0,8			0,2	0,1	0,5	2,0	3,8	0,6
N =		1 184	1 112	520	154	243	123	200	382	22	113	457	835	198	151	53	159

nMS = neue Mittelschicht

nMSw = neue Mittelschicht im weiteren Sinne

Tabelle 2: Wahlentscheidung 1987, ab 1946 Geborene

Prozent der Befragten	39,0 (von N = 1 184)	37,2 (von N = 1 112)	52,7	13,3	27,3	12,1	17,4	40,6	1,4	9,2	36,7	(N = 448)	26,1	20,5	11,6	10,9
CDU/CSU	35,5	36,7	36,7	34,5	35,4	42,0	41,7	38,1	66,7	36,8	35,5	36,0	38,5	30,4	13,5	40,8
SPD	39,1	40,1	40,4	45,5	42,5	30,0	27,8	37,5	16,7	15,8	46,7	47,3	35,9	21,7	28,8	24,5
FDP	7,6	8,0	8,3	5,5	9,7	8,0	9,7	8,9	16,7	18,4	4,6	6,7	8,5	8,7	7,7	10,2
GRÜ-NE	16,3	13,8	13,3	14,5	10,6	18,0	19,4	13,7		28,9	11,2	9,2	15,4	35,9	46,2	22,4
NPD	0,7	0,7	0,5		0,9		0,6				1,3	0,8	0,9			
sonstige	0,9	0,7	0,9		0,9	0,2	1,4	1,2			0,7		0,9	3,3	3,8	2,0
N =	448	414	218	55	113	50	72	168	6	38	152	239	117	92	52	49

Partei zu entwickeln; dazu ist der Prozeß der (quantitativen) Ausweitung dieser Gruppierung noch zu sehr im Fluß. Außerdem ist sie in sich sozial zu ausdifferenziert. Diese Entwicklung ist in den Dienstleistungszentren naturgemäß am weitesten fortgeschritten²⁶⁾.

2. Die neue Mittelschicht im Vergleich

CDU/CSU lagen lediglich bei der Bundestagswahl 1969 mit ihren Angestellten-/Beamten-Werten unter ihrem Durchschnittsergebnis bei allen Befragten. 1976 und 1983 befanden sich beide Werte etwa auf gleicher Höhe, bei allen anderen Wahlen schnitten CDU/CSU bei Angestellten/Beamten geringfügig besser ab. Die SPD konnte nur bei der Bundestagswahl 1969 mit ihrem Anteil an den Angestellten/Beamten fast mit ihrem Gesamtergebnis gleichziehen und diesem auch noch 1976 und 1983 relativ nahe kommen. Zu bedenken ist hierbei die gewaltige Expansion von Angestellten- und Beamenschaft sowie der seit den sechziger Jahren insgesamt recht hohe Anteil der SPD an dieser Gruppierung. Die FDP schneidet außer 1983 bei allen Angestellten/Beamten im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis besser ab. Die GRÜNEN beziehen 1980 und 1983 ihr Potential zum größten Teil von Angestellten/Beamten, dringen 1987 aber verstärkt in die Berufsgruppen der Selbständigen und der Arbeiter ein; unter den noch in Schul-/Hochschulausbildung Befindlichen stellen sie die größte Gruppe dar.

Ein Blick auf die Untergliederungen von Angestellten/Beamten und die „neue Mittelschicht-Kategorien“ verdeutlicht die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppierungen, sowohl was die Stimmabgabe bei einer Wahl als auch was die Verschiebungen zwischen den Wahlen angeht. Außer 1980 liegt der Anteil von SPD bzw. SPD und GRÜNEN bei den oberen Angestellten/Beamten unter ihrem Anteil bei den mittleren und unteren Angestellten und Beamten. Innerhalb der Angestellten/Beamten bestimmt – ähnlich wie bei der Gesamtwählerschaft – der Rang in der sozialen Hierarchie in einem gewissen Umfang die Parteipräferenz: Wird die Gruppe der oberen Angestellten und Beamten durch den Einschluß unterer und mittlerer Angestellten und Beamten mit „neuen Mittelschicht-Bildung“ zur neuen Mittelschicht (im engeren Sinne) erweitert, so ergibt sich gegenüber nur den oberen Angestellten und Beamten seit 1969 eine leichte Verschiebung von CDU/CSU bzw. CDU/CSU/FDP zur SPD bzw. SPD/FDP und zu den GRÜNEN. In den Wahlen 1983 und 1987 haben die bis

²⁶⁾ Vgl. Konrad Schacht, Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum. Analysen zur Frankfurter Kommunalwahl vom 22. März 1981, Opladen 1986, S. 20, 122, 125 f.

1945 geborenen unteren und mittleren Angestellten und Beamten mit „neue Mittelschicht-Bildungsabschlüssen“ überproportional der SPD ihre Stimme gegeben, während die ab 1946 Geborenen (mit diesen Merkmalen) überproportional zu den GRÜNEN neigten.

Von einem hohen Bildungsniveau abgeleitete, jedoch nicht erfüllte Statuserwartungen führen offenbar je nach Altersgruppe verstärkt zur Wahl von SPD bzw. GRÜNEN. Wirtschaftspolitik und die langfristigen Folgen der Bildungsexpansion werden in ihren Auswirkungen hierauf in Zukunft daher noch wichtiger. Daß die GRÜNEN unter den ab 1946 geborenen Selbständigen 28,9 Prozent (CDU/CSU: 36,8 Prozent; SPD: 15,8 Prozent; FDP: 18,4 Prozent) erreichen, haben sie primär den Inhabern höherer Bildungsabschlüsse bei den freien Berufen und vor allem den kleinen Selbständigen zu verdanken. Es ist zu vermuten, daß es sich hierbei um Personen handelt, die nur durch die Eröffnung von „Ein-Personen-Geschäften“ der Arbeitslosigkeit entfliehen oder in einen halbwegs befriedigenden Beruf gehen konnten²⁷⁾.

Seit 1965 entscheidet sich circa ein Drittel der aus der neuen Mittelschicht stammenden Familien für SPD bzw. SPD/GRÜNE; 1983 lagen CDU/CSU/FDP und SPD/GRÜNE sogar fast gleichauf, differierten 1987 aber wieder um circa 26 Prozentpunkte zugunsten von CDU/CSU/FDP. Ihre geringen Verluste von 1983 auf 1987 (– 1,6 Prozentpunkte bei allen Befragten) verdanken CDU/CSU lediglich ihrem leicht verbesserten Abschneiden bei Angestellten/Beamten²⁸⁾ (+ 1,4 Prozentpunkte), denn in den anderen Berufsgruppen hatten sie leichte Verluste zu verzeichnen. Aber auch in der Gesamtgruppe Angestellte/Beamte verlief dieser Trend nicht einheitlich. Von 1980 auf 1983 verlor die CDU/CSU bei den unteren Angestellten und Beamten geringfügig und bei den oberen Angestellten und Beamten einige Prozentpunkte, legte aber bei den mittleren Angestellten und Beamten fast zehn Prozentpunkte zu. Von 1983 auf 1987 verlor sie bei mittleren Angestellten und Beamten einige Prozentpunkte, gewann bei den oberen Angestellten und Beamten einige Prozentpunkte; bei den unteren Angestellten und Beamten erzielte sie Zuwächse über zehn Prozentpunkte, die sowohl aus dem Gesamtergebnis als auch im Vergleich zu den

²⁷⁾ Oscar W. Gabriel, Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus, Opladen 1986, S. 159 ff., weist darauf hin, daß hier Wertmuster, die durch schulische Sozialisation bedingt sind, eine Rolle spielen können (unabhängig vom Grund der Berufswahl); vgl. Rainer-Olaf Schultze, Die Bundestagswahl 1987 – eine Bestätigung des Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 16.

²⁸⁾ Vgl. U. Feist/H. Krieger (Anm. 7), S. 38 und 40.

anderen (Unter-)Gruppen weit herausragen. Bei der neuen Mittelschicht verzeichneten CDU/CSU von 1980 bis 1983 einen leichten und von 1983 bis 1987 einen beachtlichen Anstieg um über sechs Prozentpunkte.

Der gewaltige Anstieg des SPD-Anteils in der neuen Mittelschicht erfolgte von 1961 bis 1965 parallel zum Anstieg in der Gesamtgruppe Angestellte/Beamte. Am Stimmenzuwachs der SPD 1969 war diese Gruppe kaum noch beteiligt. Nach 1972 jedoch, während SPD bzw. SPD/GRÜNE mit Ausnahme von 1983 bei unteren und mittleren Angestellten und Beamten verloren, blieben ihre Anteile in der neuen Mittelschicht bei über einem Drittel. Die GRÜNEN beziehen ihre Unterstützung von den überdurchschnittlich gut ausgebildeten Angestellten/Beamten und Selbständigen.

Im Vergleich zur Gesamtgruppe Angestellte/Beamte und zur Gesamtwählerschaft ist die Tendenz zu bürgerlichen Parteien in der neuen Mittelschicht deutlich ausgeprägt. Die neue Mittelschicht nähert sich stärker den Wahlergebnissen der Selbständigen an, als dies bei anderen Arbeitnehmer-Kategorien der Fall ist; ihre Distanz zu den Wahlergebnissen der Selbständigen ist auch im Durchschnitt der letzten Wahlen geringer gewesen als die zum Wahlergebnis der Arbeiter. Zu dieser vergleichsweise geringen Distanz zwischen neuer Mittelschicht und Selbständigen haben letztere allerdings zu einem beträchtlichen Teil selbst beigetragen, indem sie ihren SPD-Anteil nach 1969 erheblich steigerten und 1987 den GRÜNEN einen überdurchschnittlichen Anteil zukommen ließen. Neue Mittelschicht und Selbständige weisen demnach gewisse Übereinstimmungen auf. Bei beiden Gruppen sozial Höherstehender besitzen SPD bzw. SPD/GRÜNE ein beträchtliches Wählerpotential, wenngleich ihr Anteil an der neuen Mittelschicht im Durchschnitt der letzten Wahlen erheblich höher liegt. Der Anteil der neuen Mittelschicht an der Erwerbsbevölkerung ist nicht nur höher als der der Selbständigen, er dürfte auch weiterhin zunehmen.

Die Untersuchung des Wahlverhaltens der neuen Mittelschicht führt zu Ergebnissen, die – insgesamt betrachtet – mit dem sozialstrukturellen Ansatz der Wahlforschung in Übereinstimmung stehen. Angesichts des heterogenen Wahlverhaltens nicht nur der Gesamtgruppe Angestellte/Beamte, sondern auch der neuen Mittelschicht muß in einem weiteren Schritt untersucht werden, welche sozialen Prozesse diese Heterogenität bewirken. Hierzu wird auf die Faktoren Alter, Geschlecht, Schulbildung, Konfession/Kirchgangsfrequenz und Nähe zur Gewerkschaft rekuriert.

3. Zur Rolle des Alters und der Schulbildung

Seit 1969 differiert das Wahlverhalten von Jüngeren und Älteren besonders stark. Im Verlauf der Untersuchungen erwiesen sich die Geburtsjahre 1945/46 als eine statistisch und theoretisch aussagekräftige Scheidelinie. Theoretisch deshalb, weil die ab 1946 Geborenen eine erweiterte schulische Sozialisation erfuhren und die politischen Geschehnisse ab Mitte der sechziger Jahre in einer für ihre persönliche Entwicklung wichtigen Phase erlebten — was sich im Wahlverhalten ausdrückt. Seit der Bundestagswahl 1972 verfügen die Wahluntersuchungen über eine genügend große Gruppe der ab 1946 Geborenen (seit 1976 auch in allen Untergruppen), um für beide Altersgruppen gültige Aussagen machen zu können.

In allen Berufsgruppen und Bildungsabschlüssen liegen CDU/CSU insgesamt betrachtet bei den ab 1946 Geborenen in ihren Werten unter den bis 1945 Geborenen²⁹⁾. Die Auswirkungen der Bildungsabschlüsse kehren sich sogar geradezu um: Ist bei den bis 1945 Geborenen ein höherer Bildungsabschluß mit einer Präferenz für bürgerliche Parteien gleichzusetzen, so geht er bei den ab 1946 Geborenen mit einer tendenziell stärkeren Präferenz für die SPD einher, bis 1987 die GRÜNEN unter den Jüngeren die eindeutig stärkste Partei werden. Eine ähnliche Tendenz findet sich bei Angestellten/Beamten/Arbeitslosen mit „neuen Mittelschicht-Bildungsabschlüssen“.

Arbeiter und die kleine Gruppe der Landwirte weisen hinsichtlich der beiden Altersgruppen vergleichsweise geringe Unterschiede von durchschnittlich nur wenigen Prozentpunkten auf. Bei den Selbständigen zeigt sich erstmals 1987 eine nennenswerte Differenz: Beträgt der Vorsprung von CDU/CSU/FDP gegenüber SPD/GRÜNEN bei den Älteren 41,4 Prozentpunkte, so sinkt er bei den Jüngeren auf 10,1 Prozentpunkte ab — ein Unterschied von über 30 Prozentpunkten. Unterschiede von zehn bis über 20 Prozentpunkten sind bei den Angestellten- und Beamten-Kategorien dagegen die Regel.

In der Gruppe der Angestellten/Beamten findet sich bei den bis 1945 Geborenen eine eindeutige Tendenz: Je höher die Untergruppe in der sozialen Hierarchie angesiedelt ist, desto geringer fällt der SPD-Anteil aus; der Anteil der GRÜNEN verzeichnet einen leichten Anstieg. Weniger einheitlich als der Stimmenverlust der SPD fällt der An-

²⁹⁾ Die Unterschiede bei der FDP sind im gesamten Zeitraum 1953–1987 minimal und aufgrund der geringen Fallzahl nicht immer aussagekräftig.

stieg der CDU/CSU und der FDP parallel zum sozialen Status der Befragten aus.

In der Altersgruppe der ab 1946 geborenen Angestellten/Beamten finden sich diese Verläufe nicht. Die Unterschiede sind allerdings auch nicht so diametral entgegengesetzt wie bei den unterschiedlichen Auswirkungen des Schulabschlusses. Der Anteil von SPD bzw. SPD/GRÜNEN zeigt insgesamt gesehen keinen Bezug zur sozialen Position; diese Parteien erstrecken sich ziemlich gleichmäßig auf alle Untergruppen. Gleiches gilt für CDU/CSU/FDP auf einem niedrigeren Niveau. Lediglich die unteren Angestellten/Beamten verhalten sich im Sinne des wahlsoziologischen Erklärungsansatzes, indem CDU/CSU/FDP hier schwächer vertreten sind als in den höheren (Angestellten- und Beamten-) Kategorien, SPD/GRÜNEN dagegen stärker. 1987 jedoch finden sich erstmals durchgängig bei der Aufteilung auf die Parteien (außer der FDP) Abstufungen nach dem sozialen Status.

In den letzten Wahlen konnten CDU/CSU/FDP ihre Position unter den ab 1946 geborenen Angestellten/Beamten/Arbeitslosen mit höherer Bildung wieder soweit verbessern, daß sie 1987 in dieser Gruppe die Mehrheit errangen — ihre Werte lagen um fast 5 Prozent höher als bei Angehörigen des alten Mittelstandes mit höheren Bildungsabschlüssen. Die Werte liegen jedoch 19 Prozent unter denen der bis 1945 Geborenen. Es sind die noch in der Hoch-/Schulbildung befindlichen jüngeren Wähler, bei denen CDU/CSU/FDP 1987 auf insgesamt nur noch 20 Prozent kamen. Die SPD hat bei diesen Gruppierungen in den letzten Wahlen nichts mehr dazugewonnen, sie verliert zunehmend Stimmen an die GRÜNEN.

Im Verhältnis zur älteren Jahrgangsguppe haben SPD bzw. SPD/GRÜNE bei den jüngeren Angestellten und Beamten (d. h. unabhängig vom Bildungsabschluß) mit höherem Sozialstatus mehr zugelegt als bei den Jüngeren mit unterem oder mittlerem Status. Diese Tendenz besteht bei den ab 1946 Geborenen auch noch im Jahre 1987, ein „Alterungseffekt“ läßt sich aber nicht feststellen. Die Stimmenschwankungen in den einzelnen Untergruppen von einer Wahl zur anderen folgen, insgesamt gesehen, denen der älteren Gruppe, ohne systematische Abweichungen in den Ausschlägen nach oben oder unten zu zeigen. Eindeutig ist jedoch der Einbruch der GRÜNEN in die ehemaligen „Wachstumszonen“ der SPD.

Setzt sich dieses Muster fort, müssen sowohl CDU/CSU als auch SPD (letztere beeinträchtigt durch die GRÜNEN) ihre Politik darauf einstellen, Wählerwanderungen hervorzurufen, die tendenziell identisch sind zwischen den Alters- und zwi-

schen den Berufsgruppen. Geändert haben sich in den letzten zwanzig Jahren vor allem die Parteipräferenzen der Altersgruppen sowie unter den ab 1946 Geborenen die Parteipräferenzen der einzelnen Berufs(unter)gruppen.

Mit aller gebotenen Vorsicht angesichts der kleinen Fallzahlen sollen nachfolgend die Altersgruppen weiter unterteilt werden. Basis ist die Wahluntersuchung von 1987.

Nachdem die Stimmanteile für CDU/CSU zunächst bei den jeweils jüngeren Jahrgängen immer geringer ausfallen, stabilisieren sie sich unter den in den sechziger Jahren Geborenen auf einem wieder etwas höheren Niveau von circa 35 Prozent. Die Stimmanteile der SPD hingegen zeigen uneinheitliche Bewegungen unter den seit Mitte der vierziger Jahre Geborenen; sie verliert stark unter den in den sechziger Jahren Geborenen und liegt in den jüngsten Jahrgängen (1966–1968) bei 24 Prozent. Parallel zum Niedergang der SPD verläuft der Aufstieg der GRÜNEN durch Stimmenhäufung bei den seit den fünfziger Jahren Geborenen, die bis auf circa 30 Prozent unter den Jüngsten zunimmt.

Bei den ab 1946 Geborenen mit höherer Bildung verlieren CDU/CSU immer stärker von Geburtsjahr zu Geburtsjahr. Hiervon profitieren die GRÜNEN, die darüber hinaus auch der SPD Stimmen entziehen; die Stimmabgabe für die GRÜNEN statt für die SPD ist besonders in den Jahrgängen ab 1956 sehr hoch.

Tendenziell analog zu der Verteilung der Wählerstimmen, aufgeschlüsselt nach Bildungsniveau, verläuft die Verteilung bei den Angehörigen der neuen Mittelschicht (im engeren Sinne) über die Geburtsjahrgänge hinweg, bis auch hier bei den Jüngeren die GRÜNEN die SPD überrundet haben. Werden zur Erzeugung höherer Fallzahlen alle mittleren Angestellten/Beamten in die Gruppe der neuen Mittelschicht im weiteren Sinne einbezogen, bessert sich das Verhältnis um einige Prozentpunkte jeweils zugunsten der SPD und zu Lasten der GRÜNEN.

4. Geschlecht, Kirche und Gewerkschaft — neue Zuordnungen?

Geschlecht

Vom einstmaligen hohen Frauenüberschuß der CDU/CSU und Frauendefizit der SPD³⁰⁾ sind 1987 nur noch geringfügig höhere Werte unter den Frauen (im Vergleich zu den Werten unter den Männern) für die CDU/CSU (+1,7 Prozent-

³⁰⁾ Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986, Kap. I.6.3 und II.

punkte) und leicht niedrigere Werte für die SPD (–1,9 Prozentpunkte) geblieben. Eine weitgehende Angleichung von männlichem und weiblichem Wahlverhalten hatte sich erstmals 1980 gezeigt. Auch bei den Frauen machen sich generationsspezifische Unterschiede bemerkbar: Während die bis 1945 Geborenen das bekannte Muster der Verteilung zugunsten von CDU/CSU und zu Lasten der SPD zeigen, hat sich diese Tendenz bei den ab 1946 Geborenen umgekehrt, und zwar mit sechs bis sieben Prozentpunkten Unterschied in der Parteiateilen bei Männern und Frauen; die GRÜNEN sind von den Frauen sogar um 2,6 Prozentpunkte stärker bevorzugt. Aber selbst bei den bis 1945 Geborenen haben CDU/CSU nur aufgrund der höheren Präferenzen der Inhaberinnen unterer Bildungsabschlüsse noch eine stärkere Verankerung unter den Frauen, während sie bei den Inhaberinnen höherer Bildungsabschlüsse vor allem an die FDP abgeben.

Die — im Verhältnis zu den Männern — überdurchschnittlich hohe Stimmabgabe für die GRÜNEN findet sich vor allem bei den Frauen aus Angestellten- und Beamten-Haushalten, tendenziell sogar in der Gruppe der bis 1945 Geborenen. Jüngere Frauen wählen in fast allen Berufskategorien weniger CDU/CSU und mehr SPD als die Männer. Die größten Unterschiede finden sich in der Gruppe der jüngeren oberen Angestellten/Beamten; werden die Inhaber höherer Bildungsabschlüsse unter den mittleren und unteren Angestellten/Beamten miteinbezogen, verringern sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in dieser neuen Mittelschicht (im engeren Sinne), liegen aber immer noch über denen der anderen Berufsgruppen. Bei der FDP läßt sich kein einheitliches Bild erkennen, da die Fallzahlen zu gering sind. Wird statt des Berufes vom Haushaltsvorstand der Beruf des/der Befragten zugrunde gelegt, sieht man wiederum, daß Berufstätigkeit und Sozialisationsbedingungen von Männern und Frauen sich zunehmend annähern. Bei den ab 1946 Geborenen vergrößern sich unter den (befragten) oberen Angestellten/Beamten bzw. in der neuen Mittelschicht aber nochmals die Unterschiede zwischen den Anteilen, die Frauen und Männer der CDU/CSU zukommen lassen. Innerhalb der Gruppe der Angestellten/Beamten/Arbeitslosen mit „neuer Mittelschicht-Bildung“ finden sich dieselben erheblichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wiederum unter den ab 1946 Geborenen am stärksten ausgeprägt.

Aus dem Frauenüberschuß der CDU/CSU ist in den letzten Wahlen in steigendem Maße ein Defizit geworden, das mit höherer beruflicher Position im Angestellten-/Beamten-Bereich und mit höherer Bildung steigt. Ein Abbau der Unterschiede im ge-

schlechtsspezifischen Wahlverhalten war angesichts der Einbindung der Frauen in Berufstätigkeit und des Durchlaufens identischer Sozialisationsinstitutionen (d. h. höhere Bildung) zu erwarten. Wenn jüngere Frauen höherer Berufspositionen und höherer Bildung jedoch heute CDU/CSU um 10 bis 20 Prozentpunkten weniger wählen als die jüngeren Männer (deren Werte bereits niedriger sind als die der älteren Männer) und SPD sowie GRÜNE deutlich bevorzugen, muß es dafür auch Gründe geben, die in der „politischen Sphäre“ zu suchen sind.

Konfession und Kirchgangsfrequenz

Anhand der Daten aus der Wahlumfrage 1987 soll die Verteilung in der soziodemographischen „Kerngruppe“ der CDU/CSU, den Katholiken, beschrieben werden. Auch hier ist angesichts der kleinen Fallzahlen Vorsicht geboten.

Unter den ab 1951 Geborenen nimmt die Kirchgangsfrequenz stark ab, unter den Jahrgängen nach 1955 gehen circa 40 Prozent seltener als einmal pro Jahr in die Kirche, unter denen nach 1960 nur noch maximal 10 Prozent (fast) jeden Sonntag. Bei den Inhabern höherer Bildungsabschlüsse ist die Abnahme noch gravierender.

Zwar behalten auch die ab 1946 Geborenen den aus der Wahlforschung bekannten Zusammenhang von relativ hoher Kirchgangsfrequenz und Wahlentscheidung³¹⁾ zugunsten von CDU/CSU insgesamt betrachtet bei, während die GRÜNEN mit abnehmender Kirchgangsfrequenz stärker mit der SPD konkurrieren. Ab 1946 Geborene mit „neuer Mittelschicht-Bildung“ gehen aber nicht nur weniger in die Kirche als bis 1945 Geborene mit dieser Bildung, sondern auch innerhalb der Gruppe mit derselben Kirchgangsfrequenz wählen sie weniger CDU/CSU, mehr SPD und GRÜNE. Sie gehen seltener in die Kirche als der Durchschnitt aller ab 1946 Geborenen, sie wählen jeweils zehn Prozentpunkte weniger CDU/CSU und SPD als diese Gesamtheit, aber mehr als doppelt so häufig die GRÜNEN. Diese Tendenz zeigt sich durch alle Kirchganggruppen. Das Kernmilieu der CDU/CSU löst sich auf. Wenn diese Entwicklung der CDU/CSU bisher nicht geschadet hat, ist dies auf den Anstieg der Unions-Präferenz in den einzelnen Gruppen der Kirchgangsfrequenz (ohne Aufteilung nach Al-

ter, Bildung) von 1953 bis heute zurückzuführen³²⁾. Die Unterschiede im Wahlverhalten von Katholiken und Protestanten sind etwa gleich geblieben, Verschiebungen zwischen den Parteien von einer Wahl zur anderen erfolgten in beiden Konfessionen relativ gleichmäßig.

Bei den jüngeren und besser ausgebildeten Katholiken sind die stärksten Anzeichen zur Milieu-Auflösung festzustellen. Außerdem unterscheidet sich das Wahlverhalten zwischen den Generationen unabhängig von der Kirchgangsfrequenz. Jüngere Katholiken mit höheren Bildungsabschlüssen weisen geringere Unterschiede zu ihrem protestantischen Pendant auf als bis 1945 Geborene mit „neuer Mittelschicht-Bildung“ oder als die Gesamtheit aller jüngeren Katholiken; diese Unterschiede betragen nur einige Prozentpunkte. Zumindest in dieser Gruppe ist langfristig eine starke Annäherung zum protestantischen Pendant im Wahlverhalten aufgetreten — ein weiteres Anzeichen dafür, daß sich Wahlverhalten bzw. Verschiebungen von einer Wahl zur anderen von Milieus bzw. sozialen Merkmalen zu lösen begonnen haben.

Nähe zur Gewerkschaft

Als Pendant zur Bedeutung der Katholiken für die CDU/CSU wird nachfolgend die Entwicklung in der soziodemographischen „Kerngruppe“ der SPD, Personen mit Nähe zur Gewerkschaft, untersucht. Indikator hierfür ist, ob ein Gewerkschaftsmitglied im Haushalt wohnt (der/die Befragte oder ein anderes Familienmitglied). Unabhängig von den weiteren Ausführungen bleibt festzuhalten, daß mit dem Schrumpfen der Arbeiterschaft das sozialdemokratische (Ur-)Wählerpotential geringer geworden ist.

Eigene Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. das Zusammenleben mit einem Gewerkschaftsmitglied nehmen unter den ab 1946 Geborenen mit dem Lebensalter ab. Unter den Inhabern höherer Bildungsabschlüsse ist die Gewerkschaftsferne bei allen Altersgruppen besonders stark ausgeprägt. Insbesondere von den seit Mitte der fünfziger Jahre Geborenen mit höheren Bildungsabschlüssen sind sehr viel weniger Gewerkschaftsmitglieder als von den Befragten aus anderen Bildungsgruppen — wengleich oder obwohl sie mit einem Gewerkschaftsmitglied überproportional oft in einem Haushalt leben.

Gewerkschaftsnähe wirkt sich in fast allen Arbeitnehmergruppierungen eindeutig zugunsten der SPD und zu Lasten von CDU/CSU aus. In Kombi-

³¹⁾ Vgl. Karl Schmitt, Inwieweit bestimmt auch heute noch die Konfession das Wahlverhalten? Konfession, Parteien und politisches Verhalten in der Bundesrepublik, in: *Der Bürger im Staat*, 34 (1984) 2; die Beiträge von Franz Urban Pappi und Karl Schmitt in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985.

³²⁾ Vgl. K. Schmitt, 1985, (Anm. 31), S. 292 f.; Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 25), S. 269 f. gibt einen Überblick über die Entwicklung von 1976 bis 1987.

nation mit „neuer Mittelschicht-Bildung“ profitieren von Gewerkschaftsnähe die GRÜNEN auf Kosten der SPD; Gewerkschaftsferne und „neue Mittelschicht-Bildung“ verstärken die Tendenz zu CDU/CSU und FDP primär zu Lasten der SPD, insbesondere unter den oberen Angestellten/Beamten aber auch zu Ungunsten der GRÜNEN. (Die Auswirkungen der Zugehörigkeit zur neuen Mittelschicht sind weitgehend identisch mit denen der Bildung.)

Bei der Betrachtung der ab 1946 Geborenen (alle Berufsgruppen) mit höherer Bildung erweist sich, daß der Einfluß des Faktors Bildung auf die jeweilige Wahlpräferenz stärker ist als die Nähe oder Ferne zur Gewerkschaft — und zwar zugunsten der GRÜNEN. Die Anteile von CDU/CSU und FDP in gewerkschaftsfernen Haushalten sinken geringfügig,

die der SPD sogar sehr bedeutend, während sich der Anteil der GRÜNEN verdoppelt.

Angesichts der kleinen Fallzahlen ist Vorsicht geboten, dennoch lassen Werte aus gewerkschaftsnahen Haushalten folgenden Schluß zu: Jüngere Wähler mit höherer Bildung (aus allen Berufsgruppen), in deren Haushalt ein Gewerkschaftsmitglied lebt sind offensichtlich nicht mehr zugunsten der SPD eingestellt bzw. politisch sozialisiert worden — sie präferieren die GRÜNEN.

In der neuen Mittelschicht zeigen sich die selben Tendenzen wie bei den oben genannten, beruflich tätigen Inhabern höherer Bildungsabschlüsse, ohne jedoch so eindeutig für die GRÜNEN auszuschlagen.

IV. Die neue Mittelschicht — ein vorläufiges Ergebnis

Die bisherigen Ausführungen konnten erste Hinweise auf das Wahlverhalten der sogenannten neuen Mittelschicht geben. Die Erarbeitung einer Definition des Terminus „neue Mittelschicht“ war dazu eine unabdingbare Voraussetzung. Nach Darstellung der wachsenden politischen Bedeutung der neuen Mittelschicht wurden erste Tendenzen in ihrem Wahlverhalten 1953 bis 1987 aufgezeigt und hinsichtlich der Rolle einiger soziodemographischer Faktoren untersucht.

Um das Wahlverhalten der neuen Mittelschicht umfassend zu erforschen, müssen noch andere Faktoren ausführlich erörtert werden, z. B. Wechselwählerverhalten, soziale Mobilität, öffentlicher Dienst/privater Sektor, Bedeutung der Wirtschaftspolitik, subjektive Schichteinordnungen, Wohngegend, Post-Materialismus-Einstellungen. Das Gewicht der Faktoren müßte einer multivariaten Analyse unterzogen werden.

Wünschenswert wäre der Vergleich mit anderen westlichen Industrieländern, um Abweichungen oder Übereinstimmungen im Wahlverhalten zwischen den neuen Mittelschichten der zu untersuchenden Länder sowie innerhalb der zu untersuchenden Länder jeweils zwischen der neuen Mittel-

schicht und den anderen Schichten zu untersuchen und die dahinter stehenden Faktoren zu analysieren.

Die Ausführungen über die Bundesrepublik haben gezeigt, daß weitere Forschungen notwendig und lohnend sind. Dadurch, daß sich die Angestellten/Beamten in den sechziger Jahren von den alten Wahlkoalitionen mit bürgerlichen Parteien gelöst hatten, trugen sie zu den sinkenden Werten schichtenspezifischen Wahlverhaltens bei. Die neue Mittelschicht war an dieser Entwicklung beteiligt. Schichtenspezifische Unterschiede sind zwar noch vorhanden, verlieren aber unter den besser ausgebildeten jüngeren Wählern ebenso an Bedeutung wie die Stamm-Milieus der Parteien und die anderen soziodemographischen Faktoren. Da die Veränderungen im Abstimmungsverhalten von einer Wahl zur anderen in den soziodemographischen (Unter-)Gruppen tendenziell parallel verlaufen, wird dieser Trend zur Auflösung der Wahltraditionen für sich alleine nicht zu einschneidenden Veränderungen in den nächsten Wahlen führen. Die Untersuchung der Einflüsse von Sachproblemen und politischen Werten muß der weiteren Forschung vorbehalten bleiben.

Entwicklungstendenzen der politischen Kultur bei Jungwählern

Zwanzig Jahre nach den turbulenten Zeiten des Jahres 1968 ist das politische Szenarium der heranwachsenden Generation vergleichsweise ruhig. Die Wogen von damals haben sich geglättet, die Stürme gelegt, das Schiff unserer Gesellschaft steuert wieder — trotz vieler politischer Probleme — in ruhigerem Fahrwasser. Haben wir seither eine andere Republik¹⁾ mit einer anderen politischen Kultur erhalten? Wächst unsere gegenwärtige Jugendgeneration unter anderen Rahmenbedingungen auf

und in eine andere politische Zukunft hinein, weil ihre Einstellungen und Handlungsmuster sich geändert haben? Zeichnet unsere heutige Jungwählergeneration eine andere politische Kultur aus oder sollten und müßten wir nicht auf Entwicklungen achten, die zur Sorge Anlaß geben könnten? Eine Fülle von Fragen, auf die in diesem Zusammenhang zweifellos nur in einem begrenzten Umfange Antworten zu finden sein werden.

I. Eine „stille“ oder „versandete“ Revolution?

In seinem Rückblick auf das Jahr 1968 sprach unlängst Ralf Dahrendorf²⁾ von einer Revolution, die nie stattfand, und meinte: „Dem Aufschwung der Ideen folgte alsbald die Verharzung der tatsächlichen Verhältnisse.“ Erinnern wir uns: In der Auseinandersetzung um die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition, in welche die Forderungen des studentischen Protestes nach Demokratisierung, Emanzipation, Liberalisierung, Entnormierung, Abbau von unbefragter Autorität, Rechte der Minderheiten, Freiräume für das Individuum und Chancengleichheit Eingang gefunden hatten, kam es zu heftigen Kontroversen über die Grundlagen unserer Demokratie insgesamt, deren Anerkennung bis dahin augenscheinlich völlig außer Zweifel gestanden hatte. Jene „Grundwerte-Debatte“³⁾, die sich hauptsächlich an der Straf-, Ehe- und Familienrechtsproblematik entzündet hatte, darüber hinaus aber auch Experimentierformen eines neuen Lebensstils anregte, zerriß förmlich einen

Schleier, hinter dem sich nicht nur ein brüchig gewordener Konsens über die Fundamente unserer politischen Ordnung, sondern weithin auch unvereinbar gewordene Gestaltungsvorstellungen für ein politisch-gesellschaftliches Zusammenleben verbargen. Dieser Verlust der gemeinsamen Wertbasis — oder müssen wir eher von einem Bewußtwerden unterschiedlicher Wertüberzeugungen sprechen? — ließ fortan den Streit um den Staat als Garanten jener — vermeintlich — gemeinsamen Wertordnung kaum mehr verstummen.

Dabei verkannte man vielfach, daß der pluralistische Staat bei seinen politischen Entscheidungen letztlich stets auf ein in der Gesellschaft als mehrheitsfähig vorhandenes Ethos angewiesen ist; oder wie Helmut Schmidt dies seinerzeit formulierte: „Wenn bestimmte ethische Auffassungen in der Gesellschaft nicht mehr vorhanden sind, dann verliert das Recht seine demokratische Legitimation. Der Staat kann ein nicht mehr vorhandenes Ethos nicht mehr zurückholen, und er kann ein nicht mehr vom Konsens der Gesellschaft getragenes Ethos nicht durch Rechtsnormen für verbindlich erklären.“⁴⁾

Im Jahre 1973 erschien Daniel Bells⁵⁾ Studie über „Die nachindustrielle Gesellschaft“. Bell ging dabei

1) Im Jahre 1979 noch meinte Kurt Sontheimer, einen Wandel der politischen Kultur feststellen zu können, der seinen Ausgang in den sechziger Jahren genommen habe und dessen Kennzeichen insbesondere der verlorengegangene Konsens über die Bedeutung von Demokratie, Freiheit und legitimer Gewalt sei. Dieses gewandelte politische Bewußtsein, dem die Demokratie als Staats- und Lebensform nicht mehr selbstverständlich sei, trage in sich die Gefahr — auch wenn das politische System noch relativ gut funktioniere —, „am Ende eine andere Republik“ heraufzubeschwören. Vgl. Kurt Sontheimer, Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren, München 1979, S. 119 ff.

2) Ralf Dahrendorf, Die Revolution, die nie stattfand. Abschied von 1968. Ein ironischer Streifzug durch die sechziger Jahre, in: Die Zeit vom 13. Mai 1988, S. 3.

3) Vgl. Günter Gorschenk (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, 1978³.

4) Helmut Schmidt, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft, in: G. Gorschenk (Anm. 3), S. 13–28, Zit. S. 22.

5) Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek 1979.

von der These aus, daß sich bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht nur in den USA, sondern vor allem in Westeuropa, aber auch in Japan und der Sowjetunion ein derart tiefgreifender Wandel der Sozialstruktur, der auf den politischen und kulturellen Bereich nicht ohne Einfluß bleiben könne, vollziehen werde, so daß die bisherigen Industrienationen danach als post-industrielle Gesellschaften zu gelten hätten⁶⁾. Diese nachindustrielle Gesellschaft, auf die wir uns seit der Mitte dieses Jahrhunderts deutlich zubewegt haben, sah Bell — idealtypisch zwar, aber dennoch klar erkennbar — durch fünf Dimensionen geprägt: nämlich a) den Übergang von einer güterproduzierenden zu einer Dienstleistungswirtschaft; b) den Vorrang einer Klasse professionalisierter und technisch qualifizierter Berufe; c) die zentrale Stellung von theoretischem Wissen als Quelle von Innovationen im gesellschaftlich-politischen Bereich; d) die Steuerung des technischen Fortschritts und eine entsprechend vorrangige Bewertung der Technologie, und schließlich e) die Schaffung und Nutzung einer neuen „intellektuellen Technologie“⁷⁾. Wir können in der Tat feststellen, daß sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren anschickte, einige dieser Dimensionen in ihrem „postindustriellen“ Ausprägungen zu erreichen.

Wenngleich Bell die kulturellen Fragen und die Probleme des Bewußtseinswandels nicht in den Mittelpunkt seiner Analyse stellte, sondern vielmehr davon ausging, diese würden durch den Wandel in der Sozialstruktur nicht determiniert⁸⁾, so hielt er es andererseits geradezu für das Wesensmerkmal der angedeuteten Entwicklung, daß sich Gesellschaftsstruktur und Kultur in einem Maße voneinander absonderten, weshalb man heute (d. h. in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) nicht mehr von einem integrierten Wertesystem sprechen könne. Der Kapitalismus habe seit den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts aufgehört, sich durch bzw. mit Prinzipien wie „Arbeit“ und „Eigentum“ zu rechtfertigen, sondern gebe sich seither zunehmend mit materiellen Statussymbolen und der Ausweitung von Vergnügungen zufrieden. „Ein höherer Lebensstandard und eine Lockerung der Sitten wurden nun als Zeichen persönlicher Freiheit gewertet und zum Selbstzweck erhoben.“⁹⁾ Dies alles verlangt für seine Rechtfertigung nach keiner transzendentalen Ethik mehr, sondern begnügt sich mit einer profanen Zweckrationalität.

⁶⁾ Vgl. ebda., S. 360 und S. 8 f.

⁷⁾ Siehe ebda., S. 31.

⁸⁾ Siehe ebda., S. 30.

⁹⁾ Ebda., S. 352 f.

Nun lenkten ja insbesondere die Studentenunruhen der sogenannten „68er-Generation“ mit ihren spektakulären Aktionen gerade von der Beobachtung und Beachtung soziopolitischer Vorgänge hinter diesem Szenarium eher ab, als daß sie darauf aufmerksam gemacht hätten. Ronald Inglehart¹⁰⁾ glaubte deshalb, im Jahre 1971 von einer „silent revolution“ (einer stillen Revolution) sprechen zu können, welche die westeuropäischen nachindustriellen Gesellschaften erfaßt und bereits deutlich verändert hätte. So konstatierte er: „Die Werte der westlichen Gesellschaften scheinen sich von einer beinahe ausschließlichen Betonung der materiellen und physischen Sicherheit in Richtung auf eine höhere Bewertung von immateriellen Aspekten des Lebens verlagert zu haben, wobei Themen wie Lebensqualität eine größere Bedeutung gewinnen und die Entwicklung eines weniger parochialen (= engtirnigen, um den Kirchturm kreisenden — R. R.), mehr kosmopolitischen Gefühls von politischer Identität begünstigt wird.“¹¹⁾

Inglehart hat nun seine Beobachtungen auf die griffige Formel gebracht, die westlichen Industriestaaten befänden sich auf dem Weg von materialistischen zu postmaterialistischen Gesellschaften. Ursachen für diesen Wertewandel seien insbesondere ökonomische Unsicherheit und das Empfinden physischer Gefahren, also destabilisierende oder verunsichernde sozioökonomische Faktoren, die in den sogenannten „formativen Lebensphasen“ (d. h. in den ersten zwanzig Lebensjahren) einer Generation vorherrschten. Hieraus erkläre sich auch der noch relativ geringe Anteil der „Postmaterialisten“ in der Bundesrepublik (gegenüber den Niederlanden, Großbritannien und den USA). Dennoch könne man zwischen heranwachsender und älterer Generation bereits ein deutliches Auseinanderdriften (Materialisten versus Postmaterialisten: 16–29jährige 32 Prozent zu 15 Prozent; über 70jährige 74 Prozent zu 2 Prozent) feststellen¹²⁾.

Inglehart ging also davon aus, daß die lange relative Prosperitäts- und Friedensera in den hochindustrialisierten Staaten Westeuropas zu wesentlichen und bleibenden Einstellungs- und Wertverschie-

¹⁰⁾ Ronald Inglehart, *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*, in: *American Political Science Review*, 65 (1971), S. 991–1017.

¹¹⁾ So Ronald Inglehart in seinem Aufsatz: *Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten*, in: Helmut Klages / Peter Kmiecik (Hrsg.), *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt 1979, S. 279–316, zit. S. 279.

¹²⁾ Vgl. ebda., S. 296 ff. Siehe in diesem Zusammenhang auch meine Habilitationsschrift: *Zur Problematik der politischen Kultur der Jungwähler in der Bundesrepublik Deutschland*, Passau 1984, insbesondere S. 231 ff.

bungen insbesondere bei der jüngeren Generation geführt habe. Ihrer Qualität nach bewirkten diese Neuorientierungen einen Bedeutungsverlust sozialer Unterschiede und Konflikte, ebenso auch eine wachsende Geringschätzung traditioneller Institutionen (Autorität, Familie, Bürokratie, parlamentarisches System) und eine Lockerung von nationalen Bindungen („nationale Identität“); andererseits verstärkten sich jedoch supranationale Orientierungen (Europaidee), das Interesse an Lebensqualität (Umweltschutz) und Formen direkter politischer Partizipation in überschaubaren Initiativ- und Aktionsgruppen (Bürgerinitiativbewegung).

Inglehart ist ob seiner Theorie eines allmählichen Wandels von materialistischen zu postmaterialistischen Werten zum Teil heftig kritisiert worden¹³). Wenngleich man viele seiner Befunde und Erklärungen als faszinierend und durchaus überzeugend akzeptieren kann, so liegt doch in der Grundstruktur seiner Theorie, daß sich nämlich jener Wertewandel in nachindustriellen Gesellschaften auf einem eindimensionalen Kontinuum vom materialistischen hin zum postmaterialistischen Pol vollziehe, die entscheidende Schwäche. Hieraus ergäbe sich letztlich ein unumkehrbares „Nullsummenspiel“¹⁴) dergestalt, daß traditionelle Werte eines Tages gänzlich durch postmaterialistische Werte ersetzt würden.

Wenn man umgekehrt, trotz aller Anzeichen von zum Teil tiefgreifenden Veränderungen, letztlich dem „Fortbestehen industriebürgerlicher Vorstellungen und Wertsetzungen“ das Wort redet und jede „post-industrielle Abkunft“ leugnet, wie dies Walter Jaide¹⁵) tut, so wird damit das Problem an sich eher verschärft als einer Lösung zugeführt. In der gegenwärtigen Situation muß man jedoch zumindest die rapide angewachsene „Instabilität von Wert-Prioritäten“¹⁶) ernsthaft zur Kenntnis nehmen, um den zur Diskussion stehenden Erscheinungen gerecht werden zu können.

In diesem Zusammenhang erscheint die Betrachtungsweise der Wert-Problematik durch Helmut

Klages¹⁷) sehr hilfreich. Klages versucht nun zunächst einmal dem Terminus des Wertwandels seinen radikalen Anspruch, „eine Quasi-Konstante unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse“ zu sein, dadurch zu nehmen, daß er diese offensichtlichen Veränderungen, die sich hauptsächlich in der jungen Generation etwa von der Mitte der sechziger Jahre bis zum Ende der siebziger Jahre in der Bundesrepublik vollzogen haben, als einen „Wertwandlungsschub“ bezeichnet. Dieser ist faktisch zu einem Ende gelangt, hat allerdings „veränderte Verhältnisse“ geschaffen, die insbesondere durch Kriterien wie Unsicherheit und Instabilität gekennzeichnet werden können.

Insofern wollen wir mit H. Klages unter „Wertwandel“ einen längerfristigen Trend der Veränderung hinsichtlich der Gewichtigkeit bestimmter Werte im Einstellungsgefüge der Bevölkerung (durchaus auch insgesamt) verstehen; dabei muß es sich aber um bedeutsame Werte, nicht nur um subkulturelle Modeerscheinungen handeln. Man sollte sich zudem vergegenwärtigen, daß das Aufkommen „neuer“ bestandskräftiger Werte kaum zu erwarten ist und bei dem Wertwandel in der Bundesrepublik auch nicht erfolgte. Damit ist diesem Vorgang auch das revolutionäre Element genommen, wenngleich wir uns hierbei in einen Gegensatz zu Elisabeth Noelle-Neumann¹⁸) begeben, die bewußt zur Interpretation dieser Veränderung die Kennzeichnung „revolutionär“ in Anspruch nahm.

R. Dahrendorf¹⁹) hat recht, wenn er feststellt, daß sich der Blick der 68er-Generation von den neuen Horizonten alsbald den eigenen Interessen zuwandte, die Forderung nach politischer Beteiligung in die Sehnsucht nach gesicherten Positionen umschlug, und das Einrücken in entsprechende Wirkungskreise — zumal jenen des öffentlichen Dienstes — in die Übernahme der damit verbundenen Mentalitäten einmündete. Insofern vermag Dahrendorf im Jahre 1968, dem Jahr „der unauffindbaren Revolution“, nicht den Eintritt in eine neue Phase oder den Beginn der Postmoderne zu erkennen, sondern weit eher den — zugegebener-

¹³) So z. B. Franz Lehner, Die „stille Revolution“: Zur Theorie des Wertwandels in hochindustriellen Gesellschaften, in: H. Klages / P. Kmiecik (Anm. 11), S. 317—327; ferner Walter Jaide, Wertwandel? Grundfragen zu einer Diskussion, Opladen 1983.

¹⁴) Vgl. hierzu insbesondere Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt 1984, S. 22 f.

¹⁵) Siehe W. Jaide (Anm. 13), S. 118 f.

¹⁶) F. Lehner (Anm. 13), S. 325.

¹⁷) Hierzu insbesondere: Helmut Klages (Anm. 14), S. 20 f. und ders., Wertwandel und politisches Handeln. Zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Werte, Leitbilder, Tugenden. Zur Erneuerung politischer Kultur, Mainz 1985, S. 147—169.

¹⁸) Elisabeth Noelle-Neumann, Die stille Revolution. Wandlungen im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung, in: dies. (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976—1977, Bd. VII, Wien 1977, S. VII—XXXIX und XXIV: „Ich dagegen erkläre die Veränderungen (bezüglich der Werthaltungen-R.R.) als ‚revolutionär‘, (weil sie) nicht in wenigen Jahren wieder rückgängig zu machen“ (sind).

¹⁹) Vgl. R. Dahrendorf (Anm. 2).

maßen durchaus dramatischen — Schlußpunkt unter die Nachkriegszeit.

Dennoch brachte das Jahr 1968 eine gewisse Zäsur, wengleich deren Auswirkungen auch in den Folgejahren erst nach und nach deutlicher hervortraten.

Ein einfaches Zurückdrehen politischer Vorstellungen auf einen status quo ante war zweifellos fortan nicht mehr möglich. Man mußte mit Verschiebungen und Neuorientierungen im Rahmen politischer Einstellungen künftig durchaus rechnen.

II. Veränderungen in der Struktur politischer Einstellungen

Wir können nun zweifellos in der Gesellschaft der Bundesrepublik — in der heranwachsenden Generation der Jungwähler zumal — seit den siebziger Jahren eine deutliche Wendung weg von sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten²⁰⁾ feststellen. Unter Pflicht- und Akzeptanzwerten versteht man dabei vornehmlich jene Haltungen und Orientierungen, die den einzelnen in einem starken Maße auf gesellschaftliche Anforderungen und Notwendigkeiten verpflichten, ihn an ein „Ethos“ binden. In diesem Sinne wirken Pflicht- und Akzeptanzwerte sehr sozialintegrativ; der einzelne, der mit einem hohen Potential solcher Werte ausgestattet ist, fühlt sich von der gemeinsamen Aufgabe in die Pflicht genommen, er erfährt aber auch für seine Selbstachtung aus diesem Dienst für die Gemeinschaft starke Impulse und Befriedigung, und er vermag um der Sache willen eigene Bedürfnisse weitgehend zurückzustellen; andererseits entwickelt ein solcher Mensch gelegentlich eine hohe Sensibilität für Ungerechtigkeiten, wenn seine Leistungen nicht entsprechend gewürdigt werden; dann kann er sich in seiner Ehre gekränkt fühlen, weil er die Geringschätzung seines Einsatzes als Verrat an den dahinterstehenden Werten interpretiert. Die Tendenz zu dogmatischen Einstellungen mit all ihren Konsequenzen (Autoritätshörigkeit, Intoleranz, mangelnde Konfliktfähigkeit usf.) ist damit vorgeprägt.

Deutlich anders wirkt die Dominanz von Selbstentfaltungswerten. Hier haben wir es mit einer Grundeinstellung zu tun, der es um eine entschiedene Abwehr von Außenanforderungen geht. Vorrang besitzen Zielsetzungen wie Kreativität, Autonomie und Selbständigkeit. Auf vermeintliche oder tat-

sächliche Einschränkungen derartiger Unabhängigkeitsbestrebungen erfolgt teilweise eine heftige Gegenreaktion. Man erfaßt nun diese Grundhaltung nur unzulänglich mit dem Etikett „Emanzipationsbestrebungen“; denn in diesem Trachten nach Selbstentscheidung und Ungebundenheit entfalten sich auch Partizipationsbereitschaften, denen es um die Ausweitung von Selbstentfaltungswerten (zum Teil sogar mit missionarischem Anspruch) geht.

Diese Wertverschiebungen schlagen nun zweifellos auf entscheidende gesellschaftliche Bereiche wie Erziehung, Familie, Arbeits- und Berufswelt durch und prägen damit auch grundlegende Einstellungen gegenüber dem politischen System, so daß wir dadurch auch Veränderungen in bezug auf die politische Kultur — insbesondere die Jungwählergeneration betreffend — annehmen können.

Die führenden Meinungsforschungsinstitute in der Bundesrepublik haben nun über Jahre hinweg immer wieder die Wertschätzung von Erziehungszielen zu erforschen gesucht, um damit Aussagen über einen eventuellen Wandel hinsichtlich der Persönlichkeitsstruktur machen zu können. So gelang es beispielsweise EMNID, in den Jahren 1951 bis 1976 recht deutliche Verschiebungen bezüglich der Werte „Selbständigkeit“ bzw. „Gehorsam und Unterordnung“ festzustellen, während „Ordnungsliebe und Fleiß“ als Erziehungsmaximen relativ konstant blieben²¹⁾.

²⁰⁾ Vgl. H. Klages (Anm. 14), S. 26 ff.

²¹⁾ Der „Wandel der Erziehungswerte“ (1951–1976), festgestellt durch Untersuchungen des EMNID-Institutes, zit. Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München 1979, S. 379.

Tabelle 1: Veränderung von Erziehungszielen 1951–1976

Auf welche Eigenschaften sollte die Erziehung der Kinder vor allem hinzielen: Gehorsam und Unterordnung, Ordnungsliebe und Fleiß oder Selbständigkeit und freier Wille?

	1951 %	1954 %	1957 %	1964 %	1967 %	1969 %	1972 %	1974 %	1976 %
Selbständigkeit und freier Wille	28	28	32	31	37	45	45	53	51
Ordnungsliebe und Fleiß	41	43	48	45	48	45	37	44	41
Gehorsam und Unterordnung	25	28	25	25	25	19	14	17	10
Sonstige Antworten	5	4	3	1	3	2	1	1	—
Keine Antworten	1	2	5	6	2	5	3	4	0
	100	100*)	100*)	100*)	100*)	100*)	100	100*)	100

*) Mehrfachnennungen

Quelle: Emnid Informationen, Nr. 6/7, 1976.

Vergegenwärtigen wir uns einige weitere Daten hierzu, die das Institut für Demoskopie in Allensbach in den Jahren 1967–1983 erhob²²⁾. Wir wählen hiervon sechs exemplarische Erziehungsziele aus:

Tabelle 2: Wertschätzung von Selbstentfaltungs- und traditionell empfundenen Erziehungszielen

	1967	1977	1983
a) Sich durchsetzen, sich nicht so leicht unterkriegen lassen	59	68	68
b) Andersdenkende achten, tolerant sein	59	64	72
c) Höflichkeit und gutes Benehmen	85	76	76
d) Die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun	76	70	75
e) Sich in eine Ordnung einfügen, sich anpassen	61	51	46
f) Festen Glauben, feste religiöse Bindung	39	24	27

Quelle: IfD-Allensbach 1983.

Eine zugegebenermaßen grobe Interpretation läßt aus diesen Befunden doch einige Rückschlüsse zu, die die obigen Tendenzen bestätigen, allerdings auch darüber hinausgehende Erkenntnisse gewinnen lassen, und zwar in dem Sinne, daß sich die Selbstentfaltungswerte auf einem höheren Niveau

„eingependelt“ haben und dabei einen Wert wie z. B. Toleranz positiv beeinflussen. Andererseits läßt sich erkennen, wie ursprünglich wohl eher als traditionell empfundene Erziehungsziele, etwa Höflichkeit und Ordentlichkeit, ihre „Talfahrt“ beendet, sich entweder stabilisiert haben oder eine neue Wertschätzung erfahren, weil sich die Verhältnisse — insbesondere in ökonomischer Hinsicht — merklich verändert haben. Und schließlich können wir feststellen, daß sich „Unterordnung und Bindungen“ — wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau — ebenfalls zu „beruhigen“ begonnen haben.

Betrachten wir diese Problematik noch unter einem weiteren Aspekt, nämlich in bezug auf die unterschiedliche Bewertung von Lebensstilen durch Jugendliche und Erwachsene. Hierzu legte die Shell-Jugendstudie 1985 ein breites Datenmaterial vor²³⁾, indem sie die Ansichten heutiger Jugendlicher mit der Jugendgeneration von 1955, also der heutigen Altersgruppe zwischen 45 und 55 Jahren verglich. Danach sollten Jugendliche nach Ansicht der heranwachsenden bzw. der erwachsenen Generation heute besonders folgende Verhaltensweisen lernen (vgl. Tab. 3, S. 38).

Nach dieser Übersicht besitzen offensichtlich die dezidierten Selbstentfaltungswerte keine überragende Bedeutung mehr, sei es daß ein Sättigungsgrad eingetreten ist, oder daß dies die gegebenen, insbesondere ökonomischen Umstände nahelegen. Jugendliche und Erwachsene unterscheiden sich diesbezüglich kaum. Andererseits gedenken Ju-

²³⁾ Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugendliche + Erwachsene '85. Generationsvergleich, 5 Bde., Opladen 1985; vgl. Bd. 5, S. 143 und 233.

²²⁾ Allensbacher Jahrbuch, Bd. VIII, S. 93.

Tabelle 3: Bewertung von Lebensstilen durch Jugendliche und Erwachsene

	Jugendliche	Erwachsene
a) Neue Lebensformen finden	15	15
b) Aus Sachzwängen ausbrechen	9	8
c) Nicht nur an materielle Dinge denken	9	20
d) Mit dem Gegebenen zufrieden sein	21	28
e) Mehr auf andere Menschen eingehen	8	16
f) Gute Umgangsformen	28	41
g) Ordnung und Sauberkeit	24	44
h) Pflichtgefühl	33	52
i) Fleiß	33	50

Quelle: Shell-Jugendstudie 1985.

Jugendliche nicht in gleichem Maße auf jene „Bescheidungs-Niveaus“ einzuschwenken, die ihnen die Erwachsenengeneration vor allem in bezug auf Sozialbindung und materielle Anspruchshaltungen anempfehlen möchte. Am krassesten klafften jedoch die Vorstellungen dort auseinander, wo die Erwachsenen der heranwachsenden Generation mehr Disziplin und Leistung abverlangen möchten. Hier zeigt sich, daß die Jugendlichen offensichtlich nicht mehr so bereitwillig Pflicht- und Akzeptanzwerte auf sich nehmen wollen.

Dies könnte sich vielleicht ändern, wenn wir nun den Bereich „Arbeit und Beruf“ betrachten. Unser Wirtschaftssystem gründet in hohem Maße auf persönlicher Leistungsbereitschaft. Leistung erbringt der Mensch unter normalen Bedingungen indes vorwiegend dort, wo ihm dies um einer Sache oder Idee willen nötig erscheint oder wo es um die Befriedigung von persönlichen Bedürfnissen geht. Da der Kapitalismus die existentiellen Bedürfnisse weithin saturiert hat und herausfordernde neue Aufgaben nur bedingt gestellt sind oder bislang als solche noch nicht entsprechend wahrgenommen werden (Umwelt), erlahmte die traditionelle Leistungsbereitschaft in gleichem Maße wie auch die Akzeptanz- und Pflichtwerte verblaßten. Leistung dürfte künftig überwiegend nur noch dort aktiviert werden, wo die Befriedigung von Selbstentfaltungsbefürfnissen zur Disposition steht. Die Grundstruktur dieser Bedürfnisse bedingt aber eine andere Art von Leistung; eine Leistung die nicht pro-

duktiver, sondern — weitaus stärker — kreativer Art ist. Für den ökonomischen Einsatz wird Leistung „instrumentell“, d. h. nüchtern-kalkulierend in dem Sinne: Was muß ich erarbeiten, um meinen Lebensstandard halten zu können und mir das Maß an Freizeit und Lebensgenuß zu ermöglichen, das *ich* für wünschenswert erachte. Leistung verliert damit zunehmend die soziale Komponente und wird egozentrisch-privatistisch.

Meiner Meinung nach überzeichnete nun Elisabeth Noelle-Neumann auch hier die Tendenz, indem sie in diesem Zusammenhang von einer Proletarisierung des bürgerlichen Wertesystems²⁴⁾ sprach, die sie dadurch heraufziehen sah, daß Arbeitsunlust, Ausweichen vor Anstrengungen, abnehmende Risikobereitschaft, unmittelbare Bedürfnisbefriedigung, Egalitätsstreben, Status-Fatalismus und anderes mehr um sich griffen. Zugegeben, diese Haltungen konnten sich merklich ausbreiten, solange der Sozialstaat noch nicht an seine Grenzen gestoßen war bzw. den politischen Offenbarungseid leisten mußte. Zudem hat das Mehr an Freizeit nicht auch ein Mehr an freier Entfaltungsmöglichkeit gebracht. Als entscheidendes Argument gilt es allerdings festzuhalten, daß die traditionellen Arbeitstugenden nicht durch die aufgezeigten Haltungen ersetzt, sondern nur in ihrer Wirkung — wenn auch beträchtlich — zurückgedrängt wurden.

Andererseits kann man gerade im ökonomischen Bereich eine eigenartige „Subjektivierung der Werte“²⁵⁾ beobachten, die wiederum besonders stark die junge Generation erfaßt. Mit dem Eintritt in den Beruf trifft diese allerdings auf Bedingungen, die eine Anpassung zugunsten von Akzeptanz- und Pflichtwerten nahelegen. An dieser Übergangsstelle traten bzw. treten nun einige typische Entscheidungsmuster auf: Man sieht sich zur „Anpassung“ gezwungen, d. h. Pflicht- und Akzeptanzwerte erfahren eine subjektive Aufwertung. Oder in der Konkurrenz von Entfaltungs- und Pflichtwerten werden letztere instrumentalisiert, d. h. unter Kosten-Nutzen-Überlegungen dort aktiviert, wo sie erforderlich erscheinen. Schließlich kommt es auch — stärker als man dies früher beobachten konnte — zu Rückzugs- bzw. Ausstiegsbewegungen, um den Anforderungen der Pflicht- und Akzeptanzwerte auszuweichen²⁶⁾. Grundsätzlich zeichnet sich dabei

²⁴⁾ E. Noelle-Neumann (Anm. 18), S. X ff.

²⁵⁾ Vgl. H. Klages (Anm. 14), S. 141.

²⁶⁾ Die Literatur hierzu ist mittlerweile zur Legion angeschwollen. Beispielhaft nur seien genannt: Walter Hollstein, Die gespaltene Generation. Jugendliche zwischen Aufbruch und Anpassung, Berlin 1983; Horst W. Opaschowski, Arbeit, Freiheit, Lebenssinn? Orientierungen für eine Zukunft, die längst begonnen hat, Opladen 1983; Eberhard Pies (Hrsg.), Der lautlose Auszug. Junge Menschen suchen neue Wege. Freiburg 1983.

jedoch eine neue Entwicklung ab, nämlich dergestalt, daß die einstmals generativen Wertkonflikte und Wertspannungen zu innerpersonalen Widersprüchen werden. Mit der Subjektivierung der Werte geht daher folglich auch eine weitere Relativierung ihres Gültigkeitsanspruches einher.

Dies führt neuerdings auch zu Cassandra-Rufen aus einer Richtung, von der man dies kaum erwartet hätte. So zeigte sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen-Ford-AG, D. Goeudevert²⁷⁾, sehr besorgt über den Verlust traditioneller ethischer Werte, der zu einer Einstellung des „Konsums als Lebenszweck“, verbunden mit einem Mangel an Fairneß, Solidarität und Verlässlichkeit, geführt habe. Es sei nötig, daß die Menschen ihre eigene Verantwortung wieder ernst nähmen und die Schuld an negativen Erscheinungen nicht nur den anderen zuschöben. Goeudevert sprach in diesem Zusammenhang von einer „Ideologiekrisis“, die weite Teile der Gesellschaft erfaßt hätte und einer gedeihlichen – zumal wirtschaftlichen – Entwicklung auf Dauer äußerst abträglich sei.

Noch deutlicher läßt sich eine derartige Entwicklung auf dem Gebiet religiöser und moralischer Einstellungen nachzeichnen. Einen sehr formalen Indikator, aber einen ersten Einstieg in diese Problematik, stellt zweifellos die Entwicklung der Kirchganghäufigkeit dar: Nach Erhebungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach²⁸⁾ bezeichneten sich als regelmäßige Kirchgänger:

Tabelle 4: Entwicklung der Kirchganghäufigkeit 1953–1983, in Prozent

	1953	1963	1973	1983
von den Protestanten	18	15	7	6
von den Katholiken	60	55	35	32
von den unter 30jährigen Protestanten	13	11	2	4
von den unter 30jährigen Katholiken	59	52	19	19

Quelle: IfD-Allensbach 1983.

Deutlich erkennen wir einen einschneidenden Rückgang der Kirchganghäufigkeit in beiden gro-

²⁷⁾ Vgl. Daniel Goeudevert, Der Konsum wird zum Lebenszweck, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Mai 1988, S. 25.

²⁸⁾ Angaben aus: Elisabeth Noelle-Neumann / Edgar Piel (Hrsg.), Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953–1979, München 1983, S. 89 f.; Allensbacher Jahrbuch 1976, Bd. VI, S. 38; Allensbacher Jahrbuch 1978/1983, Bd. VIII, S. 128.

ßen Konfessionen; die Prozentanteile der jungen Generation nehmen dabei noch drastischer ab als die Vergleichswerte im Konfessionsdurchschnitt. Wenngleich wir aus diesen Zahlen nicht automatisch auf einen Religionsverlust breiten Ausmaßes schließen können, so gilt doch zweifellos, daß man hierin eine massive Ablehnung der norm- und sinnsetzenden Autorität und Instanz „Kirche“ festhalten muß. Mit ihrem traditionellen Wertsystem und ihrer hierarchischen Autoritätsstruktur gerieten offensichtlich die Kirchen in besonderem Maße in Konflikt und Widerspruch zu den auf Selbstfindung und Selbstentfaltung ausgerichteten Bedürfnissen des „modernen“ Menschen. Da in diesem Zusammenhang weder Engagement noch Protest grundlegende Änderungen versprochen, nahmen viele die kaum noch durch soziale Sanktionen bedrohte Gelegenheit wahr, sich der Autoritäts- und Normsetzungsinstanz „Kirche“ (ohne weithin die formelle Mitgliedschaft aufzukündigen) zu entwinden²⁹⁾.

Es ist nun sicherlich nicht der Rückgang der religiösen Bindungen allein, der einen erheblichen Einfluß auf die Einstellungen zu Ehe und Familie ausübte; sondern hier kulminierten förmlich alle bislang skizzierten Wertwandlungstendenzen. Nach dem Verblässen fester Wertorientierungen wurden Ehe und Familie genauso den „individuellen Lebensplanungskalkülen“ (H. Klages) unterworfen, wie dies anderen Lebensbereichen längst vorab wiederfahren war. Ehelosigkeit und hinausgeschobenes Heiratsalter als Verlängerung einer außerfamiliären Jugendphase, Kinderlosigkeit³⁰⁾ als Freisein von verpflichtenden Bindungen im sozialen Alltag und „eheähnliche Verhältnisse“ als Privatisierung der Partnerbeziehungen lassen sich als Ausdruck „unantastbarer Persönlichkeitsautonomie“ interpretieren. Ehe und Familie verloren ihre Stabilitätselemente als „Keimzelle der Gesellschaft“ und wurden unverkennbar in den Dienst der Zuneigungs- und Entfaltungsbedürfnisse gestellt. Aus dieser Grundhaltung gehen eine Reihe weiterer Verhaltensweisen hervor: Man gedenkt, sich Rückzugs- und Ausstiegsmöglichkeiten offen zu halten; Kinder werden zu Belastungen von Konsum- und Unabhängigkeitschancen; Wertinhalte werden neu definiert. Ich möchte dies exemplarisch in Anschluß an H. Klages³¹⁾ für den Wert „Liebe“ skizzieren.

²⁹⁾ Vgl. hierzu auch H. Klages (Anm. 14), S. 93 ff.

³⁰⁾ Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches 1985 (S. 67) gab es in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982 insgesamt 25,3 Mio. Privathaushalte, davon waren 7,9 Mio. Einperson- und 7,3 Mio. Zweipersonenhaushalte. Zum gleichen Zeitpunkt zählte man 22,8 Mio. Familien, dabei eingeschlossen waren 12,0 Mio. Familien ohne Kinder, 5,1 Mio. Familien mit einem Kind, 3,8 Mio. mit 2, 1,3 Mio. mit 3 und 0,5 Mio. Familien mit vier und mehr Kindern.

³¹⁾ Siehe H. Klages (Anm. 14), S. 79 f.

Ein durch Pflicht- und Akzeptanzwerte bestimmter Mensch versteht „Liebe“ sehr viel mehr als Ausdruck eines starken Gefühls der Zusammengehörigkeit, in der man das Leben miteinander teilen möchte; bereit ist, für den anderen da zu sein, sich für ihn aufzuopfern, ihm treu zu sein. Demgegenüber werden wir bei einem Träger mit ausgeprägten Selbstentfaltungswerten eher auf ein Verständnis von „Liebe“ treffen, das das Gefühl eines großen Erlebnisses beinhaltet; wofür man sich die Erwidern dieses Gefühls im Sinne einer subjektbezogenen emotionalen Bereicherung oder Erfüllung erhofft; man möchte sich mit dem Partner glücklich, geborgen und frei von Alltagsbeschränkungen fühlen und seine Frustrationen abladen können, indem man sich gemeinsam aus den sozialen Zwängen und Unerquicklichkeiten zurückziehen kann.

III. Auswirkungen auf die politische Kultur

Der Begriff der „politischen Kultur“ hat seit seiner Einführung in die wissenschaftliche Diskussion durch Gabriel Almond³²⁾ im Jahre 1956 eine rasche Verbreitung erfahren, die seiner analytischen Entfaltung nicht immer förderlich war. Ich möchte ihn deshalb eher in seinem ursprünglichen Verständnis verwenden und mit ‚politischer Kultur‘ die Gesamtheit aller politisch relevanten Einstellungen in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit erfassen³³⁾. Nun ist es unmöglich, diese Gesamtheit politischer Einstellungen hier auszubreiten; wir müssen uns deshalb wiederum auf einige besonders kennzeichnende Orientierungsmuster beschränken.

Zunächst läßt sich ganz allgemein in den Jahren von 1952 bis 1983 ein erheblicher Anstieg des Interesses für Politik³⁴⁾ feststellen (von 27 Prozent auf 58 Prozent); am steilsten verläuft die Kurve bis etwa 1973, dann stabilisiert sie sich auf relativ hohem Niveau. Nun zeigt es sich, daß die Werte der jungen Generation nur im Zeitraum von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre über jenen des Bevölkerungsdurchschnittes liegen; dies stellt jene Phase dar, in welcher politische Einstellungen am tiefgreifendsten umgeprägt wurden. Für die Träger von Selbstentfaltungswerten, wie diese sich haupt-

Derartige Einstellungen bleiben auf Dauer, auch wenn sie primär individualistisch ausgerichtet sind, nicht auf den einzelnen beschränkt, sondern tangieren das Gesamtgefüge der zwischenmenschlichen Beziehungen; sie werden politisch relevant und bestimmen damit die politische Kultur unserer Gesellschaft insgesamt. Wenngleich derartige Einstellungsänderungen vorrangig in der jüngeren Generation anzutreffen sind, kann damit nicht automatisch darauf geschlossen werden, daß sich ein solcherart modifiziertes Potential, einer Lawine gleich, bislang gültigen gesamtgesellschaftlich verteilten Einstellungen überlagern würde; vielmehr ist anzunehmen, daß sie wie eine Welle die traditionelle politische Kultur überspülen, sich zum Teil mit ihr vermischen und dann selbst auslaufen dürfte.

sächlich in der sogenannten 68er Studenten- und Schülergeneration vertreten fanden, war politisches Interesse der Motor, um mit bislang relativ unbekanntem, unkonventionellen Methoden und Aktivitäten politisches Geschehen zu beeinflussen. Zu Recht hat Max Kaase³⁵⁾ dieser „unruhigen Generation“ ein „links-liberales Demokratieverständnis“ bescheinigt; links-liberal deshalb, weil es vorwiegend auf personale Beteiligung und Aktion hin angelegt war, um Selbstentfaltungsvorstellungen verwirklichen zu können.

Bezeichnenderweise entwickelte sich für diese neue politische Partizipationsbereitschaft auch eine überproportionale „Organisationsfreudigkeit“, die das politisch-soziale Engagement insbesondere in „idealistisch orientierte Selbsthilfeorganisationen“³⁶⁾ lenkte. Vor allem diese Art der politischen Aktivität erschien Trägern von Pflicht- und Akzeptanzwerten zunehmend als ein ins Unkontrollierbare sich verselbständigendes Unruhepotential. Als dann jedoch auch der Staat (sozialliberale Koalition seit 1969) seine Reformpolitik verkündete, mehr Demokratie wagen und mehr Lebensqualität schaffen wollte, wurde auch die bislang dem Wertwandelungsschub mehr oder weniger verständnisvoll zuschauende „schweigende Mehrheit“ in den Bann dieser Auseinandersetzung geschlagen. Diese Aufbruchstimmung dauerte indes nur solange an, bis

³²⁾ Gabriel A. Almond, *Comparative Political Systems*, in: *Journal of Politics*, XVIII (1956), S. 391–409.

³³⁾ So bei Dirk Berg-Schlosser, *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München 1972; Vgl. auch: Wolf Michael Iwand, *Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political-Culture Forschung in der Bundesrepublik*. Ein Forschungsbericht, Opladen 1985.

³⁴⁾ Vgl. E. Noelle-Neumann / E. Piel (Anm. 28), zit. nach *Shell-Jugendstudie 1985* (Anm. 23), Bd. 3, S. 369.

³⁵⁾ Vgl. Rudolf Wildenmann / Max Kaase, *Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik*, Mannheim 1968; Max Kaase, *Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik*, in: R. Wildenmann (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Bd. 2, München 1971, S. 119–326.

³⁶⁾ Vgl. H. Klages (Anm. 14), S. 80f.

die „Grenzen des Wachstums“ deutlich erkennbar und spürbar wurden (Ölkrise, Grenzen des Sozialstaates, Umweltschutz, Friedenssicherung).

Dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Staatsvertrauen bzw. die Systemzufriedenheit der Bevölkerung bleiben. Auch hier zeigten sich unterschiedliche Tendenzen: Während die Träger von Selbstentfaltungswerten (überwiegend die jüngere Generation) hauptsächlich deswegen zunächst den etablierten Parteien und dann auch dem politischen System Legitimation entzogen, weil sie in ihrem politischen Partizipationsstreben an unüberwindliche Barrieren stießen (Kernkraftwerke und technische Großprojekte konnten nicht verhindert werden; tiefgreifende Bewußtseinsänderungen in der Bevölkerung — Friedensbewegung, Umweltschutz — blieben aus), rührte der Vertrauensschwund der „schweigenden Mehrheit“ bzw. insbesondere der Träger von Pflicht- und Akzeptanzwerten stärker aus der Enttäuschung über das „Versagen des Staates“, weil er die sozialen Leistungen und Sicherheiten (siehe Arbeitslosigkeit, Rezession, Steuerprogression u. a.) nicht mehr in befriedigendem Maße gewährleisten bzw. gewähren konnte. Die politische Kultur wurde „brüchig“³⁷⁾.

Diese Brüchigkeit scheint in besonderem Maße darin erkennbar zu sein, daß ein Großteil der heranwachsenden Generation — darunter viele Jungwähler — offensichtlich weithin nur formaldemokratische Lippenbekenntnisse abgibt, die tiefer gehende kognitive, affektive und evaluative Reflexionen und Verankerungen allenfalls nur bedingt erkennen lassen. Diese Aussage sollen mit einigen empirischen Befunden aus einer eigenen regionalen Jugendstudie³⁸⁾ untermauert werden, um damit gleichsam in einer aktualisierenden Momentaufnahme auf einige konkrete Probleme der politischen Kultur der Jungwähler aufmerksam zu machen.

Nach dieser Untersuchung bekundeten 62,3 Prozent der Befragten, daß sie sehr bzw. überwiegend mit dem Funktionieren unseres politischen Systems

³⁷⁾ Vgl. K. Sontheimer (Anm. 1), S. 123.

³⁸⁾ Bei dieser Untersuchung handelt es sich um eine Regionalstudie zur politischen Kultur bei beschäftigten und arbeitslosen Jugendlichen im Raum Passau, Deggendorf, Schwandorf (Niederbayern/Oberpfalz). Die Daten wurden bei insgesamt 2100 Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren erhoben. Für die zur Diskussion stehenden Aussagen haben wir den Probandenkreis ab 18 Jahren herausgefiltert und eigens untersucht. Hierbei handelte es sich um circa 720 Befragte, von denen ein knappes Drittel (n = 213), etwa 30 Prozent arbeitslos, d. h. ohne Lehrstelle oder ohne Beschäftigung waren. Die Daten wurden im Herbst/Winter 1985/86 erhoben. Die Ergebnisse insgesamt sollen in einer Monographie zur Problematik der politischen Kultur arbeitsloser Jugendlicher im Laufe des Jahres 1988 veröffentlicht werden.

zufrieden wären; waren unsere Probanden indes arbeitslos oder schätzten sie die wirtschaftliche Zukunft pessimistisch ein, so sank dieses Zufriedenheitsniveau bereits deutlich ab³⁹⁾. Die Systemzufriedenheit nahm ferner auch dann beträchtlich ab, wenn das politische Anomiepotential wuchs —: daß man überhaupt oder überwiegend keinen Einfluß darauf hätte, was die Regierung tue, das meinten immerhin zwei Drittel (65,7 Prozent) unserer Befragten. Ebenso äußerten sich unsere Jungwähler mit dem Funktionieren unseres politischen Systems um so unzufriedener, je weniger sie sich für Politik überhaupt interessierten bzw. je weniger informiert sie sich in politischen Dingen einschätzten⁴⁰⁾.

Bedenkt man jene relativ niederen Grade an politischem Interesse, politischer Informiertheit bzw. politischer Kompetenz, so scheint in der Tat die oben bekundete Systemzufriedenheit auf sehr tönernen Füßen zu stehen. Fügen wir noch zwei Mosaiksteine hinzu, nämlich je einen exemplarischen Befund für materialistische bzw. postmaterialistische Einstellungstendenzen⁴¹⁾: Jungwähler, denen stärker an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gelegen war, zeigten sich danach eher zufrieden; jene Befragte aber, die sich mehr Einfluß auf die Regierungsentscheidungen wünschten, äußerten sich deutlich unzufriedener mit dem derzeitigen Funktionieren unseres politischen Systems.

Nun stellt zweifellos die Systemzufriedenheit einen wichtigen Aspekt der politischen Kultur insgesamt dar. Darüber hinaus sollten wir — neben einer Reihe anderer Problembereiche — unsere Aufmerksamkeit aber auch auf Einstellungen richten, die zwischenmenschliches Vertrauen, Bereitschaft zur Gewalt, Potentiale zu radikaler Gesellschaftskritik, Tendenzen zur Aufhebung des Parteienplu-

³⁹⁾ Die referierten Korrelationen lagen alle mindestens auf dem 5-Prozent-Wahrscheinlichkeitsniveau; Zusammenhänge werden nur dann angeführt, wenn die entsprechenden Koeffizienten (in der Regel Gamma oder Cramer's V) eine Stärke über 0.10 anzeigten. Die Werte wurden aus Gründen der besseren Lesbarkeit des Textes dort nicht angegeben.

⁴⁰⁾ Das politische Interesse bzw. die politische Informiertheit maßen wir mit einer fünfstufigen Skala. Dabei entfielen auf die beiden niedrigsten Werte ‚wenig‘ oder ‚überhaupt kein Interesse für Politik‘ 46,2 Prozent bzw. ‚wenig‘ oder ‚kein Bescheidwissen über Politik‘ 39,7 Prozent. Die beiden Mittelwerte 38,4 Prozent bzw. 24,5 Prozent absorbierten zudem weitere hohe Potentiale von den beiden „positiven“ Werten.

⁴¹⁾ Vgl. hierzu auch R. Roth (Anm. 12), S. 231 ff. sowie 256 f.; Dort konnte festgestellt werden, daß postmaterialistisch eingestellte Jungwähler wohl vor allem auch deshalb in kritische Distanz zum politischen System gehen, weil sie sich in ihrer Partizipationsbereitschaft auf ein „verrechtlichtes Legitimationsdenken“ abgedrängt fühlen, wodurch die Gefahr entsteht, daß sie noch mehr dem politischen System entfremdet werden.

ralismus, aber auch die Fähigkeit, Konflikte oder Kritik auszuhalten bzw. zu meistern, beinhalten oder signalisieren. Auch hierbei geht es in erster Linie nicht so sehr um die Summe derartiger Potentiale, sondern vielmehr um eventuelle Belastungen für die politische Kultur insgesamt.

Unsere Gesellschaft von Grund auf für verrottet und einer radikalen Erneuerung bedürftig, hielten demnach etwa 16 Prozent unserer befragten Jungwähler; daß es in jeder Demokratie – so auch der unseren – Konflikte gäbe, die man nur mit Gewalt lösen könnte, davon zeigten sich etwa ein Viertel (27,8 Prozent) überzeugt. Über die Hälfte unserer Befragten (54,8 Prozent) stimmten dem Statement – wenn auch in unterschiedlicher Stärke – zu, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung dem Allgemeinwohl schaden. Nicht überraschen konnte es uns daher, wenn ein Viertel (26,5 Prozent) die Auffassung unterstützte, wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die die Interessen aller vertritt. Derartige „Sehnsüchte nach einem starken Staat“⁴²⁾ resultieren sicherlich auch aus einem mangelnden zwischenmenschlichen Vertrauen, auf Grund dessen man zur Kooperation bereit und zur Konfliktaustragung auf rationaler Basis fähig wäre. Denn nur 14 Prozent unserer Befragten waren geneigt, ihren Mitmenschen mehr oder minder uneingeschränkt zu vertrauen; 36,1 Prozent machten ihr Vertrauen von den Umständen abhängig, während 47,9 Prozent lieber vorsichtig sein wollten bzw. glaubten, nicht vorsichtig genug sein zu können.

Bei alledem beruhigt es wenig, wenn wir die Jungwähler, die Arbeit haben, in der Regel deutlich positiver eingestellt fanden. Gerade das Faktum der Arbeitslosigkeit erwies sich in diesem Zusammenhang als spürbar belastendes Element für die Entfaltung einer gedeihlicheren politischen Kultur. In diesem Zusammenhang kam auch dem Bildungsniveau eine beachtenswerte Bedeutung zu: Mit steigender Bildung nahm auch die Bereitschaft zu, anderen Vertrauen entgegenzubringen; gleichzeitig wiesen jene Jungwähler das Ansinnen entschiedener zurück, in der Demokratie Konflikte mit Gewalt lösen zu wollen; ebenso wurde jene radikale gesellschaftskritische Einstellung mit größerem Nachdruck abgelehnt; ferner verfiel das Statement, die Auseinandersetzungen der Interessengruppen schaden dem Gemeinwohl, einer überzeugenderen Distanzierung, und schließlich konnten wir mit zunehmendem Bildungsniveau erkennen, daß un-

⁴²⁾ Immerhin stimmten 45,6 Prozent überwiegend der Aussage zu: „Am wirksamsten läßt sich der Staat von starken Persönlichkeiten führen, alles andere verwirrt nur.“

sere Jungwähler unreflektierten Tendenzen zu einem Einparteiensystem deutlich einen Riegel vorschoben.

Derartige Befunde sind zweifellos erfreulich. Sie unterstreichen die wichtige Bedeutung einer gediegenen politischen Bildung; wir dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Befunde primär auf einem solideren rationalen Reflexionsniveau zustandekommen. Mit anderen Worten: Die kognitive Verankerung von entsprechenden Informationen und Einstellungen ist für die politische Kultur unabdingbar, aber *alleine nicht* hinreichend. Wir müssen zu affektiven Bindungen und Werthaltungen vorstoßen und diese mit den kognitiven Einsichten verknüpfen, wenn wir eine demokratische politische Kultur erreichen und sichern wollen. Daß wir hiervon zum Teil noch weit entfernt sind, mögen einige Befunde verdeutlichen.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang die – an sich – unverfängliche Aussage: „Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein.“ Zunächst stellten wir dabei mit ausgeprägterem Nationalstolz eine sehr deutliche „Rechts“-Orientierung auf dem politischen „Links-Rechts-Kontinuum“ fest. Ebenso unübersehbar wiesen jene stärker national-gesonnenen Jungwähler ein geringeres Bildungsniveau auf. Daß nun gerade diese Jungwähler sich stärker mit dem Funktionieren unseres politischen Systems zufrieden zeigten, setzt wohl ein erstes Alarmsignal, da wir es hierbei offensichtlich mit einem stärker affektiven Nationalstolz zu tun haben, dem offensichtlich die kognitiv-reflektierende Komponente in beträchtlichem Maße abgeht.

Noch deutlicher lassen sich die bisherigen Aussagen untermauern, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß jene Jungwähler mit ausgeprägterem Nationalstolz entschiedener den Ruf nach einer einzigen starken Partei unterstützen, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit Vorrang auf ihre Fahnen schreiben, ferner auch die Lösung von Konflikten mit Gewalt entschiedener befürworten und schließlich in geradezu fataler Uneinsicht der Auffassung zustimmen, „als Deutscher halte ich zu meinem Land, selbst dann, wenn hier etwas geschieht, das gegen meine persönliche Überzeugung geht“⁴³⁾. Bei diesen Jungwählern konnten wir umgekehrt nun ein geringeres politisches Interesse, ein höheres Anomiepotential, zudem eine entschiedener Ablehnung von Partizipationsmöglichkeiten und -aktivitäten sowie beispielsweise auch die stärkere Ausprägung traditioneller Rollenmuster gerade im Hinblick etwa auf die gesellschaftliche Stellung der Frau feststellen.

⁴³⁾ Für diese Korrelation erhielten wir bei $p < 0.001$, einen Wert für Gamma von 0.71!

In deutlichem Gegensatz stand hierzu die politisch sehr relevante Einstellung der Kritikfähigkeit. Jene Jungwähler mit ausgeprägter kritischer Grundorientierung wiesen die eben angeführten besorgniserregenden Ansichten doch nachdrücklicher zurück, zeigten sich politisch stärker interessiert und besser informiert und votierten deshalb auch entschiedener für eine aktive politische Partizipation, zumal sie ein deutlich geringeres Anomiepotential aufwiesen. Andererseits ließen diese Jungwähler in gewissem Umfang eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren unseres politischen Systems erkennen⁴⁴).

Ziehen wir aus dem Dargelegten ein Resümee: Wenn wir uns mit Entwicklungstendenzen und Problemen der politischen Kultur — zumal der Jungwähler — auseinandersetzen, so genügt es nicht, auf deren Wahlverhalten und deren Wahlbeteiligung⁴⁵) alleine abzuheben, so wichtig derartige Bereiche und Faktoren auch sein mögen. Zweifellos befinden sich die Jungwähler noch auf dem Weg zu ihrer politischen Identität, wie das U. Feist⁴⁶) zutreffend formuliert hat. Damit aber keine „verunsicherte Generation“⁴⁷) oder gar eine „Jugend ohne Zukunft“⁴⁸) heranwächst, muß man möglichst das gesamte Spektrum⁴⁹) der politischen Kultur im Auge haben; leider fehlt es hierzu allzu häufig an einem hinreichenden empirischen Datenmaterial, das speziell auch unter diesem politikwissenschaftlichen Analyseanliegen aufbereitet werden kann.

Wir stellen in der heranwachsenden Generation, wobei wir uns hierbei insbesondere für die Jungwähler interessierten, bei allen durchaus auch zu registrierenden positiven Entwicklungen in bezug auf die politische Kultur immer wieder doch auch

44) Die Korrelation erwies sich dabei nicht als beängstigend; wir erhielten bei $p < 0.01$ ein Gamma von -0.03 .

45) Vgl. in diesem Zusammenhang die verdienstvollen Arbeiten von Bernhard Schäfers, Jugendliches Wählerverhalten, in: Gegenwartskunde (1987) 3, S. 349—354; Wolfgang W. Weiß, Politisches Verhalten Jugendlicher, in: B. Schäfers, Soziologie des Jugendalters, Opladen 1985³, S. 129—145; Franz U. Pappi, Wahlverhalten und politische Kultur, Meisenheim 1970; Joachim Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler, Frankfurt 1984.

46) Ursula Feist, Unterwegs zur politischen Identität: Die Jungwähler, in: Carl Böhret u. a. (Hrsg.), transfer 2. Wahlforschung: Sonden im politischen Markt, Opladen 1976, S. 176—186; hierzu auch Walter Jaide, Achtzehnjährige. Zwischen Reaktion und Rebellion, Opladen 1978.

47) Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983.

48) Klaus Allerbeck / Wendy Hoag, Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven, München 1985.

49) Hilfreich hierzu: Rüdiger v. Voss / Karl Friedrich (Hrsg.), Die Jungwähler. Was sie denken und wie sie entscheiden, Stuttgart 1986.

besorgniserregende Potentiale von politischem Desinteresse und politischer Uninformiertheit fest, die dann etwa auch das hohe Maß an bekundeter Systemzufriedenheit doch relativ kritisch erscheinen lassen. Bei einer tiefer gehenden Analyse erkennt man dabei, daß offensichtlich weiten Kreisen dieser jungen Staatsbürger die — zugegebenermaßen — nicht einfachen politischen und gesellschaftlichen Probleme noch komplizierter erscheinen, so daß es zur Ausprägung von zum Teil nicht unerheblichen Anomiepotentialen kommt. Dies begünstigt offensichtlich in der Jungwählergeneration grob gesprochen zwei politische Verhaltensmuster: Da Politik nur mehr unzureichend als Prozeß begriffen und durchschaut wird, wachsen formaldemokratische, harmonisierende Lippenbekenntnisse, die eher dazu verleiten, sich an einer engagierten politischen Partizipation nicht zu beteiligen. Auf der anderen — mehr gesellschaftlichen — Seite tendiert ein nicht unbeträchtlicher Teil zu individualistischen Einstellungen, indem man das Recht zur Durchsetzung der eigenen Interessen und Bedürfnisse — angesichts auch der objektiven und subjektiv empfundenen Schwierigkeiten — glaubt in die eigenen Hände nehmen zu sollen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums finden sich nicht zu übersehende Potentiale, die ohnehin die Ansicht teilen, es gäbe auch in unserer Gesellschaft Konflikte, die man mit Gewalt lösen müßte.

Der Mangel an Einsicht in das Wesen des politischen Entscheidungsprozesses reduziert folglich auch bei vielen Jungwählern den Aufbau und die Ausbildung von politischen Verhaltensweisen wie Kooperationsbereitschaft, Toleranz oder Konfliktfähigkeit; dies begünstigt eine politische Kultur, die mit hohen Anomiepotentialen belastet ist, wodurch dann in der konkreten Situation eher — wenn es zum Handeln kommt — Konflikte durch Konfrontation und weniger durch Kooperation zu bewältigen versucht werden, wenn man nicht ohnehin alsbald nach dem starken Mann schießt oder ruft, der die Interessen aller harmonisieren soll und Konflikte gar nicht erst aufkommen läßt. Was wir beklagen müssen, ist demnach nicht so sehr die fehlende politische Partizipationsbereitschaft, sondern der Mangel an politischer Kompetenz.

Was wäre zu tun? Zwei Ziele möchte ich ansprechen: Wir müssen unsere Jugendlichen — und damit unsere künftigen Jungwähler bzw. Staatsbürger — weitaus entschiedener als es bisher gelungen ist, zu einer „kritikfähigen Identifikation“⁵⁰) mit den Werten und Normen unserer freiheitlich-demokra-

50) Vgl. Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Freiheitliches Verfassungsdenken und Politische Bildung, Stuttgart 1980, S. 131.

tischen Ordnung auf der Basis eines rationalen Urteils führen. Darüber hinaus ist es notwendig, in der Gesellschaft überzeugende Vorbilder einer partizipationsbereiten, kooperationswilligen und konflikt-

fähigen politischen Kultur zu bieten, an denen sich unsere Jugendlichen entsprechend orientieren und die Chance einer lohnenden Mitarbeit und Mitgestaltung erkennen und erfahren können.

Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski: Die Landtagswahlen 1987/88

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/88, S. 3-18

Landtagswahlen haben als sogenannte Nebenwahlen in der deutschen Wahlsoziologie bisher keine große Aufmerksamkeit gefunden. Die Gründe dafür sind vielfältig; von Bedeutung dürfte sein, daß in einem räumlich begrenzten und so extrem vernetzten Staat wie der Bundesrepublik Landtagswahlen nur schwer einen eigenständigen Status erreichen. Hinzu kommt, daß in der Wahrnehmung der Wähler eine klare Bedeutungshierarchie hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Ebenen besteht, wie es beispielsweise auch in der Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommt.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Landtagswahlen seit 1987 vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Trends und berücksichtigt für die Bewertung der Wahlergebnisse auch die Bundes- und Landtagswahl-Trends in den jeweiligen Bundesländern seit 1969.

Das politische Klima, in welchem die Landtagswahlen seit 1987 stattfanden, war aufgrund der in der Wahrnehmung der Bevölkerung für die Bonner Regierung erfolgreich verlaufenen Wahl für die Regierungsparteien zunächst günstig. In dieser Phase fand die Landtagswahl in Hessen statt, die zum Regierungsverlust der SPD führte. Die späteren Landtagswahlen fallen in eine Zeit schwindenden Ansehens der CDU/CSU bei tendenzieller Klimaverbesserung zugunsten der FDP. Die Entwicklung der Kompetenzbeurteilungen der Bonner Regierung und einer SPD-geführten Bundesregierung belegt, daß die Klimaverschlechterung zu Lasten der CDU/CSU mit einem Kompetenzrückgang bei allen Themen, mit Ausnahme der Abrüstungsproblematik, einhergeht. Nur wenn es um die Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums geht, ordnet die Mehrheit der Wähler der Bonner Regierung eine höhere Kompetenz zu als einer SPD-geführten Bundesregierung.

Die Analyse zeigt, daß — mit Ausnahme von Hamburg — die Wahlergebnisse der CDU in den Bundesländern während der sozialliberalen Regierungszeit zum Teil wesentlich günstiger ausfielen als seit der Wende. Daß die CDU in den Bundesländern von ihrer Oppositionsrolle im Bund bis 1982 profitieren konnte, ist ein weiterer Beleg für die These, daß die Wahlergebnisse in den Bundesländern sehr stark vom bundespolitischen Kontext bestimmt werden.

Heinz Ulrich Brinkmann: Wahlverhalten der „neuen Mittelschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/88, S. 19-32

Der vorliegende Aufsatz leistet einen Beitrag zur Untersuchung des Wahlverhaltens der sogenannten „neuen Mittelschicht“. Über ihr Wahlverhalten besteht in der wissenschaftlichen Forschung und in den Parteien große Unsicherheit. Ebenso fehlt es bisher an einer allgemeingültigen Definition der „neuen Mittelschicht“. Diese Schicht gewinnt allein schon durch ihre quantitative Zunahme an Bedeutung.

Unter „neuer Mittelschicht“ werden im folgenden alle Angestellten und Beamten in gehobenen/höheren Positionen zusammengefaßt sowie alle Angestellten/Beamten mit einem überdurchschnittlich hohen Schulabschluß. Es wird eine Kombination aus überdurchschnittlicher beruflicher Position und überdurchschnittlicher Bildung zugrunde gelegt, die sich auf identische Interessenlagen und identische Sozialisationserfahrungen bezieht.

Innerhalb der Angestellten- und Beamtenschaft wird mit steigender Berufsposition tendenziell noch immer für eher konservative Parteien (insbesondere CDU/CSU) gestimmt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der beträchtliche Unterschied im Wahlverhalten zwischen den bis 1945 und den seit 1946 Geborenen. Soziodemographische Faktoren wie beruflicher Status, Bildung, Geschlecht, Kirchgangsfrequenz und Gewerkschaftsnähe verlieren vor allem unter den seit 1946 Geborenen ihre traditionelle Funktion, die in der festen Einbindung in parteipolitische Wahlkoalitionen bestand. Die Faktoren „Geschlecht“ und „höhere Bildung“ kehren ihre alten Wirkungen geradezu um. Die Veränderungen sind in der „neuen Mittelschicht“ am stärksten ausgeprägt.

Die in den sechziger Jahren einsetzenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur haben offensichtlich zu Auswirkungen auf das politische Verhalten insbesondere bei den jüngeren Wählergruppen geführt. Als Folge nehmen die Unterschiede zwischen den einzelnen Angestellten-/Beamten-Kategorien ab, wie auch die Parteienteile nicht mehr mit der sozialen Hierarchie durchgehend übereinstimmen. Im Vergleich dazu hat sich die Differenz zwischen den Generationen vergrößert. Veränderungen von einer Wahl zur anderen verlaufen jedoch in allen Berufsgruppen relativ gleichmäßig.

Rainer A. Roth: Entwicklungstendenzen der politischen Kultur bei Jungwählern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/88, S. 33-44

Nach den turbulenten Ereignissen des Jahres 1968 und der Aufbruchstimmung in der Anfangsphase der sozialliberalen Koalition zeichneten sich Tendenzen für einen Wertwandel ab, der manche die Befürchtung äußern ließ, wir könnten am Ende gar eine andere Republik erhalten. Mittlerweile scheinen jene Ansätze weithin versandet zu sein. Dennoch haben sich seither etliche soziopolitische wie sozioökonomische Rahmenbedingungen verschoben, so daß wir von einer postindustriellen Gesellschaft sprechen können.

Nicht ganz unbeeinflusst blieben hiervon zweifellos auch die politischen Einstellungen, zumal jene der heranwachsenden Generation, insbesondere jene der Jungwähler. Dennoch hat die „stille Revolution“ nicht zu einem unaufhaltsamen Wandel weg von materialistischen Orientierungen und hin zu postmaterialistischen Werthaltungen geführt, wenngleich wir in den siebziger Jahren doch eine deutliche Abkehr gerade bei der jüngeren Generation von Pflicht- und Akzeptanzwerten und eine Hinwendung zu Selbstentfaltungswerten feststellen können. Derartige Umprägungen bzw. Gewichtsverschiebungen lassen sich auch für verschiedene andere Werthaltungen nachweisen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß derartige Veränderungen nicht unbeträchtlich die politische Kultur insbesondere der Jungwähler beeinflussen. Konnte man in ihnen einst die Vorhut einer postmaterialistisch orientierten politischen Kultur vermuten, so deutet manches darauf hin, daß dieses Bild in den achtziger Jahren zum Teil beträchtlich zu relativieren ist, und zwar gerade dort, wo man formale Partizipations- und Loyalitätsbekundungen einer genaueren Analyse unterzieht. Wenn auch Kassandrarufer unangebracht erscheinen, so gilt es doch, auf Defizite, mögliche Fehlentwicklungen und Gefahren für die politische Kultur insgesamt aufmerksam zu machen.